

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: ...

Erscheint täglich außer Montage.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Mittwoch, den 31. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Schnapsblock für den Absolutismus.

Nicht nur die Konservativen, sondern auch die Herren vom Zentrum ...

Dass also die Konservativen mit der Königsberger Proklamation des Absolutismus ...

Den deutlichsten Ausdruck findet diese eigenartige Stellungnahme des Zentrums ...

„Dieses wird zugegeben, daß nach der staatsrechtlichen Seite hin nichts Erhebliches auszusagen sei ...

daselbe. Und die „Trenonia“ findet durch die Königsberger Rede ...

Also auch das Zentrum, das 1908 durch Herrn v. Hertling so tapfer gegen das mittelalterliche Gottesgnadenbewußtsein ...

Dem das und nichts anderes besagen ja die Ausführungen des Herrn Erzberger. Was soll es heißen, daß 1908 ein Protest gegen die kaiserliche Selbstherrlichkeit ...

Nein, die Zufriedenheit, ja der Jubel des Zentrums entspringt lediglich der Hoffnung, daß der kaiserliche Absolutismus ...

Zentrum und Zentrum betrachten die Königsberger Rede als Richtschnur der künftigen Politik, als Parole für die Reichstagswahl! ...

Die Königsberger Rede eröffnet also für den Schnapsblock für den blauschwarzen Block der Wahlrechtskämpfer ...

Tut er es nicht, ist es seine Sache. Bei den Wahlen sehen wir uns wieder!

Urteilsprüche.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ ist in letzter Zeit sehr bemüht, Wilhelm II. Weibrauch zu streuen. Je ruppiger und unanständiger das Blatt nicht nur über die deutschen Arbeiter ...

„Berliner Tagesblatt“.

„Wohin man auch blicken mag, überall muß dieses Interdikt unsere Beziehungen stören, unsere Bestrebungen in ein schiefes Licht rücken ...

Man muß leider hinzufügen, daß auch keine der früheren kaiserlichen Kundgebungen so gefährlich und so grenzenlos verfehlt war wie diese allerneueste.“

„Tägliche Rundschau“

spricht von einer „Lohengrinpolitik“, die für alle Welt sorgen will und wenn sie Unruhe stiften und Misstrauen erntet, über Verleumdung ...

„Rheinisch-westfälische Zeitung“:

„Aufs tiefste aber wird es die deutsche Volksseele treffen, daß sein Kaiser den Kriegplan ausgearbeitet hat, mit dem das tapferere Stammesverwandte Völkchen vernichtet werden soll ...

amtlichen Bestätigung der Meldung nicht glauben. Denn so hat nie ein deutscher Kaiser bisher gehandelt, und so darf ein deutscher Kaiser niemals handeln. ...

Am 4. November tritt der Reichstag zusammen. Vielleicht gibt Fürst Bülow dort eine Erklärung ab, die als „authentische Interpretation“ seiner Worte von vor acht Jahren angesehen werden kann. ...

Die Bestimmungen der Verfassung möchten genügen für einen Bismarck und dem verehrten alten Kaiser, in deren beider Politik das deutsche Volk unbegrenzt Vertrauen haben konnte. ...

„Wird man sich wundern dürfen, wenn jetzt im Reichstag Einrichtungen verlangt werden, welche die deutsche Politik gegen persönliche Reigungen schützen, da die deutsche Nation die Folgen einer fehlerhaften Politik zu tragen hat ...

„Germania“. Seit langem ist der deutschen Politik kein so schwarzer Schlag verfehlt worden. Der Kaiser hat im Laufe seiner Regierung manches Wort öffentlich gesprochen, das nach der Ueberzeugung der Mehrheit des deutschen Volkes besser nicht gesprochen worden wäre. ...

Einige Tage später sagte das Merikale Blatt: „Wir brauchen einen Reichskanzler, der nicht mit Worten, sondern in der Tat für die politischen Vorgänge verantwortlich ist, nicht bloß einen Prägelungen, der für die Sünden von Generaladjutanten und sonstigen Unverantwortlichen, selbst wenn sie „Diplomaten“ heißen sollten, zu büßen hat. ...

Noch glauben wir, stolz und zuversichtlich auf unsere Armeepothen zu können. Aber sind wir vor Niederlagen auf dem Schlachtfelde mehr als vor solchen in der Diplomatie gesichert, wenn unsere Feldführer ebensoviele den Mut ihrer Ueberzeugung haben sollten, wie so häufig unsere Staatsmänner?“

Seute freilich sind die Zentrumsleute Teilhaber des schwarzblauen Völkchenbundes und wollen es nicht wahr haben, wie alles, was da über Bülow gesagt wird, erst recht für seinen Nachfolger zutrifft.

„Das Unheil ist geschehen. Wir stehen nicht an, offen zu sagen, daß wir seit der Gründung des Deutschen Reiches kaum ein peinlicheres Vorkommnis erlebt haben. ...

„Kreuz-Zeitung“: „Es muß schmerzlich berühren, wenn der Kaiser, wenn auch in vertrautem Privatgespräch, seine persönliche politische Stellung England gegenüber als im Gegensatz zu der die Mehrheit des deutschen Volkes beherrschenden Stimmung bezeichnet.“

„Tägliche Rundschau“: „Das offiziöse Altsstück, das uns das betrübliche Vorkommnis in milderem Lichte zeigen soll, wird auf die meisten nicht trefflich wirken, sondern sie entmutigen, ja fassungslos machen darüber, daß so etwas bei uns möglich! ...

„Welt am Montag“: „Fürst Bülow ist der Hauptschuldige. Er kennt den Kaiser wie kaum ein anderer. Er weiß, wie unheilvoll schon oft das persönliche Eingreifen des Kaisers gewirkt hat. ...

Kaiserlich entlasten die Sünden Sültos und des Auswärtigen Amtes den Kaiser nur zum kleinsten Teile. Gewiss, durch den Gang der Ereignisse ist er in dieser Affäre zur Nebenfigur geworden. Aber er ist doch der Urheber der ganzen Geschichte.

#### „Mensch. R. Nachrichten“:

„Welche Maßnahmen sind getroffen, um solche Dinge für die Zukunft zu verhüten? Darüber wird auch der Reichstag, so hoffen wir, klipp und klar Antwort verlangen, und Sicherung, daß solche Dinge sich nicht wiederholen können! Sonst wäre das Entlassungsgesetz des Reichsanwalts und seine Ablehnung ein Taschenspielerstück, um die Schuldigen verschwinden zu lassen.“

#### „Breslauer Morgenzeitung“:

Werden wir gut regiert? Nein! Wir werden schlecht regiert, ungeschickt, selbstherrlich. Die rudimentären Formen des Absolutismus, die Wilhelms II. Selbstherrlichkeit im Innern und im Äußeren zu schädlichen Irrtümern sich betätigen läßt, werden durch die beschämenden Mißerfolge der deutschen Politik auf allen Gebieten als unheilvoll und jetzt endlich erkannt werden müssen. Die Zeiten sind vorbei, in denen ein gekröntes Genie die Geschichte von Millionen zum Gegenstand seiner politischen Experimente machen durfte. Aber niemals sind gewesen und werden kommen die Zeiten, in denen ein politisch nicht begabter Fürst jeden sein Hirn zufällig kreuzenden Freundschafts- oder Feindschaftsgedanken kritisch in die Tat umsetzen darf.

Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ wünscht, kann die Afte auch noch fortgesetzt werden.

### Nicht interesselos — aber volksfeindlich.

Ueber die Stellungnahme der preussischen Regierung zur Frage der Fleischnot schreibt die Korrespondenz Wetz:

Die Tatsache, daß seit Wochen eine erhöhte Steigerung der Fleischpreise eingetreten ist, läßt sich nicht bestreiten. Die Annahme aber, daß die preussische Regierung den veränderten Verhältnissen gegenüber interesselos gegenüberstehe, trifft keineswegs zu. Das zuständige Ministerium hat die Entwidlung verfolgt und auch Erwägungen angestellt, ob eine Milderung der hohen Fleischpreise durch Regierungsmassnahmen möglich sei und wo die Gründe für die Fleischsteigerung zu suchen seien. Das Ergebnis ist folgendes:

Eine Fleischsteigerung besteht nicht allein in Deutschland, sondern in ganz Mitteleuropa, vor allem auch in Oesterreich, der Schweiz und in Holland. Der Grund ist wahrscheinlich in der schlechten Futterernte des Vorjahres zu suchen, die viele Viehbesitzer veranlaßt hat, ihre Bestände zu verringern, um nicht mit großen Verlusten später Futtermittel kaufen zu müssen. Eine Herabsetzung des deutschen Viehbestandes aus spekulativen Gründen zur Erzielung höherer Fleischpreise dürfte nicht erfolgt sein, weil eine solche Maßnahme lausnährig unklug wäre, überdies läßt sich schlahtreifes Vieh nicht längere Zeit zurückhalten, weil das Risiko der Erkrankung für dieses Vieh bei Ueberfütterung zu groß ist. Nachdem der letzte Winter bei verstärktem Angebot die Preise reduzierte, trat aus oben genannten Gründen im Frühjahr eine Verminderung des Viehbestandes ein. Erst nachdem die Futterernte dieses Jahres befriedigend ausgefallen ist, wird der Viehbestand vergrößert werden und das herangezogene Vieh möglichst schnell schlachtreif gemacht werden. Ein Heruntergehen der jetzigen Fleischpreise darf also in den nächsten Monaten erwartet werden und zwar auf das Niveau der letzten Winterpreise.

Es ist eine Oeffnung der Grenzen in der Presse gefordert worden. Eine solche Maßnahme wird keine Besserung bringen, denn in den Nachbarstaaten besteht auch Fleischnot aus den gleichen Gründen wie bei uns. Das Ausland würde selbst bei einem Ueberfluß an Schlachtvieh unter den gegebenen Verhältnissen die Konjunktur ausnutzen und hohe Preise fordern. In sanitärer Hinsicht könnten aber leicht schwere Schäden durch eine spontane Grenzöffnung entstehen. Es bestände auch die Gefahr, daß durch zu scharfe Auslandskonkurrenz, man sprach von argentinischer Vieheinfuhr, die Rentabilität der deutschen Viehzucht sehr in Frage gestellt wäre und die heimische Viehzucht stark vernachlässigt würde.

Eine Herabsetzung der Eisenbahntarife wäre ein anderes Mittel, der Staat würde dieses Opfer bringen, wenn dadurch eine Verbilligung der Preise eintreten würde, was immerhin zu bezweifeln wäre, denn es ist beobachtet worden, daß die Aufhebung der städtischen Schlachtsteuer die Fleischer nicht veranlaßt hat, die Preise um diesen Betrag zu vermindern, sie haben den Profit eingestekt. Eine Tarifherabsetzung würde ihren Zweck nur erreichen, wenn sie eine Preiskontrolle im Gefolge hätte.

Die Fleischsteuerung ist aber nur vorübergehend und eine Besserung der Verhältnisse bald zu erwarten. Preußen leidet unter der Teuerung viel weniger als die süddeutschen Staaten, die weniger Viehzucht betreiben als Preußen. Im allgemeinen ist der Aufschlag im preussischen Vieh nur minimal, im Osten kaum spürbar.

Man hört aus allem nur das Nein! Aber viel Geisteskraft haben die Fabrikanten der Epistel nicht aufgebracht. In gewissen Kreisen ist der Mangel an Intelligenz eben so groß, wie beim Volke der Mangel an Fleiß. Erst behauptet man led und munter; in den Nachbarländern besteht auch eine Fleischnot, sie können uns kein Vieh liefern, darum hat das Deffnen der Grenze keinen Zweck. Dann erklärt man pfiffig: Die Grenzen müssen geschlossen bleiben, weil sonst die Viehseuche hereinkommt — vielleicht gar ohne Vieh — und dann kommt der geistige Clou: wir dürfen die Grenzen nicht öffnen, weil sonst eine scharfe Auslandskonkurrenz die heimische Viehproduktion unrentabel machen würde.

Man könnte glauben, drei Kapazitäten hätten sich da verfahren, nachzuweisen, wieviel ungereimtes Zeug man in wenigen Zeilen als — Regierungswissenschaft verpacken kann. Gegen das Sammelsurium von Unsinn, das die Regierung auf Geheiß der Junker dem Volke serbiert — als Ersatz für Fleiß — kann man sich jede Argumentation ersparen. Es genügt, die Verhöhnung der Bewucherten niedriger zu hängen.

Der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen macht sich die Sache leichter. Er bestreitet einfach das Vorhandensein einer Fleischnot. Jetzt ist die Laubel! Auch diese „Lösung“ des Problems wirkt wie eine beabsichtigte Verhöhnung des Volkes im Interesse der Fleischwucherer.

### Zusammenbruch.

Noch nie ist im Ruhrkohlenrevier einer Wahl soviel Interesse entgegengebracht, ist ihrem Ausgang so symptomatische Bedeutung beigelegt worden wie den jetzigen Sicherheitsmännerwahlen. Denn diese sollten nicht nur das Vorbild zu den bevorstehenden Knappschäftsältestenwahlen bilden, sondern auch die Probe dafür geben, wie das Bündnis zwischen der nationalliberalen Rechten und dem im Zentrumsfahrwasser segelnden Christlichen Gewerksverein, das auch für die kommenden Reichstagswahlen Geltung haben sollte, von den Bergarbeitern angenommen wurde. Wie ein verzweifelter Spieler setzte der Gewerksverein alles auf eine Karte und suchte als letzte Rettung Arm in Arm mit der Kohlenjunkerpartei, die sich unter den Deckmantel der evangelischen Arbeitervereine verziehen

hatte, noch einmal die Gunst der Bergleute zu erringen. Man glaubte, die Bergleute hätten doch wieder alle Schuld vergessen, die in den letzten Jahren Zentrum und Nationalliberale auf sich gehäuft hatten, und würden noch einmal willig ihre eigenen Mehrgewinner wählen. Ein bißchen Pfaffenlegen, ohne den die Münchener-Gladbacher Föglinge keine Wahlen machen, und dazu eine verlorene Setze gegen die Sozialdemokratie, diese so oft bewährten Altheilmittel sollten auch jetzt wieder ihre Wirkung tun. Aber es ist anders gekommen, und der Ausgang der Wahl hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen.

Nachdem das Gesetz, das angeblich das gefährliche Leben der Bergarbeiter schützen sollte, eine so große Enttäuschung gebracht hatte, war das Interesse an den Wahlen zuerst sehr gering. Aber wer hätte wohl erwartet, daß die Bergleute dieses Machwerk, das die Merkale und nationalliberalen Arbeiterfeinde so sehr verhunzt hatten, ihren Feinden so um die Ohren schlagen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergehen würde?

Der Gewerksverein ist schlecht beraten gewesen, als die Behrensclique das Zusammengehen mit der Kohlenjunkerpartei durchsetzte. „Sage mir, mit wem Du umgehst.“ Das erkannten die Bergleute, und die Frucht der bösen Tat ist gereift.

Da die Zechenherren sich Wahlen ohne Terrorismus nicht vorstellen können, so versuchten einige Zechen, durch die Form und Farbe der Stimmzettel, die Abstimmung zu kontrollieren. Doch scheint das wenig geholfen zu haben. Zwar liegt zur Stunde noch kein endgültiges Resultat vor, aber die bis jetzt eingelaufenen Meldungen lassen erkennen, daß der Verband einen glänzenden Sieg errungen hat. Ob das die Nachläufer der Christlichen zur Vernunft bringen wird?

Vorerst bedeutet aber der Ausgang dieser Wahlen, daß auch die Koalition der schwarzen und blauen Volksfeinde keinen Schutz gegen den gerechten Jörn der Masse mehr bietet. Die bevorstehenden Knappschäftsältestenwahlen werden nun sicherlich den Sieg noch vervollständigen. Mögen dann nur bei den kommenden Reichstagswahlen Zechenherren und Zentrumsleute die Koalition fortsetzen, das Volk wird die Antwort nicht schuldig bleiben.

#### Glück auf zu neuen Siegen!

Bogum, 30. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den Sicherheitsmännerwahlen wurden von den Kandidaten des Deutschen Bergarbeiterverbandes 1001 gewählt. Von den von dem christlichen Gewerksverein aufgestellten Kandidaten sind 218, Polen 61, Dirsch-Dundersche 7 und von den Zechenverwaltungen aufgestellten 28 gewählt. 250 Resultate stehen noch aus.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. August 1910.

#### Des Volkes Antwort.

Nachdem Wilhelm II. die Kampfrede in Königsberg gehalten, begab er sich für den 26. bis 28. August nach Danzig. Dieser einst blühende Handelsstadt ist wirtschaftlich der glanzreichen deutschen Zollpolitik zum Opfer gefallen. Trotzdem überschlug sich die byzantinische Lokalpresse in einem künstlich aufgetriebenen Durcheinander. Deshalb unternahm es unsere Genossen, auch die wirkliche Stimme des Volkes zu Gehör zu bringen. Sie veranstalteten am Sonntag, den 28. August, nachmittags 8 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Millionen für den König — Futztritte für das Volk“. Deren Bekanntmachung stellten sich aber auch selbst für ostelbische Verhältnisse nicht alltägliche Schwierigkeiten entgegen. Der Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung“ hat die städtischen Plakatsäulen gepachtet und schlägt schon seit langer Zeit sozialdemokratische Plakate nur dann an, wenn dazu die gesetzlich nirgends geforderte polizeiliche Erlaubnis beigebracht wird. Der Vertreter des Polizeipräsidenten verweigerte diesmal die Erlaubnis aus dem Grunde, weil „Majestät schließlich selbst die Plakate sehen könnte“. Der freisinnige Verlag lehnte denn auch wieder prompt den Anschlag ab, weil er dazu keinen Platz mehr zur Verfügung hatte“. Die unabhängig gestimmten „Danziger Neueste Nachrichten“ verweigerten nicht nur die Aufnahme eines Inserates, sondern erklärten sogar, daß sie auch in Zukunft niemals wieder sozialdemokratische Anzeigen publizieren würden! Die Bekanntmachung der Versammlung durch Handzettel war ebenfalls nur unter mancherlei Schwierigkeiten möglich. An der kaiserlichen Werts bezeichneter ein Schuhmann die Genossen, die sich dieser Pflicht unterzogen, sogar als „elende Zuchthäusler“ und „Schweinebande“. Gerade zur Zeit der Versammlung war die zur Vorstadt Schidlitz, in der sich das einzige, den Danziger Genossen in dieser echt freisinnigen Stadt zur Verfügung stehende Saalklokal befindet, führende Straße wegen eines Besuches der Kaiserin längere Zeit polizeilich gesperrt. Alle diese Umstände konnten aber nicht verhindern, daß die Versammlung statt besuch war. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Crispian wurde einstimmig die folgende Resolution beschloffen:

„Die Versammelten erheben Protest gegen die in Preußen-Deutschland herrschende Dekonstrationspolitik. Sie erheben energischen Einspruch gegen die userlose militärische Rüstungspolitik, die das Volk durch die Wulststeuer und den indirekten Steuerwucher aufs schwerste bedrückt und die friedliche Kulturarbeit der Völker ständig bedroht.“

Die Versammlung fordert die friedliche Verständigung der Regierungen zur endlichen Einschränkung der Rüstungen; sie verlangt von der Regierung schleunigst wirksame Maßnahmen zur Behebung der drückenden Fleischnot.

Alle Angriffe auf die Verfassung und die Rechte des Volkes weisen die Anwesenden aufs schärfste zurück. Sie fordern dringend endlich auch die Selbstbestimmung des preussischen Volkes durch die längst versprochene Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Versammelten geloben, unermüdetlich für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundrundsätze zu arbeiten. Darin liegt die beste Gewähr für die Sicherung der Kultur, des Völkerriedens und der Volkswohlfahrt.“

Der Referent hatte auch besonders dagegen Einspruch erhoben, daß die Stadtverwaltung 21000 Mark aus allgemeinen Steuermitteln zur Dekoration einiger Straßen ausgab, während man für soziale Zwecke nie einen Pfennig übrig hat.

#### Gegen die Kaiserrede.

In einer vom Demokratischen Verein Berlin-Wilmersdorf einberufenen Versammlung sprach gestern vor mehr als 1000 Personen, darunter auch zahlreichen Frauen, Herr v. Werlich über „Die neueste Kaiserrede und kommende Wahlen“. Die Meinungen des Kaisers kommen nicht von oben, sondern sind irtümlich, ja sogar potenziert irtümlich. Denn mehr

Vertümer in einer Rede zu begreifen, sei schließlich unmöglich. „Auerungen wie die des Kaisers über die „Lückenlosigkeit unserer Rüstungen“ höre man sonst eigentlich nur aus dem Munde eines Generals oder Admirals a. D. Es ist wahrlich kein Kunststück, mittels lüdenloser Rüstungen den Frieden zu wahren; schwieriger schon, ihn durch eine gute auswärtige Politik zu erhalten. Das sind Waffen für die Chauvinisten aller Länder. Das ist die Antwort auf die Unterhausrede des englischen Ministerpräsidenten Asquith. Nicht Abrüstung, sondern Fortsetzung des Wettrüstens mit England! „Aus eigenem Recht“ ließ Cromwell einem Könige den Kopf abschlagen, aus eigenem Recht erhob sich Napoleon I. über die anderen Fürsten von Gottes Gnaden und wurde dann selber Fürst von Gottes Gnaden, aus eigenem Recht sind alle Revolutionen entstanden. — Freilich vom Stein war wohl doch etwas wichtiger für den preussischen Staat als die Königin Luise, aber freilich, in der Siegesallee sind auch die faulsten Monarchen Hauptfiguren, während die größten Philosophen und Staatsmänner zu Nebenfiguren herabsinken. Gegen den Geist der Kaiserrede müsse Mann und Frau in gleicher Weise aufgerufen werden. Ja, eine derartige Rede sei direkt eine Kriegsgefahr! Und diese Kaiserrede wird von Herrn von Bethmann Hollweg in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vertheidigt! Was habe demgegenüber der Reichstag zu tun? Es müßten Garantien geschaffen werden, die eine Wiederholung derartiger Dinge absolut ausschließen. Aber wird der jetzige Reichstag diese Garantien durchsetzen? Das glaube wohl kein politisch denkender Mensch. Darum: Nieder mit der jetzigen Reichstagsmehrheit, nieder mit der Reaktion! Die Demokratie werde nicht eher ruhen und ruhen, als bis das Wort in Erfüllung gegangen sei: „Es lebe Seine Majestät das Volk!“ (Stürmischer, anhaltender Beifall!)

Nachdem dann noch Frau Regine Deutsch ihr Ersuchen über die Weltfremdheit des Kaisers ausgedrückt und insbesondere auch die pädagogischen Anschauungen der Kaiserrede als vollkommen veraltet zurückgewiesen hatte, wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen: „Die vom Demokratischen Verein Berlin-Wilmersdorf einberufene öffentliche Versammlung erhebt den schärfsten Widerspruch gegen die von dem Kaiser in Königsberg verkündete politische und staatsrechtliche Privatmeinung. Sie stellt dem Befehl zum persönlichen Regiment die Forderung des parlamentarischen Regiments, des Ausdrucks der Volkssouveränität entgegen. Dringendste Aufgabe des Reichstages sei es, umgehend verfassungsgemäße Schutzwehren gegen das persönliche Regiment zu schaffen.“

#### Der Protest gegen die Kaiserrede.

Die Protestaktion im Lande setzt bereits kräftig ein. Die Leipziger Genossen haben für Freitag drei Volksversammlungen angelegt und die Breslauer Sozialdemokratie beruft auf Donnerstag eine öffentliche Protestversammlung gegen die Königsberger Rede ein.

#### So etwas sagt man nicht!

Die Nationalliberalen lassen jeden Tag, den Gott gibt, ihren Angstschrei vor der „roten Flut“ ertönen und wimmern Herrn v. Bethmann an, doch etwas gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie zu tun. Dieses Angstgeschrei ist dem Zentrum unbecommen und veranlaßt die „Königliche Volksztg.“ zu folgenden amüsanten Ratschlägen:

Auf der anderen Seite hat es doch erhebliche taktische Bedenken, wenn die „Nat.-Ztg.“ die „Angst vor der roten Flut“ als das Charakteristikum der politischen Lage bezeichnet. Eine Armee, die laut proklamiert, daß sie „Angst“ habe, ist schon halb geschlagen, darum wird der Sozialdemokratie nichts lieber sein, als dieses nicht gerade heldenmütige Bekenntnis von dem nationalliberalen Organ zu hören. Um so hoffnungsvoller und siegesverheißender werden die roten Scharen singen: „Wir sind die Kraft, wir hämmern jung, das alte morsche Ding, den Staat.“ Die Geschichte lehrt uns, daß schon der Schweden, welcher den Goten, Hunnen und Wandalen vorausging, ihren Kolonnen stehend die Bahn ebnete. Der Ruf von der Unwiderstehlichkeit Napoleons I. hat in mancher Schlacht bewirkt, daß die Reihen der Gegner gleich dem ersten Sturm der Franzosen nicht standhielten. Wenn die Sozialdemokraten in dasselbe Renommee kommen, mag die nächste Reichstagswahlschlacht das größte Siegesfest werden, welches ihre Partei jemals zu verzeichnen hatte. Da sollte man nicht schon ein oder anderhalb Jahre vorher verraten, daß eiskalte Angst vor dieser roten Flut das „nationale“ Heldentum erstarren mache. Und wenn der Tag des Kampfes anbräche, würde es schätzerlich einen imponierenden Eindruck machen, falls dann der Generalissimus der Ordnungsmänner seine Truppen ermunterte, zu kämpfen und ihre „Angst“ möglichst zu verbergen. Im Felde soll man keine Angst haben, und wenn man sie hat, sagt man es wenigstens nicht.“

Na also, jetzt wissen die Nationalliberalen, was sie zu tun haben: ihre Angst verbergen und mutigen Eindruck schinden. Für Nationalliberale wirklich eine ausreichende und angemessene politische Beschäftigung.

#### Das Reich war in Gefahr!

In einer Zeit, wo die Regierungen zweier großer Kulturstaaten keinen größeren Ehrgeiz kennen, als den Wettlauf im Bau von Riesenpanzern, blüht natürlich die Spioniererei und nimmt ständig die Furcht zu, ein Staat könne dem andern militärische Geheimnisse ablauschen. Diese Furcht zeitigt sonderbare Resultate. Der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg.“ war aus Friedrictsdort mitgeteilt worden, daß auf dem Schiffsplatze bei Schiffe Versuche mit Riesentorpedos angeestellt worden seien, und daß die beschäftigten Arbeiter dabei Ueberstunden machen müßten. Es sei aber gar kein zwingender Grund für die Ueberstunden zu ersuchen, wahrscheinlich würden sie nur gemacht, um dem Reichstage als Material für eine Vergrößerung des Schiffsplatzes vorgelegt zu werden. In der nächsten Mitteilung, daß Versuche mit Riesentorpedos gemacht worden — von der Tatsache konnte sich übrigens jeder Spaziergänger am Schiffsplatz überzeugen — sah die Marxverwaltung eine schwere Gefahr für das Deutsche Reich. Könnten die Engländer das nicht erfahren und dann noch größere Riesentorpedos herstellen? Zwar war in der Notiz weder die Größe der Riesentorpedos angegeben noch irgendwas über ihre Konstruktion gesagt. Aber trauere diesen Engländern! Und nun gar die „Schleswig-Holst. Volksztg.“! Hat sie sich doch schon dadurch übermäßiger Engländerfreundlichkeit verdächtig gemacht, daß sie die durch die deutsche Regierung erfolgte Ablehnung des von England vorgeschlagenen Abkommens über das Tempo des Notendruckes kritisiert! Die Marxverwaltung verständigte die Staatsanwaltschaft und diese leitete ein Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holst. Volksztg.“, den Genossen Herrn. Vretour, ein wegen „Verrats militärischer Geheimnisse!“ Er und zwei Arbeiter, die der Staatsanwaltschaft verdächtig waren, die Notiz eingesandt zu haben, mußten ein hochpeinliches Verhör bestehen.

Drei Monate sind seit der Vernehmung ins Land gegangen. Endlich ist jetzt dem Genossen Vretour von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung zugegangen, daß das Strafverfahren niedergeschlagen worden ist. Ein netter Reinsfall!

#### Eine Massenpetition der Kriegsveteranen.

Eine am Sonntag in Neustadt a. d. S. tagende, von 2000 Kriegsveteranen besuchte Versammlung hat beschlossen, den Reichstag in einer Massenpetition um angemessene Unterstützung der bedürftigen Veteranen zu bitten. Gleichzeitig erfährt man, daß der Bundesrat sich mit der Frage befaßt habe, ob man den bedürftigen Veteranen nicht aus einkommensfähigen Mitteln in diesem Jahre eine einmalige Zuwendung machen könne. Man sei aber von diesem Gedanken abgekommen, weil zu einer solchen Ausgabe die Zustimmung des Reichstages erforderlich

lich gewesen wäre und ferner, weil man das Entschieden einer Mitbestimmung unter den Veteranen verhalten wollte, die entstanden wäre, wenn nur ein Teil der Veteranen etwas bekommen hätte.

Einzig löstlich! Damit bei den Veteranen keine Mißstimmung entsteht, kriegt keiner was! Und diese peinlich ängstliche Wahrung des Staatsrates des Reichstags! Demgegenüber muß doch einmal festgestellt werden, daß es den bürgerlichen Parteien keineswegs ernst ist mit der Veteranenfrage, sonst hätten sie den Gehalt des Reichsanwalts nicht eher bewilligen dürfen, ehe nicht diese Frage zufriedenstellend erledigt worden wäre. So aber beschließt man die Unterstützung der Veteranen am Ende der Tagung des Reichstags, in der stillen Hoffnung, daß die Regierung den Beschluß schon im Papierkorb unterdrücken werde.

### Die Bauernparade von Tantenhausen.

Der Bayerisch-patriotische Bauernverein, dem zurzeit 7000 Zentrumsbauern angehören, hielt am Sonntag seine diesjährige Generalversammlung, wie üblich in dem oberbayerischen Wallfahrtsort Tantenhausen, dem „bayerischen Delphi“, wie es einmal genannt worden ist, ab. Im Gegensatz zu den früheren Tantenhausener Paraden, bei denen die Führer des bayerischen Zentrums große programmatische Reden vom Stapel ließen, hatte die regierende Partei diesmal gar nur ihre dritte Rednergarnitur vorgeführt, und wenn der alte „Papa Daller“, der langjährige Vorsitzende des Vereins, zu Beginn den Pressevertretern zurief: „Heut plagt's Ent umajunt. Heut is nix los!“, so gab der Verkauf der Verlosung ihm durchaus recht. Der erste Redner, Landtagsabgeordneter Siehr, suchte die Bauern mit dem Hauptgrund gaulig zu machen und meinte, wenn dieser mit seinen reichen Mitteln bei den nächsten Reichstagswahlen eine Mehrheit zusammenbekomme, die nicht bauernfreundlich sei, dann würden die Schulden heruntergehen und dann verliere der Bauernstand in Bayern allein 70-80 Millionen. Daß der Kaiser in Königsberg sein Gottesgnadentum betont habe, sei hocherfreulich; er habe damit offen ausgesprochen, daß über dem höchsten irdischen Herrn ein göttlicher sitz, von dem alle Macht kommt. Er wisse aber nicht, ob es im Interesse des monarchischen Prinzipals gelegen sei, wenn die Allerhöchste Person immer in die öffentliche Debatte gezogen werde und gezogen werden müsse.

Dem zweiten Redner, Abg. Steiniger, hatten es besonders die Filserbriefe des Simplissimus angetan, auf die er ein Diktum Dr. Heims anwandte: es gebe Leute, die meinen, der bayerische Abgeordnete, und speziell der bauerliche, sei ein Eckstein, an dem jede Sau ihren Hintern wehen kann.“ Im übrigen hielt Herr Steiniger die Rede noch einmal, die vor einem Jahre der Abgeordnete Dr. Schädel an derselben Stelle über die Reichsfinanzreform gehalten hatte.

### Die Regierung gegen die Ortskrankenkassenverbände!

Die Tagungen des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen sind der Regierung schon lange unbenommen. Durch die scharfe Kritik am Entwurf der Reichsversicherungsordnung wurde man vollends so aufgebracht, daß Mittel und Wege gesucht werden mußten, um den Kritikern den Mund zu stopfen. Jetzt glaubt man endlich gefunden zu haben, wie den Krankenkassen das Reden verboten werden kann.

In Tantenhausen (Thüringen) sind mehrere Teilnehmer des vorjährigen Verbandstages von der Aufsichtsbehörde aufgefordert worden, die erhaltenen Delgierkosten an die Kassen zurückzahlen. Als Grund wird angegeben, daß auf dem Verbandstage keine Gegenstände behandelt worden sind, die zu den Aufgaben der Kassen gehören! Über der Verstoß wird von der Erfurter Regierung, welche die Verfügung angeordnet hat, gleich noch weiter ausgebeutet. Diese Regierung hat nämlich sämtliche Kassen in Thüringen, die dem Zentralverband und dem Unterverband Sachsen-Anhalt angeschlossen sind, fernerhin untersagt, Beiträge aus Kassenmitteln an diese Verbände abzuführen.

So entledigt sich die preussische Regierung lästiger Kritiker, die an ihrer reaktionären Arbeit etwas auszusehen haben!

### Unternehmungslustige Politiker.

Die Christlichsozialen haben auf ihrer Bezirkskonferenz für Westfalen beschlossen, in allen 12 Kreisen des Bezirkes eigene Kandidaten für die kommende Reichstagswahl aufzustellen. Diese unternehmungslustige Partei besitzt gegenwärtig im Reichstag zwei Mandate, die beide auf sehr wackeligen Füßen stehen.

### Fürsorge im Reiche des Herrn Kracke.

Die Oberpostdirektion Düsseldorf hat angeordnet, daß jeder Postbote, der sich verkranken will, dies vorher seiner vorgesetzten Postbehörde zu melden hat, die dann in einer Prüfung darüber eintreten wird, ob der Postbote in der Lage ist, eine Familie ernähren zu können. Auf den Gedanken, die Postboten so zu bezahlen, daß sie auf alle Fälle eine Familie unterhalten können, sind die Postgewaltigen offenbar noch nicht gekommen. Jedenfalls steht man aber fest, daß die Postverwaltung selbst die Bezahlung der Postboten für unzureichend hält.

### Der „Wahre Jacob“ beschlagnahmt.

Die Bochumer Polizei hat die Nr. 17 des „Wahren Jacob“, die den Pfaffen gewidmet war, in den Räumen des „Bochumer Volksblattes“ beschlagnahmt. Es fielen ihr nur wenige Exemplare in die Hände.

### Die militärische Bestie.

Vor dem Oberkriegsgericht des fünften Armeekorps in Posen hatte sich dieser Tage der Sergeant Oskowski von der 9. Kompanie des in Breschen garnisonierenden 48. Infanterieregiments wegen Mißhandlung von Untergebenen vor der Berufungsinstantz zu verantworten. Der saubere Patron ist im Juli eines Sonntags betrunken nach Hause gekommen, dabei in eine Mannschafsstube getreten und hat hier, wo schon alles schlief, Streichhölzer begehrt. Ein Musiker reichte ihm dienstbesessenen Streichhölzer und erhielt zum Dank dafür sechs Ohrfeigen und einen Stoß vor die Brust. Einem anderen Soldaten befahl der Herr Stellvertreter, aus dem Bett zu steigen und verfehlte diesem gleichfalls mehrere derbe Ohrfeigen, so daß dem Manne das Blut aus Nase, Mund und Ohren spritzte. Hierauf riß er einen dritten Soldaten so lange am Ohr, bis dieses einriß. Darauf entfernte er sich. Die Gequälten schlossen nun die Tür ab, da Oskowski bereits wieder versuchte, auf sie einzudringen. Vor Gericht entschuldigte er sich mit Trunkenheit. Vor der ersten Instanz hatte er für seine erzieherischen Taten drei Monate Gefängnis und Degradation erhalten. Das Oberkriegsgericht änderte das Urteil dahin ab, daß es die Degradation aufhob und es nur bei den drei Monaten beließ.

Die Bestie dient bereits im zehnten Jahre, in zwei Jahren wird er abgehen und dann unter die Bethmannschen Kulturträger eingereiht werden.

### Todesmärsche.

Von den Mannschaften des 15. Infanterieregiments, das zurzeit in München untergebracht ist, erkrankte am Montag auf dem Rückwege von einer längeren Übung eine größere Zahl von Soldaten infolge der Hitze. Ein Einjährig-Freiwilliger, der anscheinend noch gesund in die Kaserne zurückkehrte, ist während der Nacht gestorben; zwei Reservisten sind ernstlich erkrankt. — Zu den Erkrankten wird amtlich mitgeteilt, daß etwa 60 Mann, meist Reservisten, auf dem Rückweg vom Exerzierplatz erkrankt sind. Bei einem großen Teil handelt es sich um Wundläusen der Füße, bei den übrigen um Erschöpfung. An hochgradigen Erscheinungen ist ein Mann erkrankt. Die

Obduktion des in der Nacht an Herzschwäche verstorbenen Einjährigen, der den Marsch ohne Anzeichen besonderer Anstrengung mitgemacht hatte, ergab eine ausgedehnte beginnende Lungenentzündung.

### Zwei Militärgerichtsurlaube.

In der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts für das 9. Armeekorps (Altona) gelangten zwei Fälle zur Verhandlung, deren bloße Gegenüberstellung eine Wirkung ausübt, wie sie unsere Militärpsychologen wohl kaum ahnen dürften. Wir berichteten vor einiger Zeit über die Verurteilung des Sergeanten Boh vom 85. Infanterieregiment zu Neudorf wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu acht Tagen Mittelarrest. Boh hatte nämlich einem rekrutierten, am Kopfe verbundenen und vom Feldwebel zum — Hühnerhüten beauftragten Soldaten eine heruntergehauen, daß diesem die Mütze vom Kopf flog. Der Gerichtsherr hatte auch herausgefunden, daß die unter den genannten Umständen begangene Nothet viel zu niedrig geahndet sei. Seiner Berufung wurde stattgegeben und Boh erhielt einen Tag drücker. B. muß also ganze neun Tage Mittelarrest verbüßen.

Unter dem Gesichtswinkel der gefährdeten Militärdisziplin, wie die Formel lautet, wurde die sich als Ungehorsam und Beharren im Ungehorsam bezeichnete „Straftat“ des Musketiers H. von demselben Regiment behandelt. H. war von der ersten Instanz zu 6 Wochen 1 Tag Gefängnis verurteilt, weil er nach Angabe seines Wachunteroffiziers nicht sofort Order pariert haben soll. Des Angeklagten Helm war vertauscht worden und der andere Helm drückte ihn. Hierauf machte H. den Unteroffizier einige Male aufmerksam, aber dieser reagierte nicht, er erblühte vielmehr in dem Verhalten des Soldaten eine Gehorsamsverweigerung. Der Soldat erklärte vor beiden Instanzen, er habe nur eine Meldung über die Beschaffenheit des Helms gemacht. Das nützt ihm aber nichts, das Urteil bleibt bestehen.

### Frankreich.

#### Die Pariser Korruptionsaffäre.

Paris, 30. August. Die Summe, um welche die Stadt durch das unedliche Gebaren von Akzisebeamten geschädigt ist, wird nunmehr auf etwa fünf Millionen Franz geschätzt. Auch gegen einen Großverfrachter, der an dem betrügerischen Vorgehen der Akzisebeamten beteiligt ist, ist die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden.

### Belgien.

#### Bürgerliche Friedenspolitik.

Brüssel, 30. August. Die Konferenz der Interparlamentarischen Union ist heute vormittag im Sitzungssaal der Deputiertenkammer durch Professor Eichhoff eröffnet worden, auf dessen Vorschlag Staatsminister Beernaert zum Vorsitzenden der Tagung ernannt wurde. In seiner Eröffnungsrede stellte Staatsminister Beernaert fest, daß die Interparlamentarische Union sich immer mehr durchsetze, so daß ihr schon offizielle Budgetäre Staatsunterstützungen (!) zuteil würden. Der Union gehörten jetzt 3000 Mitglieder von 21 Staaten an. Minister Davignon begrüßte im Namen der belgischen Regierung die Versammlung. Auf Antrag des Engländers Lord Bardsale wurde sodann ein Begrüßungstelegramm an König Albert abgesandt.

In der Nachmittagsitzung erstattete Dr. Wagnick Bericht über die Neutralisation der Meerengen und der interozeanischen Kanäle. Es wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß im Interesse der Allgemeinheit und des Handels alle Meerengen und interozeanischen Kanäle nach Möglichkeit unter das gleiche Regime der Neutralisation gestellt werden wie der Sueskanal, der Panamakanal und die Regelhastrasse. Sodann wurde eine Kommission eingesetzt, welche diese Frage prüfen, Vorschläge ausarbeiten und der nächsten Konferenz darüber Bericht erstatten soll.

### Portugal.

#### Die Wahlen.

Lissabon, 30. August. Mit Ausnahme einiger leichter Störungen in Covilhao, Braga und Coimbra, wo mehrere Wahlurnen verschwanden und andere umgestürzt wurden, was Ungültigkeit der Wahl zur Folge hatte, sind die Wahlen im allgemeinen ruhig verlaufen. In Sabugal wurde ein Geistlicher, der Wähler beeinflussen wollte, verhaftet. Die Gerichtsbehörden werden noch die Geschwämigkeit gewisser Wahlen zu prüfen haben. Die amtliche Stimmzählung ist noch nicht abgeschlossen.

#### Wahlresultate.

Lissabon, 30. August. Bis abends lagen folgende Wahlergebnisse vor: 90 Ministerielle, 40 konservative Monarchisten und 14 Republikaner; von diesen wurden 10 in Lissabon, 3 in Setubal und einer in Beja gewählt.

## Aus der Partei.

#### Zum Parteitag.

In Straßburg i. E. ist in Urabstimmung Genosse Redakteur Max Schneider als Delegierter gewählt worden.

#### Reichstagskandidaturen.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim stellte den bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Dr. David, als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl auf. Für den Reichstagswahlkreis Kaufbeuren-Mindelheim (Schwaben 5) beschloß die Kreisversammlung, den Genossen Ulrich Pitt, Drechslermeister in Issee, als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl aufzustellen.

#### Kreisversammlungen.

Auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Hamm-Soest wurde berichtet, daß im Kreise 24 Jülialen mit 1887 Mitgliedern (1417 männlichen und 470 weiblichen) vorhanden sind. Diese Ziffern entsprechen den Kassenverhältnissen, jedoch waren im zweiten Quartal schon 2017 Mitglieder vorhanden. Die schlechte Konjunktur wirkte hemmend auf die günstige Weiterentwicklung der Organisation. Etwa 90 Proz. der Mitglieder sind Vergarbeiter. Im vorigen Jahre beteiligten sich die Genossen in zwei Städten und 18 Landgemeinden an den Kommunalwahlen. Ueberall war bei diesen Wahlen großer Stimmengewinn zu verzeichnen. Im ganzen Wahlkreise besitzt die Partei in 16 Orten 23 Gemeindevorsteher. Im letzten Jahre fanden im Kreise 295 Agitationen für die Arbeitervereine statt, die einen guten Erfolg erzielten. Die Parteiführer hat Fortschritte gemacht. In organisatorischer Hinsicht war leider kein Fortschritt zu verzeichnen. Abgelehnt wurde ein Antrag, den Beitrag der Mitglieder auf 40 Pf. zu erhöhen. Ebenso wurde ein Antrag abgelehnt, eine Wahlfondsdarlehne von 50 Pf. zu beschaffen.

Reaktionäres. Genosse Schiller von der Dreikauer „Volkswacht“ hat auf neue das Wohlauer Strafgefängnis bezogen, um weitere vier Monate Gefängnis zu verbüßen. Hoffentlich hat die Kritik in der Parteipresse bewirkt, daß die mehr als heimliche Behandlung, die Genosse Schiller beim ersten Aufenthalt erfuhr, sich nicht wiederholt.

## Aus Industrie und Handel.

### Fürstentruß.

Die Deutsche Palästina-Bank will, wie verlautet, ihr Kapital von 5 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark erhöhen. Diese Bank wurde im Jahre 1899 mit einem Kapital von 450 000 M. gegründet, zum Zwecke der Verdringung von Handelsgeheimnissen in Palästina. Schon im folgenden Jahre erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals auf 800 000 M. Die letzte Ausdehnung brachte vor zwei Jahren das Kapital von 1 Million Mark auf 5 Millionen Mark. Seit noch nicht einem halben Jahre sind die Aktien auch an der Berliner Börse eingeführt. Hinter der Bank stehen die beiden Fürsten von Fürstberg und von Hohenlohe-Dehringen, die zu den reichsten Magnaten Deutschlands gehören. Beide sind durch ihre Generalbevollmächtigten auch im Aufsichtsrat vertreten. Diese enge Verknüpfung mit den beiden Fürsten hat der Bank auch den Namen der Kavalerbank, Fürstentruß, Magnatenbank und andere ähnliche Bezeichnungen eingetragen. Die zahlreich der Bank nahestehenden industriellen Unternehmungen haben einen bedeutenden Kapitalbedarf. Die Struktur des Fürstentrußkonzerns ist verschleiert. Eine Menge verschiedenartiger Unternehmungen hängen da zusammen. So die aus der Madeiragesellschaft, die auf der portugiesischen Insel ein Sanatorium errichten wollte, hervorgegangene Handelsvereinigung, die Berliner Terrain- und Baugesellschaft und, mit ihr zusammenhängend, das Passagierhaus und das Warenhaus W. Wertheim. Ferner sind zu dieser Gruppe die Niederländer Kohlenwerke, die Hohenloherwerke und die Kaliinteressen des Fürsten Hohenlohe zu rechnen. Im besonderen der Palästina-Bank angeschlossen erscheinen das Levantefontor G. m. b. H., das den Handel mit der Levante vermittelt, die Levantelinie in Hamburg, die Unionreederei und die Seetransportgesellschaft. Allen Anschein nach tragen sich die Hintermänner der Bank mit großen Plänen, die auf eine Beherrschung oder doch wenigstens auf eine starke Beeinflussung des Weltmarktes hinstreben.

### Planmäßige Wucherei.

Unter der Stichmarke: „Wer ist an der Viehknappheit schuld?“, schreibt die „Fleischer-Ztg.“:

Das Schlachtvieh im Stalle zurückzuhalten, fordern Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte Bielefeld (Regierungsbezirk Lüneburg) die Landbevölkerung auf. Die Viehhändler werden direkt gewarnt, schon jetzt schlachtbare Tiere zu verkaufen, da eine weitere Steigerung der Preise zu erwarten sei. Bei dieser Handlungsweise der Agrarier glaubt die Reichsregierung genug zu tun, wenn sie behauptet, es sei hinreichend schlachtreifes Vieh vorhanden? Sie kann die Viehhändler natürlich nicht zwingen, ihr Vieh zu den jetzigen hohen Preisen abzugeben und deshalb bleibt kein anderer Weg übrig, als die Öffnung der Grenzen, die mit Recht und mit Nachdruck von allen Seiten gefordert wird. Es ist wahrlich die höchste Zeit, dem gemeingefährlichen Treiben der Fleischwucherei das Handwerk zu legen.

### Hauffetumulte an der New Yorker Börse.

An der New Yorker Baumwollbörse gelang es dem Hauffler am Montag ein Spekulationsfever zu entfesseln, das zu tumultarischen Szenen führte. Von dem Fieber nach Gewinn ausgepeitscht, legte man die Hände in Bewegung, als die Gasse nicht mehr ausreichte. Wahre Schichten wurden geliefert.

Der Preis der Baumwolle stieg von 18,82 auf 20 Cts. für das Pfund, oder um über 15 Dollar pro Ballen. Es ist dies der höchste Preis, der seit dem Bürgerkrieg für Baumwolle je gezahlt wurde. Angeblich hat die Firma William Brown, Dehn und Eugen Scars, die die Gasse organisiert hatte, bei dem Geschäft 80 000 000 Fr. gewonnen. Schließlich fiel der Preis wieder auf 18 Cts.

(Siehe auch 1. Beilage.)

## Soziales.

Finanzielle Unterstützung der öffentlichen Arbeitsnachweise durch den preussischen Staat.

Durch die bürgerliche Presse ging kürzlich eine (wahrscheinlich offiziöse) Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß die preussische Regierung schon bisher die Förderung der öffentlichen Nachweise sich sehr habe angelegen sein lassen. Die Fonds erwiesen sich aber als „nicht ganz ausreichend“ und würden deswegen im nächsten Etat erhöht. Wie bescheiden in dieser Beziehung die Ansprüche der preussischen Regierung sind, geht daraus hervor, daß für die Unterstützung von Arbeitsnachweisverbänden vom Staate im ganzen jährlich die Summe von 100 000 M. aufgewendet wird. Zurzeit kommen bei insgesamt 400 öffentlichen deutschen Arbeitsnachweisen auf Preußen nur 157.

Sodann heißt es aber weiter: „Eine Zwangsorganisation für öffentliche Arbeitsnachweise für die ganze Monarchie einzuführen, ist nicht beabsichtigt, abgleich diese Einrichtung sich in kleinen Staaten bewährt hat. In Preußen, das vorwiegend ländlichen Charakter in gewissen Teilen aufweist, liegen die Verhältnisse so, daß eine Zentralisation nicht für geboten erachtet wird, weil die Landflucht dadurch neue Nahrung gewinnen würde.“

Der Gedanke, daß die „Landflucht“ hervorgerufen wird durch die jammervollen Arbeitsbedingungen, die brutale Behandlung der Landarbeiter durch die Junker, kommt der hochweisen Regierung nicht. Sie will die agrarischen Interessen, will heißen die Ausbeutungsfreiheit der Junker auch fernerhin auf diesem Gebiete unterstützen, denn sie will in Zukunft besonders solchen Nachweisen Zuwendungen machen, „die die Vermittlung für das Land betreiben“.

Scharfe Maßnahmen gegen Stellenvermittler werden in Vorschriften getroffen, die der preussische Handelsminister erlassen hat. Die Stellenvermittler müssen Geschäftsbücher führen, die von der Behörde vor dem Gebrauch abzustempeln sind. Wenn dem Stellenvermittler nachteilige Tatsachen über ein Unternehmen, das Arbeitskräfte sucht, bekannt geworden sind, so muß er diese Tatsachen dem Stellungsfindenden mitteilen. Die Vermittler dürfen künftig auch keine sogenannten Fachschulen betreiben, die meist nur den Vorwand für intensiver Ausbeutung der Stellungsfindenden gebildet haben. Auch die stille Beteiligung an solchen „Schulen“ ist strengstens verboten, desgleichen das Halten von „Schleppern“, die bisher auf Bahnhöfen, auf den Straßen usw. den Stellungsfindenden aufgelauert haben, um sie den Vermittlern zuzuführen. Zweiggewerkschaften dürfen nicht mehr errichtet werden. Hoffentlich sieht man sich auch die Gebührensätze recht genau an, die einzelne Vermittler aufgestellt haben.

Die Einkommensverhältnisse im Königreich Sachsen. Nach der letzten Einkommensstatistik hatten von der 4 1/2 Millionen Köpfe umfassenden Bevölkerung Sachsens nur etwa 2 Millionen ein steuerpflichtiges Einkommen. Von diesen wiederum hatten rund 1 1/2 Millionen, also weit mehr als die Hälfte, nur ein Einkommen zwischen 400 und 1100 M. jährlich. Dieser große Teil der Bevölkerung hat also nicht einmal ein Existenzminimum. Leider gibt die Statistik nicht an, wieviel sich darunter Familienwäter befinden. Die Leute mit dem Einkommen von 1100 bis 4800 M. zählten etwas über 600 000, 33 000 Personen hatten ein Einkommen von 4800 bis 10 000 M., 12 500 von darüber bis 25 000 M., 5000 bis zu 1 Million M. Unter letzteren befinden sich allerdings 535 nicht-physische Personen (Aktienbesitzer usw.), 11 (darunter 9 juristische) Personen hatten über 1 Million Mark Einkommen. Man sieht, welches immerhin kleine Häuflein die Besitzenden darstellen, nach deren Köpfen im Staat und in der Gemeinde alles geht.

# Der Reichshauptstadt Protest gegen Absolutismus und Volkswucherung.

Aufgepeitscht von der Gottesgnadensrede Wilhelms II., in der sie einen Angriff auf die Verfassung erblickt, empört über den schamlosen Lebensmittelwucher, der sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, strömte die Bevölkerung der Reichshauptstadt und ihrer Vororte gestern abend in hellen Scharen den 33 Lokalen zu, in denen Protestversammlungen gegen den Absolutismus und die Fleischnot anberaumt waren. Wie vom Sturm gepeitschte Wasserwellen den Strand überfluten, so schoben sich die Menschenwogen in immer neuen Massen dahin.

Männer und Frauen strömten herbei. Ruhige Entschlossenheit prägte sich in dem ganzen Aufmarsch aus: Wie sind keine Sklaven, keine Untertanen; wir dulden keinen Absolutismus mehr; wir zerbrechen die „gottgewollten Abhängigkeiten“; wir fordern das demokratische Selbstbestimmungsrecht! Des Joches der Ritter, Geisigen und Scharfmacher, der Brot- und Fleischwucherer sind wir endlich überdrüssig; wir bieten Trost nun jeder Tyrannei und Ausbeutung!

Solche Gedanken sprachen deutlich aus den Mienen der Protestler. Jeder wollte dabei sein. Die es doch des Volkes Rechte laut und vernünftig zu betonen, das feierliche Bekenntnis zur Demokratie abzulegen, die Rechte zu verteidigen, die unsere Vorfahren kämpfend errangen, Angriffe auf die Konstitution abzuwehren. Ja man wollte dabei sein, wo es galt, alle, die es wagen, des Volkes Rechte anzutasten, in ihre Schranken zu verweisen, wo es galt, den Volksbedrückern und Pöbelpolitikern den Kampf anzusagen.

Kampfesstimmung, hervorgerufen durch die Kaiserrede, die Erregung in den Massen als Folge des Lebensmittelwuchers, das sind Faktoren von unergleichlich aufrüttelnder, agitatorischer Wirkung. Sie peitschten das Volk auf zu dem Wollen, die Gestaltung seiner Geschicke energischer denn je selbst in die Hand zu nehmen. Darum strömten sie herbei, die Männer und Frauen der Arbeit, darum demonstrierten sie.

Lange, lange vor Beginn der Versammlungen waren die meisten Lokale überfüllt. Ungezählt mußten umkehren. Sie füllten die angrenzenden Straßen und unterstützten den scharfen, entschiedenen Protest, der in den Lokalen oft stürmische Kundgebungen auslöste.

Besonderer Hervorhebung wert ist der Umstand, daß zu dem erstenmal seit Erlaß des neuen Vereinsgesetzes in Berlin die Versammlungen polizeilich überwacht wurden. Diese Rücksicht zu den alten schlechten Polizeigewohnheiten ist für die Aera Bethmann recht bezeichnend. Den Versammelten wurde so ploftisch vor Augen gestellt, daß die Reaktion immer unerschämter, der Kampf um die Demokratie immer dringender wird.

Der Geist, der die Versammlungen beherrschte, die Stimmung, die die Ereignisse in den Massen auslöste, das Wollen des wertvollen Volkes ist aus den nachfolgenden Stimmungsberichten deutlich vernehmbar:

Die Versammlung des 1. Kreises tagte im großen Saal bei Dräsel. Der Saal war schon um 1/2 Uhr überfüllt. Etwa 800 bis 1000 Personen waren erschienen, darunter viele Frauen. Referent war Genosse Kubig.

Zum Niemschen Lokal in der Hasenheide strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen und andere, die sich gleich ihnen durch die heutigen Zustände bedrückt und unterdrückt fühlen. Es war noch nicht ein Viertel nach 8 Uhr, da schritt die Polizei bereits zur Absperzung. Hunderte und Aberhunderte fanden keinen Einlaß mehr. Wenn auch ganze Trupps sich entfernten, zeigte die Straße noch lange ein anderes Aussehen wie gewöhnlich, und mancher indifferente Vergnügungssümmler wurde dadurch angeregt, sich mit der Angelegenheit doch etwas zu befassen, die das Volk in solchen Massen zusammengeführt hatte. Genosse Heinrich Schulz hielt das Referat. Stürmischer, nicht endemollender Beifall ertönte, als er mit Anlehnung an die zweite Rede des Kaisers schloß.

In Sabels Brauerei in der Vergmannstraße füllten über 1000 Versammlungsbesucher den Saal, während die gleiche Anzahl draußen bleiben mußte. Referent war Genosse Boldt. Seine einstündige Rede erntete lebhaften Beifall. Die Resolutionen wurden beide einstimmig angenommen. Auch hier war die Versammlung polizeilich überwacht.

In Rixdors Festhale sprach vor überfüllter Versammlung und unter polizeilicher Aufsicht Genosse Peterhänsel.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses war bald nach 8 Uhr gefüllt, so daß trotz engen Zusammenrückens lange nicht alle, die noch hinein wollten, das begehrte Stehplätzchen erobern konnten. Referent war hier Genosse Stücklen. Seine Worte, die den Kern der Sache trafen, lösten begeisterte Zustimmung aus.

Die Versammlung in den Arminhallen war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Behörde hatte 2 Ordnungshüter entsandt. Genossin Friedländer ertönte mit ihren Ausführungen reichen Beifall.

In Dittins Lokal, wo Genosse Wüke sprach, hatten sich an 1000 Personen, davon mindestens die Hälfte Frauen, eingefunden.

Die Urania in der Brangelstraße, wo Genosse Uzo unter rauschendem Beifall sprach, sah eine selten starke, über 2000 Personen zählende Versammlung.

Die „Marlgrafen-Säle“ füllten zirka 700 Personen, darunter viele Frauen. Genosse Unger behandelte das Thema des Tages und geistelte unter großem Beifall den Fleisch- und Brotwucher und ging auch eingehend auf die Kaiserreden ein.

Das „Elysium“ erregte sich natürlich wie alle anderen Versammlungen der polizeilichen Überwachung. Wegen des kolossalen Andranges mußten Tische und Stühle aus dem Lokal entfernt werden. Genosse Fendel sprach in dieser Versammlung, die von zirka 3000 Personen besucht war. Es hatten sich besonders stark die Frauen eingefunden.

In den „Prachtisalen des Ostens“, Referent Adolf Zeumer, hatten sich ebenfalls große Massen Protestler eingefunden. An der Diskussion beteiligte sich auch der Demokrat Dr. Bab, der im Sinne des Referenten sprach.

Braumanns Lokal mußte schon frühzeitig abgesperrt werden. Hunderte von Nachzügler fanden keinen Platz mehr. Der Referent, Genosse Rathow, geistelte in scharfen Worten die politische und wirtschaftliche Situation.

Prebers Festhale in der Koppenstraße, einer der größten Berliner Säle, wurde wegen Überfüllung schon vor 8 Uhr von der Polizei gesperrt. Der Andrang zu dem Lokal war aber auch nach dem dauernd ein außerordentlich starker. Sehr viele lehrten um und machten sich auf den Weg nach anderen Versammlungsorten. Andere verweilten in der Nähe auf der Straße, um so durch ihre Anwesenheit zu zeigen, daß sie auch da seien, um zu protestieren. Ein bewegtes, vielstimmiges Straßenbild! Eine Mahnung an die Herrschenden! Inzwischen lauschte eine dichtgedrängte Menge im Saal den überzeugenden, das Thema des Abends mit kritischer Schärfe behandelnden Ausführungen des Genossen Eichhorn, die die Hörer oft zu den lebhaftesten Beifallskundgebungen hinführten.

Lipps großen Saal am Friedrichshain hatten sich die Genossen und Genossinnen des fünften Reichstagswahlkreises zum Ziel ausgesucht. Der riesige Raum war schon frühzeitig so stark besetzt, daß er niemand mehr zu fassen vermochte.

Fortwährend kam noch neuer Zuwachs. Man mußte sehen, noch irgendeinen Winkel auf der Galerie zu erschaffen. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Robert Schmidt, ging hier mit den Brot- und Fleischwucherern und mit dem absolutistischen Regime in Preußen-Deutschland kräftig ins Gericht, unter der vielfachen Zustimmung und dem brausenden Beifall der versammelten Tausende.

Im Norden Berlins folgte die arbeitende Bevölkerung in imponierenden Massen dem Ruf zum Protest. Mit starkem Beifall wurde jedes Wort der Kritik an des Kaisers Rede begrüßt und je schärfer die Kritik, desto lauter der Beifall.

Der Andrang zu den Versammlungen war außerordentlich stark. Auf dem Gesundbrunnen sah man schon um 8 Uhr große Scharen von Besuchern aus Frankes Festhale zurückkehren, sie fanden keinen Platz mehr und füllten die Straße vor dem Lokal, von den Schulgelehrten stetig ausgefordert, weiter zu gehen. Die Polizei war überall stark vertreten, sie sperrte die Lokale schon zeitig ab und war sehr besorgt darum, daß sich die übrige Menge möglichst schnell zerstreute. In den „Pharusälen“, weit draußen in der Müllerstraße, wo eine Doppelversammlung stattfand, waren alle Räume, auch der Garten, von den andrängenden Besuchern besetzt und große Mengen promenierte draußen auf der Straße. Schulleute sah man dort überall, draußen sowohl als auch im Garten und sogar auf den Treppentritten. Auch die „Germania-Säle“ waren überfüllt und abgesperrt. Die Erwartung auf einen Massenbesuch der Versammlungen war glänzend gerechtfertigt.

Die Versammlung bei Franke in der Badstraße war vollständig überfüllt. Im Saal waren ungefähr 1500 Personen anwesend. Mehrere Hundert hielten den Garten besetzt und eine nicht zu schätzende Menschenmenge promenierte während der Tagung der Versammlung vor dem Lokale auf und ab. Das Referat hielt Genosse Otto Wächner. Von der Polizei waren zwei Beamte zur Überwachung erschienen.

Der Prater war um 1/2 Uhr abgesperrt; die ausströmenden Massen füllten hierauf den großen Garten bis auf den letzten Platz. Der Referent Genosse Th. Fischer zeichnete in knappen Strichen die heutige Situation und das Hervortreten des persönlichen Regiments. Im Saale und den Nebenzimmern waren mindestens 3000 Personen anwesend, im Garten die doppelte Anzahl. Tische und Stühle waren aus dem Saal entfernt worden.

Seit den glänzenden Wahlrechtsdemonstrationen hatte Noabit noch nicht wieder eine solche Versammlung gesehen, wie die, welche gestern abend im „Noabiter Gesellschaftshaus“ tagte. Nur einen kleinen Teil der andrängenden Proletariermassen vermochte der gewaltige Raum des großen Saales zu fassen. Auch der große Garten war von einer Kopp an Kopf gedrängte Menge besetzt. So konnten an dieser Stelle zwei Versammlungen zugleich abgehalten werden. Eine kernige Ansprache des Genossen Dr. Wofes leitete die untere Versammlung ein, während oben im Saale der Referent, Genosse Ströbel, brausende Beifallsstürme entfeuerte durch seine Rede, welche klar und scharf zum Ausdruck brachte, was gegenwärtig das Empfinden der politisch denkenden Proletariermassen bewegt. — Auch in der im Garten abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Ströbel.

Charlottenburg hatte im Volkshause eine selten imposante Kundgebung. Viele Protestler mußten sich mit einem engen Stehplätzchen auf dem Hofe begnügen. Genosse Kassenstein referierte. In der Diskussion sprach Herr Paul Gerlach. Beide Redner fanden Worte der schärfsten Kritik gegen das persönliche Regiment und die agrarische Ausbeutungspolitik. Auf dem Hofe sprachen die Genossen Doose, Scherz und Reipke. Weit über 2500 Personen beteiligten sich an der Demonstration.

Bei Hoppe in Rixdorf war die Versammlung schon um 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Sämtliche Nebengänge des Saales waren dicht gedrängt voll von Menschen. Das Referat des Genossen Barth wurde mit Beifall aufgenommen. Die Besucherzahl schätzte man auf über 2000. In der nahe gelegenen Vereinsbrauerei hatte die Polizei eine starke fliegende Wache.

In Schneberg im Lokale von Obst hatten sich etwa 1600 Personen, darunter sehr viele Frauen, eingefunden. Mit Begeisterung wurde das Referat des Genossen Paas entgegengenommen.

In Wilmersdorf im Gesellschaftshause sprach Genosse Horlich unter stürmischem Beifall der zahlreich erschienenen Männer und Frauen.

In Treptow, „Madrensbahn“, sprach Genossin Wulff vor einer Menge, die das Lokal vollständig füllte. Die Referentin schilderte besonders in anregender Weise die Leiden, denen die Frauen unter der Schnapsblutregierung ausgesetzt sind.

In Bantow waren im Lokal von Ebersbach über 800 Personen versammelt, die das Referat des Genossen Fiel unter stürmischem Beifallskundgebungen anhörten. Das Lokal war überfüllt.

Oberschöneweide. In Noerners Blumengarten besuchten 1600 Personen die Versammlung. Referent war Genosse Schneider. Das Lokal war überfüllt.

Lichtenberg. Der große Saal im „Schwarzen Adler“ war schon lange vor 8 Uhr ziemlich gefüllt und doch begann erst jetzt der Massenstrom nach dem Versammlungsort. In dichten Scharen drängten sich Frauen und Männer in den Raum, der bald bis in den äußersten Winkel dicht besetzt war. Was die empörten Massen bewegte, das sprach der Referent aus, und daß er die richtigen Worte gefunden hatte für die Empfindungen, die in der gegenwärtigen Situation das Volk beherrschen, das zeigte der brausende Beifall, den seine treffenden Ausführungen fanden, sowie die einstimmige Annahme der Resolutionen.

Weißensee. Eine riesige Halle ist es, welche den Versammlungssaal im „Schloß Weißensee“ bildet, doch sie reichte kaum aus, um den Massen der Besucher Platz zu bieten, die herbeigeströmt kamen, um Protest einzulegen gegen die verderbliche Politik, welche den Proletariern den Bissen vom Munde stiehlt, die Tischen der unerfährlichen Junker füllt und zu alledem das ausgeplünderte Volk für unmündig erklärt. In sachkundiger Rede zeigte der Referent Düweil die wirklichen Ursachen der Fleischnot, die von der tausendköpfigen Zubörschaft mit vollem Verständnis gewürdigt wurden. Brausenden Beifall fanden die treffenden Kennzeichnungen der Proklamierung des Gottesgnadentums.

Die Versammlung in Steglitz im „Wittenwäldchen“, wo Genosse Lehmann referierte, war von über 1000 Personen besucht, die den Ausführungen des Referenten begeisterten Beifall gollten.

Im „Café Bellevue“ in Rummelsburg nahmen an der Versammlung zirka 2000 Personen teil, die dem Referenten Paul Litkin aufmerksam zuhörten und seine Darlegungen durch kräftigen Beifall unterstützten.

Tegeel-Borsigwalde hatte gestern die stärkste Versammlung, die bisher stattgefunden hatte. Sie war von über 1200 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Spießer.

Spandau. Im Böhlischen Lokale drängten sich zirka 1200 Personen zu der Versammlung. Das Referat hielt Genosse Wilhelm Schenk-Verlin. Die Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Stimmung ausgezeichnet.

In sämtlichen Versammlungen wurden die nachfolgenden Resolutionen angenommen:

Gegen das persönliche Regiment

Die Arbeiter Berlins sehen in der Königsberger Rede Wilhelms II. eine Proklamierung des persönlichen Regiments, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen des Deutschen Reiches im unvereinbaren Widerspruch steht.

Sie erklären die sofortige Einberufung des Deutschen Reichstages als eine unbedingte Notwendigkeit und fordern von der Vertretung des deutschen Volkes die Zurückweisung des persön-

lichen Regiments in die Schranken der Verfassung und deren Sicherung durch Schaffung verfassungsmäßiger Garantien gegen absolutistische Uebergriffe.

Die Arbeiter Berlins protestieren auf das nachdrücklichste gegen die Fortdauer des unsinnigen Betrückens zu Lande, zu Wasser und zur Luft und bekunden aufs neue ihren unerwähnten Friedenswillen. Als wichtigste Voraussetzung der Erhaltung des Weltfriedens betrachten sie ein Uebereinkommen mit England zur Einschränkung der Flottenrüstungen und zur Abschaffung des Seebereichs.

In der Rede Wilhelms II. erblickt die sozialdemokratische Arbeiterschaft nur einen Grund mehr, mit aller Kraft an der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten und alle Macht einzusetzen, die nächsten Reichstagswahlen zu einer gewaltigen Kundgebung für die demokratische Selbstregierung zu gestalten und in Preußen durch die Erneuerung des Wahlrechtskampfes das wichtigste Bollwerk des Absolutismus, das Dreiklassenwahlrecht, zu zerstören.

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Der Zuckerzolltarif, der dem deutschen Volke zu Weihnachten 1902 beschert worden ist, hat zu einer Politik geführt, die, im einseitigen Interesse der Agrarier gelegen, auf eine schwere Schädigung der Masse des deutschen Volkes hinauslaufen mußte. Die schlimmsten Beschränkungen, die an diesen Zollarif geknüpft wurden, sind durch die Wirklichkeit weit übertroffen worden. Neben höchst ungünstigen Handelsverträgen, die die deutsche Industrie in ihrer Entwicklung hemmen, haben, durch die Unterbindung der Lebensmittelzufuhr, die Preise der notwendigsten Lebensmittel eine Höhe erreicht, daß mit Zug und Recht von Notstandspreisen gesprochen werden kann.

Die Fleischpreise sind für weite Kreise des deutschen Volkes geradezu unerträglich geworden. Die dadurch erhöhte Nachfrage nach anderen Lebensmitteln hat auch für diese eine Preissteigerung nach sich gezogen. Was in schweren wirtschaftlichen Kämpfen errungen wurde, ist der Arbeiterklasse von den Agrariern wieder abgenommen worden. Die Volksgesundheit wird durch die Verteuerung und dadurch bedingte Erschwerung des Lebensunterhaltes in der bedenklichsten Weise untergraben.

Hohnlachend stehen die Agrarier, untätig und unfähig die Regierung des Schnapsblutes diesem Notstand gegenüber.

Die Versammlung protestiert gegen die Zucker- und Raubpolitik der Agrarier. Sie verlangt die Dämpfung der Grenzen, die sofortige Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle, die Unterlassung der heute beliebten Schikanen bei der Vieheinfuhr.

Die Versammlung benutzte diese Gelegenheit, der Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg ihr unbegrenztes Mißtrauen auszusprechen, und gelobt, mit aller Kraft, insbesondere auch durch die Wahl von Sozialdemokraten in die gesetzgebenden Körperschaften, dieser Politik der Auspoierung des wertvollen Volkes ein Ende zu machen.

Stürmischer Beifall ertönte. Brausend erklang ein Hoch auf die Sozialdemokratie, wenn alle Hände sich emporspreizten, gleichsam als Schwur, für des Volkes Rechte bis zum letzten Atemzuge zu kämpfen. Vielfach unter Abhängen der Marschallise gingen die Versammelten auseinander. Sicherlich alle in dem Bewußtsein, mögen Stürme kommen, wir werden kämpfen und — siegen!

## Letzte Nachrichten.

### Eingefschlichen.

**Frankfurt a. M., 30. August. (B. G.)** Die „Neine Presse“ meldet aus Friedberg, bei der Ankunft des Zarenpaars hatten die spalterbildenden Feuerwehr- und Kriegervereine sowie das Militär mit abgewandtem Gesichte aufstellung nehmen müssen.

Ein schmählicher Feigling!

### Ein komischer Zwischenfall.

**Kopenhagen, 30. August. (Pretelegraph.)** Großes Aufsehen erregte auf dem Sozialistenkongreß ein heute eingelaufenes Schreiben des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem er erklärte, er werde ananern für das Gedeihen des Sozialismus arbeiten, und hoffe, daß der Kongreß seine Sympathie für die Politik der französischen Regierung aussprechen werde. Unter den Kongreßteilnehmern hatte man vermutet, daß eine Kritik vorliege, dagegen erklärte Jules Guesde, daß dieses Schreiben bei der Charakterveranlagung des Ministerpräsidenten wohl von ihm stammen könne.

### Eine internationale Kundgebung.

**Frankfurt a. M. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)** Wie die heutige Nummer der „Volkstimme“ mitteilt, wird am kommenden Sonntag in der Frankfurter Festhalle eine große internationale Kundgebung stattfinden. Als Redner sind Wandervogel-Brüder, Reir Hardy-London, Zaurès-Paris, Caprin-Rom und Bahleisch-New York vorgesehen. Der Beginn der Versammlung ist nachmittags 3 Uhr.

### Gegen Fleischnot und Absolutismus.

**Dessau, 30. August. (B. G.)** Die sozialdemokratische Parteileitung des Herzogtums beruft allerorts Volksversammlungen ein, in denen gegen die Fleischsteuerung protestiert werden soll.

**Wiesbaden, 30. August. (B. G.)** Die hiesige sozialdemokratische Partei hat zum nächsten Montag eine öffentliche Versammlung einberufen, um in dieser gegen die Königsberger Rede des Kaisers Protest einzulegen. Das Thema, über das in dieser Versammlung gesprochen werden wird, lautet: „Die Königsberger Kaiserrede und der Dank für die 3/4 Millionen Mark Zulage“.

### Die Cholera.

**Rom, 30. August. (B. L. W.)** In den letzten 24 Stunden sind in San Ferdinando, Cerignola und Margherita di Savoia je eine Erkrankung an Cholera, in Trinitapoli drei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Barletta fünf Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Trani ein Todesfall, in Molfetta eine Erkrankung und ein Todesfall vorgekommen.

**Regensburg, 30. August.** Die an Cholera erkrankte, auf dem Dampfer „Regensburg“ bedienstete Antonie Truka ist im hiesigen Epidemichospital gestorben.

**Wien, 30. August. (B. L. W.)** Das Ministerium des Innern richtete an das Ministerium des Äußeren und an das ungarische Ministerium des Innern die Mitteilung, daß in den mehr als fünf Tagen seit der im Franz Josef-Hospital erfolgten Isolierung zweier Choleraerkrankter ein neuer Cholerafall nicht aufgetreten, daher jede Gefahr einer Weiterverbreitung der Krankheit beseitigt sei.

### Schweres Baunglück.

**Gyula (Ungarn), 30. August.** Beim Neubau des Hospitals ist das Eisenbetondeck der chirurgischen Pavillons eingestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet, sechs sind schwer verletzt; ein Arbeiter liegt noch unter den Trümmern.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Kopenhagen, den 30. August.

Der Gardie-England und Jourde-Frankreich schlagen eine Resolution zugunsten des indischen Revolutionärs Savarkar vor. Savarkar ist bekanntlich von Frankreich, nachdem er französischen Boden betreten hatte, an die englischen Agenten ausgeliefert worden. Die Resolution verlangt, daß die englischen Behörden den Gefangenen an Frankreich zurückgeben. Jaurès teilt mit, daß die französische Regierung ihm diesen Sachverhalt bestätigt hat. Es wird einstimmig beschlossen, der Resolutionskommission diese Resolution zur Annahme zu empfehlen.

Der tschechische Streit nahm wieder einen großen Teil der Sitzung in Anspruch. Soukup-Tscheche: Die tschechische Sektion steht mit ihren Beschlüssen auf dem Boden einer Resolution, die von der tschechischen Sozialdemokratie angenommen worden ist und die bestimmt, daß nur die Gewerkschaftszentrale in Prag für die Tschechen maßgebend sein soll. Das Bureau kann keine Sektion zwingen, irgendwelche Mandate anzuerkennen. Wir bedauern, daß Adler die Sache der Abgewiesenen so leidenschaftlich vertreten hat.

Romec nimmt zum zweiten Male das Wort. Wenn die tschechische Sektion die sieben Mandate anerkennen muß, so wäre das ein Eingriff in ihre Selbständigkeit. Die Frage ist, ob die Vertretung der tschechischen Sozialdemokratie das Recht hat, Mandate anzuerkennen oder nicht. Die Anerkennung der Mandate durch das Bureau würde unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Jede Sektion muß das Recht haben, autonom in ihren Beschlüssen zu sein, solange die Internationale keine bestimmte Regel dafür aufgestellt hat.

Adler: Es könnte so aussehen, als ob die sieben Abgewiesenen unbekanntere Leute wären. Tatsächlich aber handelt es sich um sehr bekannte Genossen, die vor allem der tschechischen Partei angehören. Unter den 400 000 tschechischen Wählerstimmen befinden sich auch die Mandatgeber der sieben Abgewiesenen. Niemand wird mich im Verdacht haben, daß ich eine Spaltung wünsche. Aber Sie können die Vertretung der zentralistisch organisierten Gewerkschaften, die an die internationale Gewerkschaftszentrale in Wien angeschlossen sind und deren Alter höher ist als das der separatistischen tschechischen Zentrale in Prag, nicht ausschließen. Es ist ganz falsch, zu sagen, daß die sieben sich durch eine Hintertür einschleichen wollten. Ihre legale Delegation ist vielmehr erwiesen. Wenn wir in der deutschen Partei Österreichs das Unglück haben würden, eine solche Spaltung zu haben wie die tschechischen Genossen jetzt, so würden wir sicher trotzdem keinem Delegierten, der zu unserer Ration gehört, das Mandat aberkennen. Die Gefahr, von der gesprochen wurde, ist vorhanden. Aber sie würde noch verschärft werden, wenn das Bureau der tschechischen Sektion Recht geben würde. Im Interesse der Möglichkeit eines Friedens zwischen Tschechen und Deutschen möchte ich nicht, daß so viele brave Genossen disqualifiziert werden. Je entgegenkommender die Tschechen sein werden, um so leichter wird die Verständigung sein. Brechen Sie nicht alle Brücken ab! (Zu den Tschechen gewendet.) (Romec ruft: Das haben Sie getan!) Ja bitte das Bureau, die Abgewiesenen als Böheimen anzuerkennen und sie der tschechischen Sektion zuzuweisen.

Bandervelde: Die Schwierigkeit, die wir vor uns haben, hat sich schon in der belgischen Sektion in Stuttgart gezeigt, als die Vertreter der Antwerpener Diamantarbeiter mit Mandaten erschienen, obwohl ihre Gewerkschaft vorher mit großem Nachdruck aus der Gewerkschaftskommission ausgetreten war. Da sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellten, zögerten wir keinen Augenblick, sie anzuerkennen als Angehörige der belgischen Delegation. Dadurch entstand ein Konflikt zwischen den einzelnen Delegierten, der für die Lösung des Konflikts die besten Folgen hatte. Ich möchte in der tschechischen Frage dieselbe Prozedur angenommen sehen, die sich bei uns damals als möglich erwiesen hat. Ich will betonen, daß wenn wir als Bureau prinzipiell darüber zu entscheiden hätten, ich dafür stimmen würde, daß die Abgewiesenen der tschechischen

tschechischen Sektion zugewiesen würden. Natürlich verkenne ich nicht, daß es eine sehr delikate Sache ist, von unserer Seite etwas aufzuzwingen. Als Ausweg, glaube ich, könnten wir erstens grundsätzlich beschließen, daß die sieben Abgewiesenen das Recht haben, dem Kongress beizuwohnen; zweitens, daß die Genossen, gegen die in der tschechischen Sektion eine unüberwindliche Abneigung zu bestehen scheint, eine tschechische Untersektion mit zwei Stimmen und je einem Delegierten in der Kommission bilden sollen. Nachdrücklich will ich betonen, daß ich für den Fall, daß die Tschechen diesen Versöhnungsversuch ablehnen, dafür sein würde, daß das Bureau die betreffenden Genossen der tschechischen Sektion zuweist.

Rubanowitsch-Rußland: Ich bin mit Bandervelde einverstanden, nur möchte ich nicht haben, daß sein Vorschlag als Ermunterung zur Abtrennung auch in anderen Ländern aufgefaßt wird. Ich glaube, daß der Kopenhagener Kongress die Pflicht hat, für eine Einigung zu sorgen.

Romec-Prag: Wir können angesichts der Wichtigkeit der Sache nicht früher unsere Zustimmung geben, als bis wir unsere Sektion befragt haben. Das kann heute noch geschehen; bis dahin bitten wir das Bureau, die Entscheidung zu vertagen.

Dr. Adler-Wien: Den Wunsch von Romec begreife ich, andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß diese sieben Delegierten in der zweiten Kommission, wo man sich mit dem Kern dieser Sache beschäftigt, eine bestimmte Mission zu erfüllen haben. Bis zur Entscheidung sind sie ausgeschlossen und deshalb wünsche ich, daß die Entscheidung möglichst schnell herbeigeführt wird. Am liebsten wäre es mir natürlich, wenn die tschechische Sektion sich entscheiden könnte, die sieben anzunehmen. Wenn nicht, so mag eben die Untersektion, so wie sie schon in der russischen, englischen und holländischen Partei besteht, gebildet werden, aber nur in dem Sinne, daß sie als Einteilung innerhalb der Sektion, nicht als Neugründung in der Internationale betrachtet wird.

Troelstra-Holland: Da um 3 Uhr die zweite Kommission zusammentritt, schlage ich vor, einen provisorischen Beschluß zu fassen, der den sieben Delegierten das Recht gibt, schon heute einen Vertreter in die Kommission zu entsenden.

Troelstra Vorschlag wird einstimmig angenommen, die Entscheidung über die Frage selbst wird auf morgen vertagt.

Die amerikanische Frage.

De Leon (Sozialistische Arbeiterpartei, Amerika) versucht an der Hand von Zahlenmaterial nachzuweisen, daß die Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas nicht so schwach sei, wie es die Sozialistische Partei darstellt. Auf Grund der Stuttgarter Resolution habe die Sozialistische Arbeiterpartei eine Einigung herbeiführen wollen, aber die Sozialistische Partei habe das abgelehnt. Man hat uns geantwortet, daß man nur individuell mit jedem Einzelnen von uns verhandelt könne. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Sozialistische Partei selbst sich im Stadium des Verfalls befindet. Da der Redner auf alle möglichen Einzelheiten einging, unterbrach ihn der Vorsitzende Bandervelde mit der Frage, wie viel Mitglieder denn seine Partei habe, worauf De Leon erwiderte, daß er es nicht sicher wisse, daß er aber glaube, es seien 3000. Wenn man seiner Partei die Stimmen im Bureau nehme, werde man die sozialistische Vorhut Amerikas, die im Einklang mit den Beschlüssen der Internationale arbeitet, strafen. Eine Partei, die ein Tagesblatt aus eigener Kraft unterhalten könne, sei noch nicht am Ende ihres Daseins. Er bitte um Aufrechterhaltung des Status quo.

Bandervelde schließt sich zunächst diesem Vorschlage an, um Zeit zu gewinnen. Da jedoch Hissquit als Vertreter der Sozialistischen Partei widerspricht, wird ein Vorschlag angenommen, weiter zu diskutieren mit fünf Minuten Redezeit.

Hissquit-Amerika: Für die Frage der Vertretung auf dem Kongress und die gesamte sozialistische Bewegung in Amerika ist diese Sache sehr wichtig, und ich bedaure, daß ich mich so beschränken muß. Es ist nötig, daß endlich eine definitive Regelung getroffen wird. Das Bureau muß beiden Seiten nach ihrer Stärke gerecht werden. Es genügt nicht, daß man sagt: lassen wir es noch einmal so, wie es ist. Es muß endlich ein Zustand herbeigeführt

werden, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Ich habe in der amerikanischen Sektion versucht, diese unerquickliche Debatte unmöglich zu machen, aber ich bin von meiner Partei einstimmig beauftragt worden, die Rechte der Sozialistischen Partei hier im Bureau energisch zu vertreten. Was die Einigungsversuche anbetrifft, so wurden sie so gemacht, daß die Sozialistische Arbeiterpartei zu einer Konferenz einlad, bei der unsere viel größere Organisation als eine Art Untersektion erschienen wäre. Die Sozialistische Arbeiterpartei bestand früher einmal, heute existiert sie nicht mehr, abgesehen von dem Genossen De Leon, der hier anwesend ist. Je „fortgeschrittener“ die Sozialistische Arbeiterpartei wurde, desto geringer wurde allmählich ihre Zahl, desto weniger Mitglieder hatte sie. Es hat lange Zeit gekostet, bis wir es fertig brachten, daß die Arbeiter Amerikas den bitteren Beigeschmack der Sozialistischen Arbeiterpartei vergessen hätten. Heute können wir auf Grund der beitragszahlenden Mitglieder und der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen die Zahl der Vertreter festsetzen. Während die Sozialistische Arbeiterpartei seit neun Jahren keine Berichte mehr veröffentlicht hat, veröffentlicht der Sekretär unserer Partei allmonatlich eine Statistik. Selbst wenn die Angaben De Leons, daß seine Partei 3000 Mitglieder hätte, richtig wären, so beträgt das nur 6 Prozent unserer Mitgliederzahl. Tatsächlich aber sind es nur 2 Prozent. Man spricht davon, den Status quo aufrechtzuerhalten. Den hat die Sozialistische Arbeiterpartei aber selbst nicht aufrecht erhalten können. Ihren einzigen Kredit, den sie noch hat, borgt sie sich hier auf dem Internationalen Kongress. Das Bureau hat nicht das moralische Recht, einer Scheinpartei diesen Kreditbrief mitzugeben, auf Grund dessen sie dann ihre die sozialistische Bewegung Amerikas schädigende Tätigkeit fortsetzen kann.

Rosa Luxemburg-Polen: Ich mache mir nicht an, über die Interna dieser Affäre zu urteilen. Wenn wir aber den Status quo für die Amerikaner brechen, können wir ihn auch für andere Länder nicht bestehen lassen. Ich sehe einen kleinen Widerspruch darin, daß Hissquit sagt, die Sozialistische Arbeiterpartei bestehe nicht mehr, und dann, sie bedeute eine Gefahr für den amerikanischen Sozialismus. Wir können nicht nur nach den bei den Wahlen abgegebenen Stimmen urteilen. So haben zum Beispiel die russischen Sozialrevolutionäre, die in der zweiten Duma 40 Mitglieder hatten, in der dritten Duma gar keinen Vertreter. Deswegen können wir ihnen doch nicht ihre Vertretung im Internationalen Bureau nehmen. Ich spreche mich deshalb für die Aufrechterhaltung des Status quo aus.

Bandervelde macht darauf aufmerksam, daß zwei kleine amerikanische Gruppen, die vertreten sein könnten, nicht anwesend sind, und daß man den Konflikt vielleicht dadurch lösen könnte, daß man ihre Stimmen für diesen Kongress der Sozialistischen Partei zuweise.

Hissquit erklärt, daß die eine Stimme dem Vertreter der 500 000 organisierten Brauereiarbeiter übergeben worden sei und daß eine Anzahl kleinerer Organisationen ebenfalls eine Stimme bekommen hätten, so daß nur noch die zwölf anderen übrig blieben. Im übrigen habe der Kongress das Recht, jedesmal eine neue Verteilung der Stimmen vorzunehmen.

Bandervelde läßt über den Vorschlag abstimmen, den Status quo aufrechtzuerhalten.

Der Vorschlag wird mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der Vorschlag, der sozialistischen Arbeiterpartei nur eine Stimme auf dem Kongress zu geben, wird angenommen.

Die englische Vertretung im Bureau.

Bandervelde verliest eine Eingabe der Mitglieder der englischen S. D. P., in der dieselben wegen ihrer Ausschließung aus dem Bureau protestieren. Er macht darauf aufmerksam, daß statutengemäß jede der beiden englischen Parteien das Recht auf eine Vertretung im Bureau habe. Wenn gestern bei der Abstimmung in der englischen Sektion Ducek, der Vertreter der S. D. P. mit 38 Stimmen gegen 42 Stimmen, die auf MacDonald als Vertreter der S. P. fielen, unterlegen sei, so wäre das wohl darauf zurückzuführen, daß die eine Partei auf dem Kongress mehr Delegierte habe, als die andere. Dem Bureau aber sei es unmöglich, diesen Beschluß anzuerkennen. Es sei

beherrschte. Es ist daher nicht ohne Interesse, aus einem in der Pariser Nationalbibliothek aufbewahrten Schriftstück des Marquis de Thiangens, dem die Sorge für die Garderobe seines prinziplichen Herrn oblag, einen Ueberblick über die Toilettengegenstände des Grafen von Artois und die dafür gezahlten Preise zu gewinnen. Das Schriftstück trägt das Datum des 15. Juni 1789 — genau einen Monat später, am 14. Juli, wurde die Bastille erstürmt, und die Revolution begann. Der Aufstellung Thiangens' zufolge hatte der Pariser Schneider Le Normand dem Prinzen drei Frühjahrs- und drei Sommeranzüge für die bescheidene Summe von 2008 Livres, also über 40 000 Mark geliefert. Man muß freilich dabei bedenken, daß die Anzüge, deren Grundstoff aus dem feinsten Seidensamt bestand, reich mit edelstem Gold und Silber gestickt waren und statt der Knöpfe Edelsteine trugen; mit diesen drei Frühjahrsanzügen begnügte sich der Prinz nicht; er hatte außerdem noch eine Anzahl weiterer seidener Röcke für den Frühjahrsgebrauch, die er sich bei Le Normand hatte anfertigen lassen, abgesehen von den zahllosen weißen Batistwesten, die ebenfalls reich gestickt waren. In dem gleichen Jahre hatte sich der Prinz neue Wäsche anfertigen lassen, die unzahlige Hemden, Strümpfe und Nachtwäsche umfaßte, dafür aber auch nicht weniger als 7000 Livres gelostet hatte. Er trug ausschließlich weißseidene, durchbrochene Strümpfe, die eigens für ihn angefertigt wurden, und die er nur einen halben Tag, ähnlich wie seine Unterwäsche, zu tragen pflegte. Nur daraus erklärt sich der ungeheure Wäscheverbrauch und die ungeheuren Kosten. Für einen Ruff aus russischem Varenfell hatte er 1000 Livres bezahlt, und geradezu zahllos waren die Strawatten, Handschuhe und Ordensbänder des Prinzen, bei niemals ausging, ohne daß sein Diener von den Kleidungsstücken, die leicht zu wechseln waren, wie etwa Strawatten und Handschuhe, eine große Anzahl in einer besonderen Tasche bei sich trug.

Notizen.

Für ein neues Berliner Opernhaus wird von den zuständigen Ministerien ein Preisauschreiben erlassen werden, zu dem nur einige bestimmte Architekten eingeladen werden. Das neue Opernhaus soll sich an der Stelle des stroschischen Stabstimmens erheben, doch sind auch andere Vorschläge zulässig. (Berlin aber — das ist die Hauptsache — darf die Preise zahlen, indem es sich das alte, ramponierte und einfallende Opernhaus aufhassen lassen soll.)

Der Abbruch des Lessinghauses am Königsgraben wird, nachdem alle Bemühungen der Gesellschaft zu seiner Erhaltung gescheitert sind, mit dem 1. Oktober beginnen. Das Museum, für das Herr Tichy in seinem Neubau besondere Zimmer herstellen lassen will, fiedelt zunächst in das mit den Gedenktafeln für Nicolai und Theodor Körner geschmückte Haus von Lessing's Freund (Brüderstr. 18, Nicolaische Buchhandlung) über, wo in größeren und vermehrten Räumen die auf Lessing und die Geschichte des Theaters begünstigten Sammlungen in erweiterter Maßstab Ausstellung finden. Nach der Neuordnung soll das Museum täglich geöffnet sein.

Kleines feuilleton.

Der Schmied von Aachen. In der alten Stadt Aachen wurde dieser Tage ein von dem Bildhauer Karl Burger geschaffenes Denkmal enthüllt, das einen alten, schon an das Gebiet der Sage streifenden Vorgang veretwigen soll. Wie in früherer Zeit die märkischen Städte unter den räuberischen märkischen Junkern zu leiden hatten, so auch die ehrwürdige deutsche Kaiserstadt unter den Grafen von Jülich. Wie berichtet wird, hatte Wilhelm v. Jülich einmal längere Zeit versucht, die befestigte Stadt zu stürmen, da ihm aber dieses im offenen Kampfe nicht gelang, beschloß er, Aachen des Nachts zu überrumpeln. Durch eine List hatte er den Torwächter genötigt, das Tor zu öffnen. Dieser ließ den Grafen nebst seinen 3 Söhnen hinein, versammelte aber hierauf das Tor, so daß die Heeresmacht draußen blieb. Die wenigen Angreifer sprengten mit Hulloh in den Straßen der Stadt umher, in dem Glauben, ihre ganze Mannschaft folge ihnen. Plötzlich wurde es in allen Häusern lebendig. Die Bürger waren vorbereitet, und die einfallenden Reiter versuchten nun möglichst schnell wieder das rettende Tor zu erreichen. Dieses war aber verschlossen. Der Graf und seine drei Söhne sprangen von den Pferden, um das Tor zu öffnen. In der Nähe lag eine Schmiede. Aus dieser stürmte jetzt ein nerviger Schmied mit einem schweren Hammer bewaffnet herauf und schlug mit gewaltiger Faust den Grafen nebst seinen drei Söhnen zu Boden. Aachen war von seinem schlimmsten Feinde gerettet. Der Name des Schmiedes ist nicht erhalten. Jetzt ist auf einem hohen Sockel, aus dem plätschernde Wasserstrahlen in ein Marmorbecken fließen, die redende Figur des Schmiedes, mit dem schweren Hammer in der Faust, von der Stadt Aachen bewacht worden. Das Denkmal steht an derselben Stelle, an der sich der Vorgang abgepielt haben soll.

Vor nicht langem ist einmal — ob von höchster oder allerhöchster Stelle, ist uns nicht mehr geläufig — das Wort gefallen, daß man in unserer Zeit der Vorbilder bedürfe. Vielleicht haben wir in diesem Schmied ein solches Vorbild.

Robinson auf dem Indes. Die literale Presse hat sich jetzt das Buch zur Abschachtung genommen, mit dem wir alle aufgewachsen sind, das zu dem Dutzend Bücher der Weltliteratur gehört, die wirklich ins allgemeine Bewußtsein gedrungen sind: Robinson Crusoe. In den „Stimmen aus Maria Laach“ erklärt der Jesuitenpater Ader das Buch zur Jugendlektüre nur unter hohem Vorbehalt für geeignet. Schon wegen der „widerwärtigen Angriffe auf die Religion“, die sich in solchen Äußerungen finden: „Hierdurch erfährt ich (Robinson), daß sich sogar unter den unwissendsten Sklavendienern der Welt eine Priesterrolle findet, und daß die luge Politik, aus der Religion ein Geheimnis zu machen, um der Geistesfreiheit die Verehrung des Volkes zu erhalten, sich nicht nur in der katholischen, sondern vielleicht in allen Religionen der Welt und sogar bei den rohsten und wildsten Völkern findet.“ Ober: „Lieber will ich noch mich den Wilden überlassen und von denen freffen lassen, als

in die unbarmherzigen Hände der Priester und der Inquisition fallen.“ Dennoch kann sich Ader den Wirkungen der Dichtung nicht entziehen und so verlangt er schließlich einen sterilisierten Robinson als eine für die Jugend geeignete Schrift. Eine solche Bearbeitung aber ist schlimmer als ein Verbot; denn sie ist eine Vergewaltigung des Dichters und eine Umkehrung des Werks in sein Gegenteil.

Eine zerstörte Legende. Man schreibt uns aus St. Petersburg: Nach Beendigung des für Rußland so schmachvoll verlaufenen japanischen Krieges ludte man mit heilhem Bemühen nach glanzvollen Taten, die als Balsam in die brennenden Wunden des tödlich verlegten Nationalstolzes getränkt werden konnten. Man bekam nicht viel zusammen. Die bemerkenswerteste, wirklich heldenhafte Episode blieb die Versenkung des Torpedobootes „Sterequischiki“ durch zwei unbelamnt gebliebene Matrosen. Als die ganze Besatzung des „Sterequischiki“ von den Japanern zusammengeklappt worden war, da öffneten die zwei letzten Ueberlebenden die Ventile und sie gingen mit ihrem Schiff vor den Augen der staunenden Japaner zu Grunde. Die Stunde von dieser Heldentat soll von dem Admiral Logo stammen. Die Helden des „Sterequischiki“ waren in aller Leute Mund, man pries sie und tröstete sich an ihnen über das sonstige jammervolle Benehmen der russischen Flotte. Ein unternehmerischer Dekorationsmaler in Petersburg begeisterte sich in so hohem Maße, daß er ein Panrelief schuf, das die namenlosen Helden im Schiffsraume, in den das Wasser einströmt, zeigt. Er sterben in recht theatralischer Weise. Der Dekorationsmaler hatte sich nicht verrechnet. Der Zar kaufte den Entwurf und beauftragte den Autor mit der Ausführung eines Denkmals, das demnach in Gegenwart des Zaren enthüllt werden soll.

Nun veröffentlicht der Fregattenkapitän Shelegi, Kommandant eines Frachtdampfers, der vier Tage vor Eröffnung der Kriegsoptionen von den Japanern als gute Priße genommen wurde, ein Buch, das u. a. auch eine Darstellung des Unterganges des „Sterequischiki“ enthält. Aus dieser Darstellung ergibt es sich, daß der einzige unverwundete Mann die Signalführer und Schiffsfloggen versetzte, dann die Ringstange öffnete und sich ohne Widerstand gefangen gab. Der „Sterequischiki“ sank im japanischen Schlepptau. Shelegi, der beinahe zwei volle Jahre in japanischer Gefangenschaft war, legt seiner Darstellung die Aussagen der vier letzten Ueberlebenden vom „Sterequischiki“ zugrunde, die in Sasebo interniert waren.

Wie die Legende entstehen konnte, die zur Errichtung des Denkmals für die „zwei unbelamnt gebliebenen Helden“ führte, ist eines der kleinen Geheimnisse des russischen Marineministeriums. Es ist abzuwarten, wie es sich aus der recht peinlichen Situation helfen wird. Der Held vom „Sterequischiki“ lebt. Er wird also bei Lebzeiten ein Denkmal erhalten. Sonst hat er nichts bekommen, obwohl nach dem Kriege ein Vollenbruch von Tapferkeitskreuzen auf Armees und Marine herabprasselte.

Die Kleiderrechnung eines französischen Prinzen vor der Revolution. Es ist bekannt, daß der Graf von Artois, der Bruder Ludwigs XVI. und spätere König Karl X. von Frankreich, kurz vor Ausbruch der Revolution das Reich der Mode unumschränkt

nötig und selbstverständlich, daß die S. D. P. einen Vertreter im Bureau habe. Macdonald sei schon Vertreter der parlamentarischen Gruppe des englischen Sozialismus im Internationalen Bureau und könnte unmöglich neben dieser Gruppe nun auch noch die L. P. vertreten, so daß zwei Mandate in seiner Person vereinigt wären.

Macdonald bedauert, daß die S. D. P. nicht die Liebesswürdigkeit gehabt hat, die anderen englischen Fraktionen von ihrem Protest zu unterrichten. Die Frage in der englischen Gruppe stand so, daß drei selbständige Untersektionen anerkannt werden müßten: L. P., J. L. P. und S. D. P. Die J. L. P. hat die Majorität unter den Delegierten des Kongresses. Dafür sei die L. P., die vielleicht 100 oder 200 Delegierte schicken könnte, so gut wie gar nicht vertreten. Die Sektion hat nun entschieden, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn für die kommenden Beratungen der englischen Gruppe im Bureau die L. P. mit vertreten sein würde. Was seine Person anlangt, so würde die parlamentarische Gruppe sofort nach dem Kongreß einen neuen Vertreter wählen, so daß er dann nicht mehr als Parlamentarier dem Internationalen Bureau angehören würde. Macdonald beantragt, die gesamte englische Frage an die englische Sektion zurückzuverweisen und in der nächsten Sitzung noch einmal gründlich zu diskutieren.

Banberverde bemerkt, daß die gründliche Diskussion nach dem Kongreß stattfinden könne. Hier handele es sich darum, daß während des Kongresses im Internationalen Bureau Macdonald, Keir Hardie und Quail ihren Sitz behielten.

Quail entgegnet, daß die S. D. P. keinen formellen Protest eingelegt, sondern nur das Internationale Bureau über die unzulänglichen Beschlüsse der englischen Sektion informiert habe. — Es sei nicht ganz richtig, wenn man von drei englischen Parteien spreche. Das sei wie mit der heiligen Dreieinigkeit, die eigentlich auch keine drei sei. Es gebe nur zwei englische Parteien. Macdonald und Keir Hardie gehörten sowohl der L. P. wie der J. L. P. an. Die S. D. P. sei die einzige offene und erklärte sozialistische Partei Englands und es wäre ungerecht, wenn man gerade ihr die Vertretung im Internationalen Bureau nehmen wollte. Die J. L. P. hat auch durchgesetzt, daß innerhalb der englischen Sektion die Stimmen neu verteilt würden und daß sie 6 und die L. P. 14 von den 20 Stimmen erhielten. Es sei nicht zulässig, daß die Rechte der S. D. P. immer weiter beschränkt würden.

Keir Hardie weist darauf hin, daß in England wirklich drei vollständig getrennte selbständige Organisationen bestehen: die S. D. P. und die J. L. P. als sozialistische Parteien und die L. P. als eine Zusammenfassung von Partei und Gewerkschaften (Quail: Nicht sozialistischen Gewerkschaften!), die Gewerkschaften und die J. L. P. hätten sich auf Grund der Stuttgarter Beschlüsse geeinigt und wenn die S. D. P. jetzt über ihre Jurisdiktion Frage, so geschähe ihr Recht, weil sie sich den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses nicht gefügt habe und ihre eigenen Wege gegangen sei. Keir Hardie beantragt gleichfalls, die Frage an die englische Sektion zurückzuverweisen. Er sei aufs höchste überrascht zu hören, daß Macdonald als Vertreter der parlamentarischen Gruppe der L. P. ohne einen Sitz mit vollem Stimmrecht im Internationalen Bureau habe.

Der internationale Sekretär Gundersen erwidert, daß es bedauerlich sei, daß Mitglieder des Internationalen Bureaus selbst die Statuten des Bureaus nicht kennen. Die Frage der englischen Vertretung sei schon zum dritten Male beraten worden und endgültig sei in Stuttgart beschlossen worden, daß England drei Vertreter habe. Unter diesen Umständen sei es das Beste, wenn die englische Delegation noch einmal zu dieser Frage Stellung nimmt. Über solche Debatten könnten vermeiden werden, wenn die Mitglieder des Bureaus sich genauer über seine Statuten unterrichten würden. — Es wird beschlossen, die Frage der englischen Vertretung noch einmal an die englische Delegation zurückzuverweisen. — Der fünften Kommission wird überwiesen die Resolution über die Unterdrückung der japanischen Sozialdemokratie.

Die nächste Sitzung des Internationalen Bureaus findet morgen (Mittwoch) vormittag 9 Uhr statt.

## 8. Internationaler Sozialistischer Kongreß.

Kopenhagen, 20. August.

### Erste Kommission (Genossenschaftswesen).

Die Kommission wählte den Genossen Anseele zum Vorsitzenden und v. Elm zum Schriftführer.

Vertraut-Belgien begründete die von der belgischen Sektion vorgelegte Resolution. Die belgische sozialdemokratische Partei habe Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet und dadurch große Fortschritte gemacht. Sie erkennen die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse mit anderen Staaten an, verstehen besonders die Entwicklung in Deutschland, wo die Genossenschaften durch das Gesetz verbündet sind, sich der Partei anzuschließen. Aber die Belgier glauben, daß für alle Staaten ihr Vorgehen erstrebenswert sei und daß ihr Vorgehen deshalb durch Annahme ihrer Resolution gefördert werden sollte.

v. Elm führte aus: Wir Deutschen halten das belgische Beispiel für uns nicht für nachahmenswert. In Deutschland sind die drei Bewegungen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft getrennt. Bei dem Versuch, Partei und Genossenschaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genossenschaft geraten, was sicher nicht im Interesse der Partei gelegen wäre. Es würde aufhören, daß jeder Arbeiter sich verpflichtet fühlt, für alle drei Bewegungen finanzielle und ideale Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen erzogen werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumvereine ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Unterschiede in sich zu vereinigen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften soweit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch. In Hamburg z. B. tut die „Produktion“ für die Arbeiterbewegung und für die Arbeiter mindestens soviel wie die Genossenschaften in anderen Staaten. Wir wollen gewiß die belgischen Verdienste keineswegs herabsetzen, aber der Kongreß sollte für die einzelnen Länder in Detailfragen keine bindenden Beschlüsse fassen. Es gilt die Richtlinien für das gemeinsam zu erstrebende Ziel zu schaffen.

Karpeles-Desterreich: Obwohl wir das belgische Beispiel nicht nach Desterreich übertragen können, stehen wir nicht an, die Verdienste der Belgier in hohem Grade anzuerkennen, und die Genossen Verzeub und Anseele dürfen heute darin eine Genehmigung erbitten, daß der Internationale Kongreß die Genossenschaftsfrage diskutiert, wegen welcher sie jahrelang verspottet wurden. Wir haben auf dem Kongreß dafür zu sorgen, daß in erster Linie die Arbeiter aufgefordert werden, in die Konsumvereine zu gehen, nicht ihres persönlichen Vorteils, sondern der großen Sache ihrer Bestrebungen wegen. Vorher können wir nicht unseren Konsumvereinen Vorschriften machen, die sich das auch gar nicht gefallen lassen würden. Es ist unmöglich, noch der deutschen Hannoverischen Resolution zu verlangen, daß die Genossenschaften ein Teil der Arbeiterbewegung sein soll. Wir müssen zuerst dafür sorgen, daß die Sozialisten in den Konsumvereinen ihren Bestrebungen Eingang ver-

schaffen. Dann werden wir auf einem späteren Kongreß auch weitergehen können.

Hiese-Frankreich ist mit v. Elm einverstanden. In Frankreich war die Genossenschaft von der Partei gegründet, daher ist die Entwicklung in Frankreich eine andere wie in Belgien. Man sollte deshalb seitens des Kongresses für alle Staaten außer Belgien die ferneren Wege freigeben.

Anseele-Belgien: Es sei nicht richtig, daß die Belgier die Autonomie der Genossenschaften beschränken wollen. In Belgien sind die Genossenschaften autonom. Es muß Klarheit geschaffen werden über die Frage: was ist Neutralität? In Streits, wirtschaftlichen und politischen Kämpfen müssen die Genossenschaften für die Arbeiter Partei ergreifen, das heißt die Neutralität aufgeben. Der Kongreß hat das Recht, auch den Genossenschaften die zu gehenden Wege zu zeigen. Die Genossenschaft ist nicht an sich Sozialismus, sie ist in finanzieller, industrieller und kommerzieller Beziehung nichts als kapitalistische Einrichtung. Wir müssen deshalb zum Ausdruck bringen, daß die Beziehungen mit den Genossenschaften und Partei, wenn auch nicht organisatorische, so doch mindestens intime sein müssen. Das zu formulieren sei eine Frage der Redaktion und man werde einer Kommission die Ausarbeitung eines Vorschlages zu übertragen haben.

Spargo-Amerika: In Amerika war die Genossenschaftsfrage lange eine Frage der Theorie. Das hat sich seit dem Stuttgarter Internationalen Kongreß geändert. Aber es ist in Amerika noch keine große Konsumgenossenschaft fortgekommen. Es gelang bis jetzt nur, Vereine gleichartiger Einwanderer, Regier usw., zu halten. — Für Amerika sollte eine organische Verbindung zwischen Partei und Genossenschaften nicht vorgeschrieben werden, sondern eine Kombination der belgischen und französischen Resolution erstrebt werden.

Kopenhagen, 20. August.

Die Debatte über die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Partei wird fortgesetzt. In einer 1½stündigen Rede legte v. Elm den Standpunkt der deutschen Vertretung dar. Zunächst polemisierte er gegen den Holländer Wibaut. Nicht um der Gesetze willen, sondern aus Grundsatz sind wir neutral. Mit der französischen Resolution können wir im großen und ganzen einverstanden sein. Wir müssen hier ausdrücken, was uns eint. Die holländischen Delegierten haben geglaubt, sagen zu müssen, daß die Genossenschaft nicht der Sozialismus sei und auch nicht zum Sozialismus führe. Wir fordern in Deutschland kein sozialistisches Glaubensbekenntnis für die Zulassung zu Konsumvereinen. Niemals haben wir nur Genossenschaftler sein wollen. Die Genossenschaft ist nur ein Mittel neben den anderen.

(Die Debatte wird fortgesetzt.)

### Zweite (Gewerkschafts-) Kommission.

Kopenhagen, 20. August 1910.

Die Debatte über den tschechischen Streit wird unter Vorbehalt von Vranitzky fortgesetzt.

Beer, Metallarbeiter (Oesterreich) verweist auf die Stuttgarter Resolution. Remec als Vertreter der Tschechen ist nicht legitimiert, im Namen der ganzen tschechischen Arbeiterkraft zu sprechen. Er spricht eigentlich nur im Namen einer Minorität von Gewerkschaftlern. In der zentralistischen Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes und dem Boden des Internationalismus steht, befinden sich, obwohl wir eine schwere Spaltung durchmachen, noch immer 118 000 Tschechen, während die Separatisten nur 45 000 betragen. Für Bericht spricht freilich von 61 000, aber diese hohe Ziffer kommt nur dadurch zustande, daß neben den Gewerkschaften auch solche Organisationen mitgezählt worden sind, die eigentlich keine gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Der österreichischen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung droht eine Spaltung, so daß dann später in jedem Beruf soviel Organisationen entstehen, als Nationalitäten vorhanden sind, unter der Voraussetzung, daß der Internationale Kongreß diese Bestrebungen sanktionieren sollte. Ich hoffe, daß der Kongreß und Recht gibt und die Stuttgarter Resolution dahin abändert, daß von der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation nicht „in Ländern“ gesprochen wird, sondern daß dafür gesagt wird, „in Staaten“. Damit würde der österreichischen Bewegung und dem internationalen Sozialismus ein großer Dienst erwiesen werden.

Der Vorsitzende der Generalkommission Belgien Bergmann führt aus, daß Remec nicht das geringste Recht gehabt habe, sich auf das belgische Beispiel zu berufen, um seine Persönlichkeitsstendenz zu rechtfertigen. Remec scheint zu glauben, daß in Belgien zwei nationale Gewerkschaftskommissionen beständen. Aber dem ist nicht so. Differenzen zwischen Flämen und Wallonen haben in der belgischen Gewerkschaftsbewegung niemals eine Rolle gespielt. Die Kräfte, die namentlich vor zwei bis drei Jahren sehr stark war, beruhte auf der Anschauung der Diamantarbeiter Antwerpen und anderer Gewerkschaften, daß die Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission zu eng seien. Nur diese Differenzen über die Organisationsform haben bewirkt, daß nicht alle belgischen Gewerkschaften der Generalkommission angeschlossen sind. Aber auch diese Verschiedenheiten werden im wachsenden Maße überwunden. Ueberhaupt kann ich von Remecs Argumenten nicht eines stichhaltig finden. Die Stuttgarter Resolution fordert Einheitlichkeit der Aktion von Partei und Gewerkschaft. Aber höher stellt sie die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung selbst oder vielmehr sie macht diese Einheit zur Grundlage der höheren Einheit von Partei und Gewerkschaft. So muß es auch sein. Selbst wenn die Unternehmer national organisiert wären, würden sie sich im Falle eines Lohnkampfes sofort zusammenschließen. Man soll uns, daß in Wien 300 000 tschechische Arbeiter leben. Wie soll da ein Streit geführt werden, wenn zwei Gewerkschaftskommissionen sich streiten. Der Internationale Kongreß muß unbedingt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hochhalten. Ich bitte deshalb alle Nationen, die separatistischen Bestrebungen aufs schärfste zu verurteilen und die Resolutionen der Generalkommission anzunehmen.

Haywood-Amerika fragt zur Geschäftsordnung an, ob die Stuttgarter Gewerkschaftsresolution mit zur Debatte steht. Als der Vorsitzende dies verneint, weil es sich nur um die Auslegung dieser Resolution handelt, kündigt Haywood einen Antrag auf Revision der Stuttgarter Resolution über Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft an.

Soulay-Prag: Wir Tschechen haben vollkommen korrekt nach dem Prinzip der Internationale und der gewerkschaftlichen Einheitlichkeit gehandelt. Ueber 40 000 Mitglieder wurde von der Reichskommission gesagt, daß sie diese Arbeiter als unorganisiert betrachte und jeden Verkehr mit ihnen abbreche. Auf diesen Standpunkt konnte sich die tschechische Sozialdemokratie unmöglich stellen. Denn diese 40 000 sind treue Sozialdemokraten, und die besten Kräfte der tschechischen Sozialdemokratie. Wir haben mit allen Kräften, mit Gut und Blut für die internationale Sozialdemokratie in Oesterreich gearbeitet und sind auch in Zukunft bereit, alles zu tun, um diese Internationale (Zuruf: zu zerstören) — nein, zu fördern. Auch die autonomen Gewerkschaften haben die Notwendigkeit internationaler Solidarität stets auf das schärfste betont. Nicht um das Prinzip wollen wir hier streiten, sondern um die formale Eingliederung der Stuttgarter Resolution in tatsächliche Gewerkschaftsfragen. Es handelt sich hier um die tatsächliche Gewerkschaftsfrage: Verlangt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, daß alle Arbeiter eines Berufes einer Gewerkschaft über das ganze Reich angehören oder ist in vielsprachigen Ländern eine sprachlich getrennte, aber ökonomisch zusammenwirkende Gruppenbildung möglich? Wir wollen die Internationale stärken durch Stärkung ihrer nationalen Bestandteile. Wir stehen in Oesterreich vor dem ungeheuer schwierigen Problem der acht Nationen. Wir weisen Ihnen den einzigen Weg, um sozial und politisch vorwärts zu kommen. Prüfen Sie genau diese Frage, die von ungeheurer Tragweite ist. Weil wir das Recht aller Nationen und aller Arbeiter in Oesterreich fordern, bitten wir Sie, auf diesem

Kongreß noch kein Urteil auszusprechen. Lassen Sie die Frage durch das Internationale Bureau genau untersuchen und wenn dieses eine Einigung nicht zustande bringt, dann mag der nächste Internationale Kongreß endgültig entscheiden.

Legien: Mit Ausnahme der Tschechen wird keine Nation dem Antrage der Reichskommission widerprechen können. Wir sind der Meinung, daß der Antrag noch lange nicht weit genug geht. Wir fragen: Haben nicht unsere tschechischen Genossen mit der Delegationierung der österreichischen Gewerkschaften etwas getan, was gegen das Prinzip der Internationale verstößt? (Sehr gut!) Haben sie nicht im Prinzip alle bisherigen Beschlüsse der internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verletzt? Soulay sprach begeistert vom internationalen Zusammenwirken aller Nationen und dabei können sie nicht mit den Arbeitern im eigenen Lande Frieden halten. Wir müssen die Frage durchaus nicht formell, sondern scharf prinzipiell fassen. In Stuttgart haben wir über die Einheit von Partei und Gewerkschaften verhandelt. Aber die Frage der absoluten Einheit der Gewerkschaften ist schon vor 14 Jahren, im Jahre 1896, in London entschieden worden. Diese Resolution von London ordnet die gewerkschaftliche Einheit ganz bedingungslos und allgemein. Sie verbietet die lokale Organisation, sie fordert Zentralverbände und deren internationalen Zusammenschluß. Auf Grund dieser Resolution müssen wir den tschechischen Separatismus aufs schärfste verurteilen. Die gewerkschaftliche Organisation kann nicht national gegliedert sein, darf es nicht sein. Wenn wir das nationale Prinzip in die Gewerkschaftsbewegung tragen, gibt es kein Land mehr, wo die gewerkschaftliche Organisation nicht zersplittert wird. Sollen wir auch in Deutschland politische, dänische, französische und vielleicht auch holländische Gewerkschaften haben? (Lebhafte Zurufe: In der Schweiz! In Amerika 33 verschiedene nationale Gewerkschaften!) Genossen, ich spreche nur von Deutschland, einem Einheitsstaat. Nicht einmal bei uns könnte das nationale Gewerkschaftsprinzip ohne den schwersten Schaden durchgeführt werden. Es ist falsch, wenn behauptet worden ist, daß in Stuttgart die Gewerkschaftsinternationale den Prager Separatismus anerkannt habe. Auf Grund einer Einigung zwischen den Vertretern der Reichskommission und der Prager Zentrale ist diese zugelassen worden mit der Maßgabe, daß sie die Agitation vertritt, die Reichskommission aber die Repräsentation. Nachdem die tschechischen Genossen diese Grenzen überschritten haben, haben sie sich selbst aus der gewerkschaftlichen Internationale ausgeschlossen. So lange die gewerkschaftliche Internationale besteht, ist für sie allein die Reichskommission für Oesterreich anerkannt und wird es bleiben. Denn die gewerkschaftliche Internationale beruht auf dem Grundsatz, daß, wo die Bewegung und die Verwaltung gleich sind, auch alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Sprache sich in einer Organisation zu vereinigen haben. Nur wo, wie in Finnland, Ungarn und Kroatien geographisch diese Möglichkeit nicht besteht, dürfen besondere Gewerkschaftszentren gebildet werden, so lange eben diese Verschiedenheiten im Bereiche der Gesetzgebung bestehen. Das trifft auf die tschechischen Genossen in keiner Weise zu. Wir Deutsche geben den Hunderttausenden von Italienern, die zu uns kommen, ein besonderes italienisches Blatt und besondere italienische Agitatoren. Aber eine besondere italienische Organisation dürfen sie nicht bilden, sie gehören in unsere deutschen Zentralverbände. Was die Ausländer bei uns können, können die Tschechen bei den Oesterreichern erst recht. (Zuruf bei den Tschechen: Wir sind keine Ausländer in Oesterreich.) Unser Kongreß muß mit aller prinzipiellen Schärfe den internationalen Gesichtspunkt betonen. Wir würden deshalb auch einer viel schärferen Resolution als der der Reichskommission zustimmen, aber weil die Reichskommission nicht mehr fordert, stimmen wir dem Antrag zu. Der nächste Kongreß wird sich nicht mehr mit diesem Antrag befassen, sondern damit, ob die tschechischen Separatisten noch in die Internationale gehören. (Stürmischer Beifall.) Heute begnügen wir uns noch mit dem harmlosen Antrag der Reichskommission als dem letzten Versuch, eine Einigung herbeizuführen. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Rach Legien sprach Viktor Adler und sodann die Vertreter der Polen, der Schweiz, Ungarn, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Belgien, sämtlich gegen den Standpunkt der Tschechen.

Hierauf wurde die Diskussion auf Antrag von Frankreich geschlossen. Morgen erhält zu Beginn der Sitzung noch einer der tschechischen Genossen das Wort. Dann wird über die vorliegenden Resolutionen abgestimmt werden.

### Militärkommission.

Kopenhagen, den 20. August 1910.

Die Subkommission der Schiedsgerichtskommission wurde am Dienstagvormittag mit ihren Arbeiten nicht fertig. Die Vollkommission wird daher erst Mittwochvormittag wieder zusammentreten. Die Subkommission verständigte sich nur über die Grundzüge der vorzulegenden Resolution.

Morgari-Italien hatte sich dahin ausgesprochen, daß man in der Resolution nicht allzu viel sagen solle. Auf einen Punkt sollen alle Kräfte konzentriert werden: in allen Parlamenten sollen die Vertreter des Proletariats immer wieder Anträge einbringen, den Stand der Heere durch internationale Abkommen zunächst auf die Hälfte zu reduzieren. Zur Propagierung dieser Ideale soll eine besondere Organisation eingesetzt werden. Was man an theoretischen Darlegungen in die Resolution hineinbringen werde, werde nur für jeden den Kern der Sache verbunkeln.

Diesen Darlegungen hielten Renner-Oesterreich und andere entgegen, daß bei einem solchen Verfahren die Propaganda gegen den Militarismus und für den Frieden in unerträglicher Weise eingengt würde. Der Kern der ausgearbeiteten Resolution soll, wie durch Beschluß der Mehrheit festgestellt wird, enthalten: 1. Einleitung: Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwistigkeiten, die zu Kriegen führen könnten. Es müssen die Beschlüsse der früheren internationalen Kongresse über die Solidarität aller Proletariats hervorgehoben werden und daß die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben für die Rüstungen oft in Gegensatz stehen zu den Friedensversicherungen aller Regierungen und der Haager Friedenskonferenz. Die Rüstungsausgaben führen zur Vermehrung der indirekten Steuern, verhindern den Ausbau der Sozialreform und treiben die Staaten zum finanziellen Bankrott. An positiven Maßnahmen wird vorgeschlagen: 2. Fortgesetzte Kasellierung über das Wesen des Militarismus und der Kriegsfahrt. 3. Die sozialistischen Fraktionen fordern in allen Parlamenten Schiedsgerichte für alle Konfliktfälle. 4. Propaganda für die Abrüstung zu Land, Wasser und Luft. 5. Anträge sind in allen Parlamenten zu stellen über die Beschränkung der Seerüstungen und die Abschaffung des Seebeuterechts. 6. Zu fordern ist die Veröffentlichung aller zwischen den Ländern abgeschlossenen Geheimverträge. 7. Garantie des Befandes der Staaten. 7. Angaben über die Aktion bei drohender Kriegsgefahr.

Dr. Renner-Oesterreich wird beauftragt mit der redaktionellen Formulierung dieser Resolution, die morgen der Vollkommission vorgelegt werden soll.

### Vierte Kommission

#### (Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung).

Kopenhagen, 20. August.

Die Verhandlungen leitet der dänische Abgeordnete Olsen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, über die Arbeitslosenfrage besonders zu beraten. Die Debatte hierüber eröffnet

Mollenhuth-Deutschland:

Wir in Deutschland haben bereits zwei Arbeitslosenzählungen erlebt, eine im Juli bei der Berufszählung und eine im Dezember anlässlich der Volkszählung 1905. Dabei ergab sich, daß im Sommer

die Zahl der Arbeitslosen 200 000 betrug, während im Winter 500 000 gezählt wurden. Durchschnittlich haben wir in Deutschland also etwa 300 000 Arbeitslose. 1895 war ein Krisenjahr. Da trat also die Arbeitslosigkeit besonders empfindlich hervor. Damals habe ich einmal Berechnungen angestellt, ob wohl in Deutschland eine Arbeitslosenversicherung möglich wäre. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, daß, wenn wir jedem unserer Arbeitslosen täglich 2 M. bezahlten würden, wir im Jahre etwa 280 Millionen Mark aufzubringen hätten. Das ist zwar eine große Summe, aber wenn wir bedenken, daß unsere Arbeiterbevölkerung 600 Millionen jährlich erfordert, dann ist die Summe auch aufzubringen. Die Last müßte eben entsprechend geteilt werden: der Staat und das Unternehmertum müssen herangezogen werden. Wenn die Unternehmer mit bezahlten müssen, dann werden sie sich hüten, in Zeiten der Hochkonjunktur Ueberstunden auf Ueberstunden und Sonntagarbeit zu häufen, sie werden die überschüssige Arbeit besser auf die mageren Zeiten verteilen. Das Reich aber kann auf gesetzlichem Wege für die Arbeitszeitverlängerung wirken. Auch wird es die Erlaubnis zu Ueberstunden usw. einschränken, wo es diese zu erteilen ermächtigt ist. Auch als Unternehmer und Arbeitgeber wird das Reich dann die Arbeiten, die eine Verletzung betreffen, auf eine Zeit verschieben, wo die Arbeit allenthalben knapp wird. Solange den Unternehmern und dem Staate die Arbeitslosigkeit nicht kostet, werden sie keinen Finger für ihre Beseitigung rühren, denn die Arbeitslosigkeit bringt ihnen doch erhöhten Gewinn. Wenn wir die Statistik verfolgen, dann können wir feststellen, daß im Jahre 1908, im Krisenjahre, rund 500 000 Arbeitslose mehr vorhanden waren als 1907. Daran kann man die Wirkung der letzten großen Krise erkennen. Auf etwa 30 Arbeiter kam ein Arbeitsloser. Nun, diese Last kann auch getragen werden. Wir in Deutschland haben schon in der Praxis den Anfang der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Das Kaligeseh, durch das die Differenzen im normalen privaten Kaligehalt durch das gesetzliche Zwangssyndikat beseitigt wurden, enthält die Bestimmung, daß bei Stilllegung kleinerer Werke — die von den syndikatisierten Werken geschieht, um die Beteiligungsquote auf die größeren Werke übertragen zu können — die arbeitslos werdenden Arbeiter von den betreffenden Werken auf die Dauer eines halben Jahres unterstützt werden müssen. In unseren Forderungen an die Arbeitslosenversicherung findet sich ein Punkt, der die staatliche Arbeitslosenversicherung fordert; über die Einzelheiten gehen allerdings die Meinungen auseinander. Mit den Einzelheiten kann sich aber auch der Internationale Kongreß nicht befassen. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder müssen respektiert werden. Das Recht auf Arbeit ist mit Recht von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Wir wiederholen es nicht in der früheren Form, aber den guten Kern halten wir fest: Wenn der Arbeitsmarkt eine Krise, Arbeitslosigkeit meldet, dann müssen öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden.

Trochet-Belgien will nicht auf die vielen Seiten der Frage eingehen. Vor allem seien die Gewerkschaften an der Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung interessiert. Die Bedingungen hierfür gehen in den verschiedenen Ländern auseinander, das muß bei Beratung der Vorschläge für die Wiedereingliederung der Arbeitslosigkeit erwogen werden. Wir müssen den Weg gehen, auf dem wir den wenigsten Widerstand finden. Die Gewerkschaften allein können unmöglich das Problem bewältigen. In der Provinz Lüttich z. B. nehmen die Gewerkschaften 18 000 M. an Beiträgen ein, dagegen erfordert die Unterstützung der Arbeitslosen über 90 000 M. In Brüssel müßten nur für die Handlungsmacher in einem Monat 10 000 Frank aufgebracht werden. Das können die Arbeiter allein nicht leisten. Die öffentliche Gewalt muß hier einwirken. Dabei muß natürlich die Freiheit der Gewerkschaften erhalten bleiben. Die französische Resolution ist von hohen Gedanken getragen, aber wir können ihr nicht rückhaltlos zustimmen. Die deutsche ist für uns auch nicht bedingungslos annehmbar.

Braun-Österreich: Die Leistungen der Gewerkschaften für die Unterstützung der Arbeitslosen sind das einzige bisher nennenswerte für die Unterstützung der industriellen Arbeiterarmee, die mit der Entwicklung des Kapitalismus unzerbrechbar verbunden ist. Die Gewerkschaften leiden aber nicht nur unter der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder, sie werden auch gehemmt in allen ihren Kämpfen um Lohnhöhe und Arbeitszeitverlängerung durch die Arbeitslosigkeit der unorganisierten. Deshalb ist es auch ein gewerkschaftliches Interesse, daß die Träger der Produktionsmittel, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, als Individuen zum Teil, immer aber als Glieder der herrschenden Klasse auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu tragen haben. Formell soll die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich rechtliche sein. Eine möglichst weitgehende Einwirkung auf die Verwaltung soll den Arbeiterorganisationen gesichert sein. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung sollen progressiv den Unternehmern auferlegt werden unter Berücksichtigung der Verursachung der Arbeitslosigkeit. Betriebe mit regelmäßiger Beschäftigung einer während des ganzen Jahres gleichen Anzahl Beschäftigter sollen am niedrigsten, Betriebe mit kurzer Saison- und mit unregelmäßiger und zeitweilig übermäßig langer Arbeitszeit, mit Ueberstundenbewilligung, mit übermäßiger Verwendung von Lehrlingen sollen am höchsten besteuert werden. Dadurch würde schon eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr erzielt und die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Als gewerkschaftliches Kampfmittel wird aber die Arbeitslosenunterstützung noch immer eine bedeutende Aufgabe der Fachorganisation sein.

Die Kommission setzte die Debatte für die Arbeitslosenversicherung fort. Die Änderungsanträge waren aber so zahlreich und die Streitpunkte, namentlich über die Behandlung Streikender und Aussperrter durch die Arbeitslosenversicherung so verschiedenartig, daß die vorliegende Resolution an die Subkommission zurückverwiesen werden mußte.

### Fünfte Kommission (Resolutionen).

Kopenhagen, 30. August.

Die Erörterung beginnt mit der persischen Frage. Eine Resolution von Armenien über die Lage in Persien, die gegen die Unterdrückung der Revolution und der konstitutionellen Bewegung in Persien protestiert, lautet:

In Anbetracht, daß gleich zu Anfang der persischen Revolution in Konfuzius des englisch-russischen Vertrages die zähe Regierung alle Mittel angewendet hat, um die konstitutionelle Bewegung zu vereiteln; daß sie zu wiederholten Malen sogar mit bewaffneter Macht eingeschritten ist unter dem Vorwand, die Ordnung an der Grenze und das Leben ihrer eigenen Untertanen in Persien zu schützen, in Wirklichkeit aber, um die Bestrebungen der persischen Demokraten zu hemmen; daß diese Truppen, sowie die russische Polizei, in der Provinz Azerbeidjan (Tabriz) offen gegen die Aufständischen und ihre Führer, welche der Partei „Dschamshoum“ angehören, mit aller Strenge verfahren sind; daß heute noch die russische Regierung durch ihre zahlreichen verkoppten Agenten ihre Intrigen und Provokationen in Persien fortsetzt; daß ein beträchtlicher Teil der Truppen sich noch auf persischem Boden befindet, trotz der wiederholten Proteste von Seiten der Regierung von Teheran; in Anbetracht ferner: daß die nämliche russische Regierung sehr tätig in der Türkei „arbeitet“, namentlich in türkisch-Armenien; daß sie beständige Emisäre hinschickt, um die Feindschaften, welche das reaktionärste Element in der Türkei findet, gegen die Armenier aufzureizen und so die Unruhen zu unterhalten und die Gegenrevolution zu provozieren; daß der russische Botschafter in Konstantinopel, Tcharikoff, und der russische Konsul in Erzerum in diesem Sinne ganz spezielle Instruktionen bekommen haben; in Anbetracht, ferner: daß der Faschismus, welcher auf seinem freilich überheblichen Marsch im Innern seines Reiches siegreich ist, die an seinen beiden Grenzen eingeschlossene konstitutionelle Ordnung nicht leiden kann, systematisch und mit aller Beharrlichkeit darauf

ausgeht, das Blattschiffen in Persien und in der Türkei wieder herzustellen;

in Anbetracht dieser bedenklichen Tatsachen, welche für die beiden jungen Demokratien des Orients eine beständige Gefahr sind, ersucht die sozialistisch-revolutionäre Partei „Dschamshoum“, welche ihre Verzweigungen in den drei Reichern (Türkei, Rußland, Persien) hat, die sozialistischen Parteien in Europa aufs dringendste, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um dem reaktionären Treiben des Faschismus ein Ende zu machen.“

Die Resolution wird debattiert angenommen. Es folgt die Resolution der Arbeiter von Saloniki über die Lage in der Türkei. Sie lautet:

In Anbetracht der von den kapitalistischen Staaten Europas der Türkei gegenüber gemachten Kolonialpolitik, der Verletzung einer Verfassung, die jedem Bürger die Menschen- und Bürgerrechte gewährt, der Verletzung des Rechtes der Berufsvereinigungen und des Streikes durch die türkische Regierung und der verhängnisvollen Folgen einer autokratischen Politik gegenüber der Arbeiterklasse der Türkei, erklärt der Internationale Sozialistische Kongreß von Kopenhagen, daß einzig und allein eine auf einer Verständigung unter den Balkanstaaten beruhende Demokratie gegen die kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten ankämpfen kann; daß einzig und allein die Gewährung weitgehender Freiheit die Entwicklung der Reuen Türkei zu fördern vermag und begrüßt die in der Türkei entstehende sozialistische Bewegung.“

Paul Louis beantragt, im zweiten Teil zu setzen statt „Demokratie“ „soziale Demokratie“.

Rakowski-Rumänien widerspricht dem Amendement. Die Arbeiter in Saloniki hätten die Resolution im Einverständnis mit den sozialdemokratischen Parteien gefaßt. Man will zunächst den Versuch einer Demokratisierung unternehmen.

Burrow-England: Welche Anzeichen hat Rakowski, daß eine demokratische Verständigung möglich ist?

Seitz-Österreich: Das Amendement, daß in der sozialen Demokratie die Lösung liegt, können wir in allen Fragen für alle Dinge annehmen, denn nach unserer Anschauung ist ja der Kapitalismus für alle Uebelstände verantwortlich. Hier handelt es sich aber darum, einen Weg zu finden, und den glaubt man in der demokratischen Verfassung zu finden. Rakowskis Einwand gegen das Amendement ist also richtig, nur muß man dann die mißverständlichen Worte „einzig und allein“ streichen, damit nicht der Anschein erweckt wird, als ob in der politischen Demokratie schon die ganze Lösung gefunden sei.

Paul Louis-Frankreich hält sein Amendement aufrecht, weil man nicht durch eine diplomatische Verständigung zu einer bürgerlichen Demokratie gelangen könne, deren Bedeutung er ja nicht verkenne. Deshalb ist eine Fassung notwendig, die jedes Mißverständnis ausschließt.

Ulenhagen-Österreich: Wir können nicht erwarten, daß in der Türkei die sozialistische Gesellschaft in nächster Zeit schon entsteht. Aber eine Demokratie ist möglich und dies verlangen die Genossen in Saloniki schon deshalb, um den schlimmsten Feind der Demokratie in Europa, Rußland und seinen Einfluß in der Türkei zu brechen. Deshalb fordern wir die türkische Bourgeoisie auf, zunächst einmal die Demokratie zu schaffen. Was wir dann mit der Demokratie anfangen, ist unsere Sache. Deshalb rufen wir der türkischen Bourgeoisie zu: Vorwärts! Sozialisten!

Rappoport-Frankreich: Es handelt sich um eine sozialistische und demokratische Verständigung. Er beantragt eine Änderung dahin, daß nur eine demokratische und sozialistische Verständigung möglich sei, gegen die kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zu kämpfen.

Rakowski: Wir müssen protestieren gegen die reaktionäre Politik der Jungtürken, die in der europäischen Demokratie Herrschaft wird. Wir müssen ihr klar machen, daß sie nur dann auf Sympathie rechnen kann, wenn sie nicht die Arbeiterlokalitäten mißhandelt. Eine weittragende Demokratie ist ein Schutzwall gegen die kapitalistische Politik Europas.

Von Seitz-Österreich ist folgendes Amendement eingelaufen: „Dah jede verwerfliche kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zunächst nur wirksam zu bekämpfen ist durch eine gründliche demokratische Verfassungsreform in den Balkanländern und durch friedliche Verständigung der Völker dieser Staaten, wie sie heute allein die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen Länder betreibt.“

Die Kommission stimmte nach längerer Debatte der Resolution mit dem Amendement Seitz zu. Ohne Diskussion wurde sodann einstimmig eine Sympathieerklärung zugunsten der unterdrückten Sozialdemokratie in Japan angenommen, nachdem die Kommission die Mitteilung entgegengenommen hatte, daß Katayama infolge der Weigerung der japanischen Regierung, ihm einen Pass auszustellen, an der Teilnahme am Kongreß verhindert worden ist. Eine weitere Resolution, die ebenfalls einstimmig Annahme fand, protestiert gegen die Gräueltat der Ausnahmegesetzgebung in Argentinien durch die dort herrschende Oligarchie. Ein von der Genossin Sorge beantragter Vorstoß der argentinischen Waren wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

### Sitzung der deutschen Delegation.

Kopenhagen, 30. August.

Die deutsche Delegation hielt am Dienstag ihre zweite Sitzung ab. Die Kommissionen haben Beschlüsse noch nicht gefaßt, zu denen Stellung genommen werden könnte. Richard Fischer fragt an, ob sich nicht in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt hätten.

v. Elm: In der Kommission selbst sind sehr viele Differenzen vorhanden, die weder heute noch morgen behoben werden können. Die Beschlüsse der Internationalen Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse. Wahrscheinlich wird auch hier ein vermittelnder Beschluß angenommen werden.

Burrow: Meine Anschauungen von der Genossenschaftsfrage und dem Verhältnis der Genossenschaften zur Partei haben bisher mit denen v. Elms nicht gerade harmoniert. Wahrscheinlich werden wir uns aber doch auf eine gemeinsame Resolution einigen können. — Die Delegation sieht daraufhin von einer weiteren Besprechung ab.

Legien macht Mitteilung über den tschechischen Streit und die Gewerkschaftsentwicklung in Österreich. Unsere österreichischen Freunde haben den Wunsch, daß der Kongreß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich für notwendig erklärt. Wir hoffen davon einen günstigen Einfluß auf die Verminderung der Trennung. Es ist kein Zweifel, daß wir in dieser Frage durchaus auf dem Standpunkt der deutsch-österreichischen Genossen stehen. (Allseitige Zustimmung.)

Ubert-Österreich: Der tschechische Streit beschäftigt leider auch das Internationale Bureau. Bekanntlich haben die Tschechen acht Mandate von tschechischen Vertretern der zentralen Gewerkschaftsorganisation für ungültig erklärt. Sie wollen nur die Mandate derjenigen zentralen Gewerkschaften anerkennen, die für ihre tschechischen Mitglieder Beiträge an die neue Gewerkschaftszentrale in Prag zahlten. Die ausgeschlossenen Genossen sind Mitglieder der böhmischen Parteiorganisation. Sie sind in Böhmen gewählt. Einer der acht Ausschlossenen hat auf sein Mandat verzichtet, weil er aus der tschechischen Partei ausgeschlossen ist. Das Bureau hat den Streit vorläufig noch nicht entschieden. Wahrscheinlich wird folgender Ausweg gewählt werden: die acht Ausschlossenen bilden die böhmische sozialdemokratische Sektion, die ihre Vertretung auf dem Kongreß und in die Kommission über die Gewerkschaftsfrage entsenden. Das Internationale Bureau ist sich darin einig, daß diese acht Genossen absolut zugelassen werden müssen. Es sollen ihnen zwei Stimmen im Kongreß und eine Stimme im Internationalen Bureau überwiesen werden.

Damit schließt die Besprechung der deutschen Delegation. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

Heute abend 8 Uhr findet eine Sitzung der Vertreter der Zentralverbände statt, die Stellung zu der Frage der Beteiligung an der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden nehmen soll.

Am Abend fand die Konferenz der sozialistischen Journalisten und eine Sitzung der deutschen Gewerkschaftsdelegierten statt über die Teilnahme an der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden.

## Aus Industrie und Handel.

Justiz und Bücherrevisoren.

Der jetzt verhaftete Bücherrevisor und Handelsbuchhalter Hartwig in Dortmund ist ein Schulbeispiel dafür, welche beschiedene Ansprüche die Gerichte an vereidigte Bücherrevisoren stellen. Hartwig, der Hauptmacher der Gründungen der „Niederdeutschen Bank“, war zum Liquidator einer in Konkurs erklärten Firma ernannt. Aus dieser Tätigkeit war gegen Hartwig eine Strafanzeige erfolgt, weil er die Liquidation in seinem eigenen Interesse über Gebühr verzögert und sich auch sonstige Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen. Die Strafanzeige stützte die Gutachten von zwei Sachverständigen. Das Strafverfahren wurde aber eingestellt. In seinem Schreiben vom 18. April 1909 sagt der Staatsanwalt über die Liquidationsbuchführung des Hartwig folgendes: „Dah die Bücher unordentlich geführt sind, unterliegt keinem Zweifel. Es ist aber nötig, daß die nachlässige Buchführung keine Ueberfrist des Vermögensstandes der Kommanditgesellschaft gewährte. Das wird aber vom Gutachter verneint, der nur erklärt, durch mehrere Unregelmäßigkeiten in der Buchführung werde die Nachprüfung der Geschäftsvorgänge außerordentlich erschwert.“

Also war Hartwig noch nicht strafrechtlich zu fassen, aber man hoffte doch seiner Laufbahn als vereidigter Bücherrevisor ein Ende zu bereiten. Es wandten sich Dritte an den Präsidenten des Landgerichts zu Dortmund und forderten auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen die Streichung Hartwigs von der Liste der vereidigten Bücherrevisoren. Der Präsident antwortete unterm 8. November 1909 wörtlich folgendes:

„Auf Ihre Eingabe eröffne ich Ihnen, nach eingehender Prüfung der Sachlage, daß ich es ablehne, die Streichung des Sachverständigen Hartwig im Verzeichnis der im allgemeinen vereidigten Sachverständigen anzuordnen. Ihre Ausführungen ergaben nicht begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit und Sachkunde des Herrn Hartwig als Sachverständigen.“

Dah die Bedenken danach begründet waren, haben der Staatsanwalt und die Herren vom Landgericht nun wohl erkannt, mußte doch Hartwig als Hauptschuldiger an der Millionenpleite neben Ohm im Untersuchungsgefängnis Quartier beziehen.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis bei der Niederdeutschen Bank hat zu einer neuen Verhaftung geführt. Montag abend wurde Direktor Schmitt der Niederdeutschen Bank nach mehrstündigem Verhör durch den Untersuchungsrichter Schauer im Bankgebäude der Niederdeutschen Bank wegen Untreue und Vergehens gegen das Depotgesetz festgenommen und in die gerichtliche Untersuchungshaft abgeführt.

## Gerichts-Zeitung.

Wegen unbefugter Ausübung der Schankwirtschaft

war der Schmiedemeister Adami angeklagt worden, weil er regelmäßig seinen Kunden, wenn sie ihn besuchten, einen Schnaps verabfolgte. Das Schöffengericht verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Es ging davon aus, daß A. mit jener unentgeltlichen Abgabe von Schnaps an die Kunden die Absicht verfolgt habe, sich dadurch dauernde Einnahmen zu verschaffen, denn die Absicht sei dahin gegangen, sich durch die kleinen Liebesgaben die Kunden zu erhalten und sie zu bewegen, ihm neue Kunden zuzuführen. Deshalb sei eine gewerbsmäßige Ausübung der Schankwirtschaft anzunehmen. — Auf seine Berufung hob das Landgericht Stade das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Es legte entscheidenden Wert darauf, daß es bei den Weisern der ganzen Gegend üblich sei, den Kunden ein Schnapschen zu verabreichen. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob aber das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Das Landgericht habe den Begriff der Gewerbsmäßigkeit verkannt. Wenn ein Gewerbetreibender an seine Kunden dauernd Schnaps unentgeltlich verabreicht, um sein Geschäft dadurch zu fördern, also um einen dauernden Gewinn zu erzielen, so könne darin die gewerbsmäßige Ausübung der Schankwirtschaft gefunden werden.

Die Tausendmarktscheine des Justizhändlers.

Wegen wesentlich falscher Anschuldigung und verleumderischer Beleidigung mußte sich gestern der Arbeiter Wilhelm Schult vor der 10. Ferienstrassammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte verfuhr zurzeit in dem Justizhaus Sonnenburg eine mehrjährige Strafe. Wahrscheinlich um aus dem eintönigen Einerlei herauszukommen und sich gleichzeitig an dem Kriminalschumann Rendsierski, der ihn seinerzeit verhaftet hatte, zu rächen, erstattete er eines Tages gegen diesen eine Anzeige wegen Diebstahls, der er folgende Wölig aus der Luft gegriffene Behauptung zugrunde legte. Der Kriminalbeamte habe bei einer Hausung in seiner Wohnung unter anderem auch eine Bibelstiel beschlagnahmt, in welcher er zwei Tausendmarktscheine versteckt habe. Diese Scheine seien, als ihm die Bibel zurückgegeben wurde, spurlos verschwunden gewesen, so daß sie sich nur der Kriminalbeamte angeeignet haben konnte. — In der Beweisaufnahme stellte es sich heraus, daß diese Beschuldigung vollkommen erfunden war. Der Angeklagte, welcher mit den Gesetzesparagrafen nur so umherwarf, verlangte unter anderem vor Eintritt in die Verhandlung die Namen sämtlicher Richter zu wissen. Da dieses Verlangen nach dem Gesetz zulässig war, erfolgte erst eine allgemeine Vorstellung. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die überaus gemeine Handlungsweise des Angeklagten auf ein Jahr Justizhaus zulässig.

Reitiere und Warenhanddiebe.

Seidetaufschend und brillantengeschmückt betrat gestern die Rentiere Clara Meyer die Anklagebank der 6. Ferienstrassammer des Landgerichts I, um sich unter der Anklage des Diebstahls an einem Paar Strümpfen zu verantworten. — Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die Angeklagte wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte die U. Berufung eingelegt. — Die Angeklagte, die sich Rentiere nennt, wurde eines Tages in dem Warenhaus Rich in der Leipziger Straße von der Verkäuferin Uder beobachtet, wie sie in auffälliger Weise wiederholt an dem Trikotalenager vorbeiging. Als die Verkäuferin sah, wie die Angeklagte mit schnellem Griff sich ein Paar Strümpfe von der Auslage aneignete und verschwinden ließ, teilte sie diese Wahrnehmung dem Abteilungschef mit. Dieser verfolgte die Angeklagte, die, als sie dies merkte, die gestohlenen Strümpfe auf der Treppe fallen ließ. — Vor Gericht bestritt die Angeklagte ganz energisch, sich eines Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Ihr Verteidiger, Justizrat Leub. Friedmann, beantragte zum mildesten auf Grund eines non liquet die Angeklagte freizusprechen, da die vorhandenen Beweismittel zu einer Verurteilung nicht ausreichten seien. Die Berufsungsstrassammer hielt die Angeklagte jedoch des Diebstahls für überführt und erkannte unter Befähigung des ersten Urteils auf Verurteilung der Berufung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
3. Gruppe.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse  
**Gustav Neumann**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofs, Fürstenbrunner Weg, aus statt.  
254/11 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Köpenick.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Genosse  
**Franz Krettek**  
am Sonntag, den 28. d. M., gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes aus statt. 238/13  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Köpenick.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 28. August, unser Mitglied, der Kollege  
**Franz Krettek**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 69/1 Die Lokalverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Köpenick.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 28. August, unser Mitglied und Kollege  
**Franz Krettek**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.  
Die Kollegen ver sammeln sich um 4 1/2 Uhr beim Kollegen Strauß, Berliner Straße.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 75/15 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Montag, den 29. d. M., verstarb nach langer Krankheit meine liebe Frau und gute Mutter.  
**Luise Rabe**  
geb. Steinsack.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
Restaurateur **Wilhelm Rabe**  
Budower Str. 10.  
Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofs, Widdorf, Hermannstr. 100, aus statt.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4  
**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.  
Lor. Weg. Preis. Gebrodt  
1.70, Dofe 1.00, Wette 50 Pf.



**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 27. August der Kollege, Holzarbeiter  
**Wilhelm Kelch**  
nach längerer Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt heute nachmittags 6 Uhr, von der Halle der Segengemeinde in Weihensee, Gutsan-Rohr-Str. 67-74.  
Kege Beteiligung erbetet.  
43/2 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 30. August, verstarb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, der Schanzhirt  
**Eugen Lenk.**  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Frau Lenk geb. Neumann und Kinder.**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes aus statt.

Am Montag, den 29. August, früh 1 Uhr, starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Holzarbeiter,  
**Ferdinand Bernard.**  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Emma Bernard geb. Kleemann und Kinder.**  
Die Beerdigung findet am 1. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Widdorfer Friedhofes, Budower Straße aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau  
**Marie Henze**  
sowie für die reichen Kranzspenden, Herrn Küster für seine inhaltvolle Rede, dem Gesangsverein „Schöneberger Männerchor“, dem Arb.-Nachb.-Berein „Bellealliance“, dem Arb.-Nachb.-Bund „Freiheit“ sowie allen Bekannten sage ich hiermit meinen innigsten Dank.  
**Franz Henze.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner leider zu früh dahingegangenen lieben Frau, unserer ungeliebten Nebenwittler sage ich allen, besonders dem Verband der Gast- und Schankwirte, den Genossen des VI. Berliner Wahlkreises sowie dem Gesangsverein „Nordwest“ unseren herzlichsten Dank.  
**Albert Seidel, Schanzhirt,**  
6355 nebst 7 Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester  
**Emma Neumann**  
sagen wir allen Verwandten, Genossen und Bekannten, besonders dem Genossen Kanasse für seine eindrucksvollen Worte am Grabe der Entschlafenen, dem Gesangsverein „Nach auf“, dem Metallarbeiterverband und den Weibern, Kolleginnen und Kollegen der K. G. V., Schlegelstraße, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
6356  
Familie **Albert Neumann**, Tischler, Französisch-Buchholz.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).  
Schrgr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

**Tätowierungen**  
werden schnell und sicher entfernt durch **Jo-ho-toi**. Für sicheren Erfolg übernehme volle Garantie. Keine Narben, keine Verunstaltung. Flasche 3,50 M.  
**H. Hinz**, dem Laboratorium, Hamburg, Weidestr. 102. 214/11

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. H. Gahleitner, Auguststr. 50.  
W. G. Schmidt, Kirchb. 14.  
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 83.  
R. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Buchs, Immanuelstr. 12. J. Reul, Bornimstr. 42.  
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Luchener Str. 123. Karl Weihe, Kaganerstr. 49.  
F. Vogel, Forstingstr. 37. H. Diez, Invalidenstr. 124.  
S. Dehnbach, Kuebelplatz 24.  
NW. Karl Anders, Salzweidener Str. 8. Wedert, Ostfildener Str. 29.  
SW. S. Werner, Gneisenauer Str. 72. Dachs, Fagelberger Str. 27.  
S. St. Fein, Prinzenstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Luchter Platz 14/15. P. Horich, Engelder Str. 15.  
Adlershof. Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.  
Baumschulenweg. S. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.  
Borsigwalde. Paul Kienast, Känischtr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Schauberg, Seledelmer Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Bahnhöfstr. 6, III.  
Johannisthal. Plehde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Karlshorst. Richard Küter, Röhdelstr. 9, II.  
Köpenick. Emil Wähler, Ackerstr. 6, Laden.  
Lichtenberg. Otto Seidel, Kronprinzstr. 4, I.  
Nieder-Schöneweide. Max Priebitz, Briker Str. 14 II.  
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedländer Str. 7.  
Ober-Schöneweide. August Henjes, Luchener Str. 2, I.  
Pankow. Otto Hoffmann, Mühlentstr. 30.  
Reinickendorf. P. Gurich, Kamelestr. 12.  
Rixdorf. M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.  
Rummelsburg. H. Weizenfranz, W.-Pothagen 66.  
Schmargendorf. Gustav Kaminski, Gunowstr. 2.  
Schöneberg. Wilhelm Bämler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.  
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.  
Steglitz. S. Bernsee, Schloßstr. 119.  
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.  
Treprow. Robert Gramenz, Kiehlstr. 412, Laden.  
Weißensee. Fahrmann, Schanstr. 106. Schiller, König-Thaussee 39a.  
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 29, Hof parterre.

**Einsegnungs-Anzüge**  
Moderne Erzeugnisse  
In ungewöhnlich reichhaltigen Webarten.  
Vorzügliche Abarbeitung  
Eigene Herstellung  
Neue Jackett-Fassons u. Smoking-Fassons.  
M. 10.— 12.— 14.— 15.— 18.—  
M. 21.— 22.— 24.— 26.— 30.—  
M. 32.— 34.— 36.— 39.— 42.—  
Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält eine reizende Beigabe  
**Prüfungs-Anzüge**  
Sehr moderne Stoffe  
M. 9.— 12.— 16.— 19.—  
M. 24.— 27.— 30.— 36.—  
Wäsche, Hüte, Krawatten, Hofenträger, Handschuhe usw.  
Vergrößerung unserer Schneiderei-Betriebs-Werkstatt zur größten dieser Art in Deutschland  
**Baer Sohn**  
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstraße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10  
Der Hauptkatalog No. 39 auf Wunsch kostenlos und portofrei.

**Die besten Augengläser**  
können Ihnen unsägliche Qualen bereiten, wenn bei der Anpassung nicht die größte Sorgfalt verwendet wird. Aus diesem Grunde ist es ratsam und für Sie von unermesslichem Wert, bei der Wahl eines Augenglasses sehr vorsichtig zu sein. Reiche Auswahl aller guten und brauchbaren Modelle deutschen und amerikanischen Ursprungs, preiswerte und gediegene Qualität, fachmännische und zuvorkommende Bedienung finden Sie in meinen modern und der Neuzeit entsprechend eingerichteten 10 Geschäften. Meine Organisation im Geschäft bietet absolut dafür Gewähr, daß Sie nur so bedient werden müssen wie Sie es wünschen. Jedes Stück Ware ist deutlich und mit festem Preise ausgezeichnet. Sie brauchen also nur das zu kaufen, was Ihrem Geschmack und Ihren Verhältnissen entspricht. Auf Verlangen werden Ihre Augen von einem tüchtigen Augenarzt kostenlos untersucht. Zu jedem Kneifer oder Brille von M. 2.50 an erhalten Sie meine vorzüglichen  
**Optal-Gläser.**  
„REX“  
Prima Hartnickel . . . . . M. 5.— | Massiv Gold 288/1000 leicht . . M. 19.—  
Prima Gold Double . . . . . M. 8.50 | Massiv Gold 288/1000 kräftig . M. 22.—  
**Augenärztliche Gläser-Verordnung kostenlos**  
Am Alexander-Platz von 10 1/2-12 u. 5-7 u. Oranien-Straße von 2-4 1/2.  
**Meine Garantie:**  
Jeder von mir bezogene Artikel, der den Anforderungen des Käufers nicht voll entspricht, wird anstandslos umgetauscht oder der volle Betrag wird auf Verlangen zurückerstattet, wenn Sie nicht in meinen Geschäften zufriedengestellt werden können. Das Vertrauen und die günstige Meinung meiner Kundschaft ist mir mehr wert als ein entgangener Verkauf.  
**Optiker Ruhnke**  
10 Spezial-Geschäfte  
Oranien-Str. 44 Karl-Str. 8 Turm-Str. 47 Am Alexander-Platz  
nahe Oranien-Platz. a. d. Luisen-Str. a. d. Emdener Str. nahe Aschinger.  
Chaussee-Str. 72 Link-Str. 1 Brunnen-Str. 12 Friedrich-Str. 190  
an der Müller-Str. Ecke Potsdamer-Str. an der Invaliden-Str. an der Kronen-Str.  
Tautenzien-Str. 19 Wilmersdorfer-Str. 48  
an der Nürnberger Straße. an der Schiller-Straße.  
Am 1. September verlege ich meine Versand-Abteilung und Kontore nach Wallstraße 8 (Spindlerhof).

**Neueste Herbst- u. Winter-Modelle**  
in Tuch-, Kadmo-, Filz-, Pelz-Konfektion  
vom 31. August 1910 bis 3. September 1910  
**bedeutend unter Preis!!!**  
Einzelne Stücke sogar zum Teil schon für ein Drittel!  
**Unbegrenzte Auswahl!**  
Einsegnungs- und Prüfungskleider!  
**WESTMANN**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemstraße)  
Gr. Frankfurter Straße 115 (nahe Andreasstr.)  
Für Frühjahrs- u. Sommer-Konfektion  
Mäntel, Kostüme, Übergangspaletots,  
Kleider, Jackette, Röcke, Blusen  
sind die Preise auf das Alleräußerste herabgesetzt  
u. zwar anfangend von M. 6, 7, 8, 10, 12, 16, 22, 30 bis M. 120  
**Trauer-Westmann (ges. gesch.)**  
Sonderabtlg. f. schwarze Konfektion, Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen, Hüte etc.

Internationaler Schuhmacherkongreß.

Im sozialdemokratischen Volkshaus in Kopenhagen wurde am 26. und 27. August der 4. internationale Schuhmacherkongreß abgehalten, der von 28 Delegierten aus Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, der Schweiz und Finnland besucht war; nur die finnische Organisation gehört noch nicht der internationalen Schuhmachervereinigung an. Letztere zählte Ende 1909 insgesamt 12 Landesorganisationen mit 50 610 Mitgliedern. Die Einnahmen dieser Verbände betrugen 1909: 1 148 460 Kr., die Ausgaben 1 110 632 Kr., wovon 158 273 Kr. für die Streiks und Aussperrungen und 567 801 Kr. für die verschiedenen Unterstützungsarbeiten waren.

Die Berichte des Sekretärs Simon, wie der meisten Verbände, lagen schriftlich vor; sie wurden zum Teil auf dem Kongreß durch weitere mündliche Mitteilungen ergänzt. Erwähnt sei davon, daß bis jetzt die Bemühungen des Sekretärs, die Franzosen, Engländer und Amerikaner zum Anschluß an die internationale Schuhmachervereinigung zu veranlassen, erfolglos waren.

Gegen die tschechisch-slawische Sonderbündelung in Oesterreich richteten sich zwei Resolutionen. Die eine lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen sowie die Unterstützung ihrer Mitglieder ab. Die andere fordert den allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß in Kopenhagen auf, entscheidende Beschlüsse gegen diese schwere Schädigung der Arbeiterbewegung zu fassen. Beide Resolutionen wurden angenommen.

Die Drucksachen der internationalen Schuhmachervereinigung sollen in Zukunft in deutscher und schwedischer Sprache hergestellt werden. Die internationale Schuhmachervereinigung wird erweitert zur „Internationalen Schuhmacher- und Lederarbeitervereinigung“.

Ein Antrag des ungarischen Delegierten auf Aufnahme der Budapest Lokalorganisation der Schäftemacher in die internationale Schuhmachervereinigung wurde mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Als Sekretär wurde einstimmig Simon wiedergewählt und ebenso Nürnberg als Sitz der internationalen Schuhmachervereinigung bestätigt.

Nach einem feurigen Schlussworte des Präsidenten Simon wurde der Kongreß am Sonnabend abend geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Vom Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften.

Nach einer Zusammenstellung beträgt die Zahl der streikenden und ausgesperrten Werftarbeiter aller Branchen in allen Werftorten 22 112. Anspruch auf absolute Genauigkeit können die aus den einzelnen Orten gemeldeten Zahlen nicht erheben. Viele Streikende und Aussperrte, die abgereist und in anderen Orten oder sonstwo in Arbeit getreten sind, haben sich nicht zur Kontrolle gemeldet. Die Gesamtzahl dürfte sich nicht unbedeutend erhöhen, zumal auch Amorganisierte in Frage kommen, die sich nicht zur Kontrolle eingefunden haben.

In Hamburg haben sogleich 7076 Organisierte die Arbeit niedergelegt; hinzugekommen sind in den letzten Tagen — am Dienstagmorgen stellten 80 Mann der Offengießerei von Zeise in Ottensen die Arbeit ein, weil sie keine Streikarbeit machen wollten — etwa 700 Metallarbeiter; abgereist und anderwärts in Arbeit getreten sind etwa 1400 Mann, so daß zurzeit in Hamburg 6400 Streikende in Betracht kommen. Flensburg weist 1251 Aussperrte auf, Lübeck 1221, Moskau 795, Stettin 8238, Wegeßad 1088, Bremerhaven-Eiswarden 1492, Bremen 2373 und Kiel 2878.

In einer allgemeinen Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Hamburg, die am Montagabend im größten Saale Hamburgs tagte, hielt Genosse Zhe eine gründliche Abrechnung mit der verlogenen bürgerlichen Presse, die, um die äußerst bescheidenen Forderungen der Arbeiter in Mißkredit zu bringen, die geforderte 10prozentige Lohnerhöhung in eine solche von 50 Proz. umgeschwindelt hat. Ferner geißelte er den von den Unternehmern beliebten Lohnlistenbetrug, wie wir ihn schon in der vorigen Woche unter die Lupe genommen haben. Durch die in die Presse lancierten Aussperrungsandrohungen von 300 000 Mann liehen sich die Arbeiter nicht verblüffen, läßte Ruhe und Besonnenheit wurden nach wie vor beobachtet. Beschlüsse wurde, die Nichtzugberechtigte von der dritten Woche ab nach den üblichen Sätzen zu unterstützen.

Mit einem dreifachen Hoch auf den guten Ausgang der Werftarbeiterbewegung wurde die von 7000 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin und Umgegend.

Einolenumleger und Teppichnäher! In den Zwischenmeisterbetrieben von Franz Pannier, Neue Grünstr. 38; Friß Wehhardt, Kaiser-Wilhelm-Str. 30; Ludwig Schäfer, Reinholdsdorfer Straße Nr. 10, und Emil Goldbeck, Prinzessinnenstr. 18, haben die dort beschäftigten Einolenumleger und Teppichnäher wegen Nichtbewilligung unserer Forderungen die Arbeit eingestellt. Der Zugang nach diesen Betrieben ist unbedingt fernzubehalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Deutsches Reich.

Unter der Zeichenfuchtel.

Das Zusammengehen des Christlichen Gewerkevereins mit den Zeichen anlässlich der bevorstehenden Knappschaftskassenwahl wird nicht nur jeden Tag offenkundiger, sondern für die Christen immer blamabler. Die Zeche Friedrich d. Große in Herne präsentiert den Christen jetzt sogar einen Arbeitswilligen vom großen Streik 1906 als Kandidaten, den sie wohl oder übel und wenn auch mit Augenverdrehen schlucken müssen. Aber sie sind ja vom Zentrum nicht verdoht worden; warum sollen die nationalliberalen Zeichenbesitzer ihnen nicht mal Pillen verschreiben?

Lohnbewegungen im Tabakgewerbe.

Die im Tagelohn beschäftigten Tabakarbeiterinnen Nordhauens, die gezwungen sind, bei einem Wochenlohn von 6 bis 8,40 Mark ihre Existenz zu fristen, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Anfangslohn für die im Tabakgewerbe noch nicht beschäftigt gemessenen Arbeiterinnen von 13 Pf. pro Stunde, gegen 10 Pf. bisher und eine monatliche Steigerung von 1 Pf. pro Stunde, bis der übliche Lohn der übrigen Arbeiterinnen erreicht ist. Der Stundenlohn der zurzeit im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen, soweit sie als Lernende nicht zu betrachten sind, soll von 14 Pf. auf 18 Pf. pro Stunde erhöht werden. Auch sollen Scheuereimer und Lächer von den Fabrikanten geliefert werden.

In der Zigarrenfabrik von G. Heymann (Sitz W i d a u) haben die Tabakarbeiter seit 15. August v. J. bis jetzt mit ganz einschneidender verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, um die Folgen der Tabaksteuer dadurch zu überwinden, Wiederholt hat die Firma

erklärt, daß die Arbeiter voll beschäftigt werden können, wenn sie sich Lohnabzüge oder sonstige Verschlechterungen gefallen lassen würden. Die Arbeiter lehnten dies Anfinnen ab; darauf wurde ein Teil der Arbeiter entlassen. — Als am Freitag wiederum 30 Arbeitern gekündigt wurde, erklärten sich die noch verbleibenden Arbeiter mit den Entlassenen solidarisch und zeigten ebenfalls die Kündigung ein.

Die Zigarrenarbeiter der Firma F. C. Wiendiel in Neuenfische n bei Melle sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang ist fernzubehalten.

Ausland.

Ein Urteil gegen Streiks.

New York, 29. August. Der Richter Goff hat gestern ein sehr rigoroses Urteil gegen die Arbeiterunion in bezug auf den Streik der Schneider ausgesprochen. Die Arbeiterunion verlangte, daß der Arbeitgeber nicht das Recht habe, sein Personal außerhalb des Syndikats zu rekrutieren und fügte hinzu, daß diese Forderung Anlaß gegeben habe zu dem Streik der Ciofed Shop. Das Urteil des Richters war für die Streiks im allgemeinen geradezu vernichtend und lautete in seinen Hauptstellen folgendermaßen: Angenommen, daß der erste Zweck des Streiks, wie überhaupt eines Streiks, der wäre, die Arbeiter, die nicht im Syndikat vereinigt sind, an der Arbeit zu verhindern, so würde damit nur bewiesen, daß der Streik dem öffentlichen Interesse ganz und gar zuwider und somit ungesetzlich sei. — Das Urteil fährt dann weiter fort: Der wesentlichste Zweck des Streiks ist also nicht der, die Bedingungen der Arbeiter zu verbessern, sondern einzig und allein nur der, andere Menschen, die doch auch ein Recht haben, ihrer Profession nachzugehen und durch ehrliche Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, aus dem ganz einfachen Grunde von der Arbeit fernzubehalten und ihnen jede Existenz zu verweigern, nur weil sie nicht dem Syndikat angehören. — Dieses Verdict bedeutet einen direkten Schlag gegen die Arbeiterunion. Wenn das die Harmoniebedeute nicht tötet, dann ist diese schlimmste der sozialen Krankheiten für den Arbeiter überhaupt kaum ausrotbar. Gegen Unternehmer wird ein solches Urteil sicher nicht gefällt.

Industrieller Despotismus.

Die Trübsal tyrannisieren nicht nur ihre Konkurrenten und den Konsum. Auch der Arbeiter im Betrieb muß ihr willenloses Opfer werden. 1901 erklärte Morgan, in vier Jahren werde er die Macht der Gewerksvereine in den Betrieben des Stahlstruße gebrochen haben. Es hat freilich neun Jahre gedauert, aber er kann sich nun rühmen, daß der Truist 130 000 Arbeiter beschäftigt, darunter keinen organisierten. Das bedeutet zugleich den Vankrott der „alten“ Methoden der einst so stolzen und noch jetzt gegen Nicht-Zunftgenossen so hochmütigen Branchenverbände der Gerlernten. Der englische „Morning Leader“ betont, daß dieses Ergebnis einer durch rückwärtslose Schanzollwirtschaft geförderten Vertriebspolitik die englischen Arbeiter um so entschlossener in ihrer Ablehnung der verlockenden Geschenke des Schanzollens machen werde. Die amerikanischen aber werden, so weit sie nicht ganz niedergetreten sind, sich doch zu neuen gewerkschaftlichen Methoden im Sinne der Branchenverbände und zu einer energischeren Arbeiterfront der überleserten Schanzollpolitik belehren müssen.

Der Streik in Bilbao.

Madrid, 29. August. (Sig. Ver.) Der Graf Zuhiria, ein Hohenföhrer in Portugalete bei Bilbao, verlangte und erhielt auf sein Verlangen von der Regierung einige Kompanien Soldaten, die die Ausschiffung von Kohle für seine Hohenföhrer überwachen und unterstützen sollten. Diese Provokation führte zu einem Zusammenstoß. Die Truppe gab mehrere Salven ab und viele der Streikenden sind verwundet worden. Man erinnert sich, daß die Regierung die Arbeiter ihres Wohlwollens versichert und ihnen die moralische Unterstützung zugesagt hat. Man sieht daraus wieder einmal, welchen Wert solche Versprechungen besitzen.

Am 28. August fand eine Versammlung der Arbeitervereinigungen der Provinz Biskaya statt, an der auch die Delegierten von Madrid teilnahmen. Mit 17 gegen 13 Stimmen wurde beschlossen, den Generalstreik in diesem Zeitpunkt nicht zu erklären.

Aus der Frauenbewegung.

Die weibliche Arbeitskraft in der Textilindustrie.

In der Textilindustrie kann man nicht mehr von einem starken Eindringen der weiblichen Arbeitskraft reden, hier muß man für die Kennzeichnung der sozialistischen Erfindung schon die Formel wählen: Zurückdrängung der männlichen Arbeitskraft. Die weibliche Arbeitskraft überwiegt hier nämlich schon bei weitem. Nachstehende Zusammenstellung nach den Angaben der Gewerbeinspektoren veranschaulicht das.

Table with 2 columns: Category and Count. Rows include: Männliche Arbeiter über 16 Jahre (376 720), Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren (407 441), Jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren (79 749), Kinder unter 14 Jahren (8 747).

408 631 männliche, 459 016 weibliche Arbeitskräfte sind demnach in der Textilindustrie beschäftigt. Die Zahlen sind charakteristisch für jene Tendenz der gesamten kapitalistischen Großproduktion, die auf steigende Verwendung der willigeren Frauenarbeit hinzielt, wo immer es die Umstände erlauben.

Die große, stetig wachsende Zahl der Textilarbeiterinnen bedeutet für die männliche Arbeiterschaft in der Textilindustrie wirtschaftliche Schädigung, so lange die Frauen unorganisiert sind und durch Schmutzkonkurrenz die Löhne der Männer herabdrücken. Es liegt daher im ureigensten Interesse der Textilarbeiter wie der Arbeiterschaft überhaupt, auf die Organisierung aller ihrer weiblichen Berufsgenossinnen hinzuwirken. Jedoch noch eine andere Notwendigkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß große Scharen Frauen gleich dem Manne selbständig am gesellschaftlichen Produktionsprozeß teilnehmen. Den Frauen muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen selbstständig im politischen Leben zu vertreten. Diese Möglichkeit gibt ihnen das politische Wahlrecht, das die Frauen auf Grund ihrer gesellschaftlichen Arbeit erlangen müssen.

Aus aller Welt.

Im Zeichen der fleischnot.

In Sodingen bei Bochum sind infolge Gemüßes verborbenen fleisches 90 Personen erkrankt, ein Kind ist bereits gestorben. Am Montag wurde dem Metzgermeister Schläter der Laden geschlossen und das übrige fleisch beschlagnahmt. In einer Familie sind die Eltern und neun Kinder erkrankt. Zwei aus Berlin zu Besuch weilende Frauen befinden sich unter den Erkrankten. Mehrere andere Personen schweben in Todesgefahr.

Auf den Zeichen war Lohntag gewesen, weshalb mehr fleisch als sonst gegessen wurde. Der Metzgermeister bezog ausgeleitetes fleisch aus dem Osten, welches oft unrein und gesundheitlich wenig einwandfrei ist. Die Familie des Metzgermeisters selbst ist nicht erkrankt, wohl aber das Dienstmädchen und der Lehrling. Es wird daraus geschlossen, daß Schläter die Beschaffenheit des fleisches gekannt und sich vor dem Genuß desselben gehütet hatte. Drei Ärzte und mehrere Diakonissinnen sind am Orte zur Pflege tätig.

Interessant ist, daß das fleisch aus dem agrarischen Osten stammt. Daß solches fleisch überhaupt verlanft werden konnte, hat seine Ursache in der herrschenden fleischnot, die es ermöglicht, auch das ekelhafteste Zeug auf den Markt zu bringen.

Erdbeben in Kalabrien.

Ein sehr heftiger Erdstoß ist am Dienstag früh gegen 3 Uhr 15 Minuten in der Provinz Kalabrien verspürt worden. Die Bevölkerung lagert im Freien. Auch in Messina, Gerace, Monteleone, Gallina, Milazzo und Mileto ist der Erdstoß verspürt worden. Die Instrumente des Observatoriums zu Mileto, die außer dem Hauptstoß drei leichtere Erdstöße verzeichneten, wurden beschädigt. Soweit bekannt, ist kein Schaden angerichtet worden.

Im Dienste des Zaren.

Die Gespensfurcht, die die heftigen Behörden seit der Anmeldung des unangenehmen Gastes aus Rußland ergriffen hat, ist bereits vor der Ankunft des Zaren zu recht bedenklicher Höhe angewachsen. In der ganzen Umgebung des zu einer Festung umgewandelten Friedberger Schlosses schnüffelt die zu einer kleinen Armee angewachsene russische Spitzelgarde herum; müssen diese Gesellen ihrem Herrn und Gebieter doch beweisen, wie unentbehrlich die gewaltigen Ausgaben Rußlands für die russische Geseimpolizei ist. Auch auf die deutschen Behörden scheint sich die Furcht vor etwaigen Attentaten auf den Zaren bereits übertragen zu haben, denn aus Bad Nauheim meldet ein Telegramm, daß dort ein Russe Mandelberg unter dem Verdachte, der anarchistischen Partei anzugehören, festgenommen worden ist. Als er sich bei der Polizei nicht genügend ausweisen konnte, wurde er in Haft gehalten und wird sofort ausgewiesen werden.

Was doch nicht alles ein „lieber Besuch“ zuwege bringt; schon der Verdacht, daß jemand „Anarchist“ sein könnte, genügt, um ihn des Landes zu verweisen.

Neue Erfolge der Aviatik.

Wir wir bereits in unserer gestrigen Nummer meldeten, gelang es auf dem Flugplatz von Le Gabre dem flieger Morane, den bisherigen Weltrekord im Höhenfluge zu überbieten. Offiziell wird bekannt gegeben, daß Morane eine Höhe von 2040 Metern erreicht und damit den Weltrekord geschlagen habe. Der Schotte Dregel soll in Wirklichkeit eine Höhe von 2080 Metern erreicht haben, doch ist dieser Rekord nicht bestätigt worden. Wie der kühne Aviatiker nach seiner glücklichen Landung erklärte, stellte er, nachdem sich der Apparat in 2040 Meter Höhe befand, den Motor ab und begann den Abstieg. Es waren 20 Minuten vergangen, seit ich den Boden verlassen hatte. In neun Minuten langte ich im Gleitfluge unten wieder an.

Fast gleichzeitig mit Morane hat in Lille der flieger Breguet im Passagierfluge einen neuen Weltrekord aufgestellt. Es gelang ihm, am Montagabend mit seinem Zweidecker einen Passagierflug mit fünf Passagieren an Bord auszuführen, bei dem er nach einer kurzen Fahrt glatt landete. Das Gesamtgewicht der Passagiere und des Gepäcks betrug 410 Kilogramm.

Des Priesters Liebesabenteuer.

Unter dem Titel „Triumph der Priestermoral“ veröffentlicht die „Gita“ aus einer Gerichtsverhandlung in Florenz folgende Geschichte: In Trevi war ein wunderhübsches 24jähriges Mädchen namens Michelina Roschetti mit Guglielmo Pietro, dem Bruder des Ortspfarrers, verlobt. Der Priester aber, Guglielmos Bruder, verliebte sich in die schöne Michelina. Er beschwore sie und verführte sie schließlich, nachdem er ihr versprochen hatte, sein geistliches Gewand abzulegen und sie zu heiraten. Beide entflohen dem Jorn des betrogenen Verlobten nach Florenz. Hier aber bekam der Piarre Don Michele Gewissensbisse, weil er die Messe nicht mehr lesen konnte. Er wandte sich an die kirchlichen Behörden und bat um seine Wiedereinsetzung. Diese waren gern bereit, dem reinigen Sclinder wieder eine Seelsorge zu übertragen, falls er die über ihn verhängte Kirchenstrafe in einem Kloster abgedient hätte. So geschah es, und der Priester war von diesem Augenblick an spurlos verschwunden, mit ihm aber auch 400 Lire aus dem Besitze der Geliebten und ihre goldene Uhr. Die Betrogene zeigte dem Diebstahl an und erklärte dabei, Don Michele habe sie mit dem Revolver in der Hand gezwungen, ihm zu Willen zu sein. Don Michele, der unaußfindbar ist, wurde in contumaciam zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kleine Notizen.

Begnabigt. Ein hochbetagtes Ehepaar Kuzniz aus Ratiibor, das wegen Ermordung seines Schwiegersohnes zum Tode verurteilt war, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Der Ehemann zählt 73 Jahre, die Ehefrau 63 Jahre.

Bei einer Regimentsübung stürzten in Colmar am Montag sechs Soldaten des 14. Dragonerregiments vom Pferde. Einer brach das Genick und war sofort tot, drei sind schwer verletzt worden.

Ein Brandstifter hat in der letzten Nacht im Orte Sülldorf bei Blankense an verschiedenen Orten Feuer angelegt. Drei Anwesen sind mit der gesamten Ernte und sämtlichem Vieh verbrannt.

Im Verdacht des Raubmordes. In Hannover verhaftete die Polizei drei galizische Arbeiter unter dem dringenden Verdachte, in der Provinz Bozen einen 18jährigen galizischen Arbeiter durch zahlreiche Messerstiche ermordet und beraubt zu haben. Die Täter waren nach der Tat ins Ausland geflüchtet und später nach Deutschland zurückgeführt. Einer der Verhafteten hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Durch Einsturz des Fußbodens eines Versteigerungslokals fielen bei einer Versteigerung in Lancaster (England) viele Anwesende in den Keller. Zwei von ihnen haben schwere, mehrere andere leichtere Verletzungen erlitten.

Heftige Regengüsse haben in Westschottland großen Schaden angerichtet. Aus vielen Gegenden kommen Berichte, daß die Ernte vollständig vernichtet ist. Mehrere Teile von Glasgow sind überflutet; das Wasser steht an einigen Stellen der Straße vier Fuß tief. Aus einzelnen Teilen des nördlichen England kommen Nachrichten über schwere Wetterbeschäden.

Die Pest. In einem Regiment der Odesaer Garnison ist ein Fall von Ruhrpest vorgekommen.

# Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 31. August, und Donnerstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, finden im Berliner Lohngelände

## 32 Bezirks-Versammlungen

in den schon durch Handzettel bekanntgemachten Lokalen statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten von der Zahlstellen-Versammlung; 2. Vortrag über: „Die Situation in unserem Beruf“.

Referenten die Kameraden Bludau, Dittmann, R. Engelhardt, Golze, Hauße, Hinrichsen, Klante, Klossowski, Knäuper, Licht, W. Schäfer, Schindler, Schönbeck, R. Schröder, H. Schultz, F. Schulze, Wellow, Witt, Ziege.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 1. September 1910, abends 8 Uhr:

### Allgemeine Versammlung aller in Gold- und Silberwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den gegenwärtigen Stand unserer Tarifbewegung und welche Verbesserungen aus der zukünftigen Tarifverträge enthalten? Referent: Kollege Gaudke. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist es in Ihrem eigenen sowie im Interesse der Allgemeinheit notwendig, daß Sie alle in dieser Versammlung erscheinen.

Donnerstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung der Klempner

in den Muster-Festfalen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige Situation in unserem Beruf, und was denken wir zu tun?

Mitgliedsbuch legitimiert.

Kollegen! Mitglieder ein jeder für einen zahlreichen Besuch, um auch den letzten Mann zu informieren.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 31. August, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

### Versammlung der Ladentischler.

Tages-Ordnung: Bericht von den Vereinigungsverhandlungen. Die Branchenleitung.

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Reichorfstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

### Sektion der Lackierer.

Donnerstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

### Sektions-Versammlung der Lackierer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ucko: „Das persönliche Regiment“.

2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Sektionsleitung.

Gegen Brechdurchfall und Darmstarrheit schützt man die Säuglinge am besten, wenn man sie mit „Kuskele“ und Milch ernährt. Selbes zusammen wird im Magen gut verdaut und geht im Darm weniger leicht wie Kuhmilch allein zur Säuerung über. „Kuskele“ verleiht der Milch einen höheren Nährwert, wird von allen Kindern gern genommen und ermöglicht einen rationellen Uebergang zur festen Nahrung.

## Eröffnung des Fleisch- und Wurst-Konsum

Berlin-Rixdorf, Kottbuser Damm, Ecke der Sanderstraße, am 1. September.

## Berliner Ulk-Trio.

Felix Schauer Straßendorferstr. 1

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren Julius Krause Kastanien-Allee No. 40. Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen Teilzahlung gestattet.

## Artus-Hof

Berleberger Str. 26 und Stendaler Str. 18  
!!! Sale, 50 bis 1000 Personen fassend, unter kulanter Bedingungungen zu vergeben. Noch einige Sonnabende frei. !!!

# Warnung

vor Ankauf von Falsifikaten der Marke „Problem“.

Fabrikanten und Verkäufer werden strafrechtlich verfolgt.

Cigarettenfabrik „Problem“  
Berlin O., Alexanderhof.

### Zepernick-Bernau.

Bargelle von 390M. mit (ca 90 R.) kleine Anzahlung u. langfristige Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Bht. Zepernick. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

### Große Firma

bergribt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kasse. Chefstr. S. 100, „Vorwärts“-Expedition Auguststr. 50.

### CHARLOTTENBURG

Uhren und Goldwaren F. Stabenow, Berlinerstr. 146

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südö. Börse).

### Musverkauf

wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume Köhlerstr. 2

Anzug-Stoffe Paletot-Stoffe Damentuche

Nur noch kurze Zeit! — Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H. Köhlerstr. 2. 6912

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zaremba, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenfelder Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundshaft

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der Kapitän-Kautabak seinen guten Ruf erhalten. Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel). 302L Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen. Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemdoson gratis erhältlich sind. Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.

### Bekanntmachung.

Bedarfs Vergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober cr. nach Swinemünder Str. 64, 1. Etage an der Millionenbrücke (Aufgang Ramlerstraße). Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf. H. Preuß, Gleimstr. 43 Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung. Proletaria gratis und franko.

## Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbäckstr. 14, Hochpartiere.  
Süd- und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.  
3. Wahlkreis: St. Friedrich, Brünnstr. 31, Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, St. Frankfurterstr. 120. — Wilhelm Mann, Fehrburgersplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufmännische 14/15 (Laden).  
5. Wahlkreis: Leo Buch, Zimmereisenstr. 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Underberg, Salzweberstr. 8, im Laden.  
Wedding: Karl Reiche, Roggenstraße 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.  
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lydenbergstr. 123.  
Adlershof: Karl Schwarze, Postmannstr. 9.  
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.  
Baumschulenweg: D. Hornig, Parientalerstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Bröde, Hohensteinerstr. 74, part.  
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Laub, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seifenmalerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.  
Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hanks Ablage: Oskar Rabe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.  
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagenener Chaussee.  
Friedersdorf-Petershagen: G. Dörselbach, Petershagen.  
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rühr, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.  
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.  
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 8 III.  
Johannisthal: Bieline, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Karlshorst: Richard Rüter, Köpenickerstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.  
Köpenick: Emil Wichter, Kieperstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.  
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Halberstr. 14.  
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.  
Marienfelde: Emil Weimer, Dorstr. 14.  
Nieder-Schöneweide: Max Friede, Scheiterstr. 14 II.  
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.  
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlenstraße 30.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gutsch, Kammerstr. 12, I.  
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, III-Boxhagen 66.  
Schmargendorf: Gustav Rammsch, Gunostraße 2.  
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
Spandau: R. Hoppen, Jagowstr. 9.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rietzsch, Borsigwalde, Rauschstraße 10.  
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehlendorfer Str. 4.  
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.  
Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.  
Weißensee: A. Fuhrmann, Sebanstr. 105, partiere.  
Wilmsdorf-Halensee: Paul Schuber, Wilhelmstr. 23, Hof partiere.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“. Bitte ausschneiden.

# Fruer!

nicht mehr ~~G~~ ~~F~~ ~~S~~ sondern

# NKS 43 EAS

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk

Bäckerwaren, Konditor

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bad Landsberger St. 107

Bad Ostend

Bad Petersberg

Silesia

Sandagen, Gummlw.

Panschow

Wende, A.

Beordig.-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Berufskleidung

Graff & Heyn

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling & A. Hoffmann

Patzenhofer Brauerei

Brauerei „Germania“

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weissbier

Groterjans

Goldbier

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schlossbrauerei

Vereins-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weissbier-Brauerei

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

Oskar Beck

Fritz Bartz

Carl Franke

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Brennabor

Fahrrad-Haus

Fahrrad-Vertrieb

Klinik d. Westens

Carl Polnow

Gebr. Erguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

Stenzel, Paul

Taubert, J.

Fischhandlungen

C. Dittmann

H. Reimann

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachf.

Fahrrad, Nähmasch.

Stettiner Fleisch-Centrale

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Gardinen

Gardinen-Fabriken

Grammoph., Sprechm.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Katz

Pietsch, Hugo

Arthur Kühn

Dähnert, O.

Graff & Heyn

Kammick

Krüger, Rudolf

Küchen-Schreier

Schreier, Ad.

R. Wangerin

Unterstehende Geschäfte

Sie kaufen reell auch nach Maß

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Boße, Rud.

Casper, Ed.

Cohn, Simon

Drews, Alwin

Freitzel, Ad.

Graff & Heyn

M. Grund

Haase, Rich.

Hansen, Osten

Max Holnow

Huf-Centrale

Jacob, Oskar

Kehr-Hüte

Krüger, Otto

Schönland & Sohn

Berth. Schwermer

M. Swaronski

Sie kaufen reell auch nach Maß

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Boße, Rud.

Casper, Ed.

Cohn, Simon

Drews, Alwin

Freitzel, Ad.

Graff & Heyn

M. Grund

Haase, Rich.

Hansen, Osten

Max Holnow

Huf-Centrale

Jacob, Oskar

Bad Invalidenstr. 16

Brauerei P. Hoppoldt

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Fleisch u. Wurst-Centrale

Max Kaplan

M. F. Leyke



Unter Choleraverdacht.

Neue Erkrankungen in Berlin.

Während die Cholera in dem benachbarten Spandau einwandfrei festgestellt worden ist, haben die Untersuchungen der Berliner Fälle glücklicherweise bis jetzt keinen Anhalt dafür ergeben, daß die Cholera in Berlin ihren Einzug gehalten hat.

Unter dem dringenden Verdacht der Choleraerkrankung ist gestern Abend in der sechsten Stunde der 31jährige Arbeiter Paul Friedrich, Korzdorfer Straße 20, in die Baracken des Virchow-Krankenhauses eingeliefert worden.

Unter dem dringenden Verdacht der Choleraerkrankung ist gestern Abend in der sechsten Stunde der 31jährige Arbeiter Paul Friedrich, Korzdorfer Straße 20, in die Baracken des Virchow-Krankenhauses eingeliefert worden.

Auch aus dem Hause Korzdorfer Straße 21 mußten gestern Abend um 8 Uhr zwei Choleraverdächtige in die Baracken des Virchow-Krankenhauses eingeliefert werden.

Amlich wird gemeldet: Der Verdacht, daß der Hausdiener Otto Rogt, Oberberger Straße 47, an Cholera gestorben sei, ist durch die bisherigen Untersuchungen, die allerdings noch nicht ganz abgeschlossen sind, nicht bestätigt worden.

Der Berliner Polizeipräsident

erläßt folgende Mitteilung: „Da in Spandau zwei Fälle von Cholera festgestellt worden sind, sehe ich mich veranlaßt, die Herren Ärzte und die zur Anzeige von Choleraerkrankungen sonst verpflichteten Personen an die Vorschriften in den §§ 1 bis 6 des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 306) zu erinnern und sie zu ersuchen, vorzommenfalls dieser Pflicht in sorgsamster und schnelligster Weise zu entsprechen.“

Neben den an Ort und Stelle getroffenen Vorsichtsmaßnahmen sind weitere für den unvorhersehbaren Fall getroffen worden, daß in Berlin doch noch ein Cholerafall vorkommen könnte.

Neue Erkrankungen in Spandau.

Aus Spandau kommt die Meldung, daß zwei weitere Personen an Brechdurchfall erkrankt sind. Gestern vormittag erkrankte der neunjährige Schreiber Willy Buchholz aus der Hamburgerstraße 95.

In dem zweiten Fall handelt es sich um die 20 Jahre alte Arbeiterin Elise Schweder, Lpnarstraße 35 in Spandau wohnhaft. Das Mädchen befand sich seit Sonntag in einem Zustand nervöser Ueberreizung.

Der Glasermeister Wachtel, Spandau, Bickelsdorfer Straße, bittet um die Veröffentlichung der Mitteilung, daß er nicht, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner Abendausgabe von gestern berichtete, unter Choleraverdacht erkrankt und nach den Isolierbaracken gebracht worden sei.

In den Isolierbaracken.

Das Befinden des am vorgestrigen Tage in das Spandauer Krankenhaus eingelieferten Desinfektionsarbeiters Neumann ist ein außerordentlich ungünstiges. Dagegen ist in dem Befinden des Hilfsreviseurs Warno eine leichte Besserung zu verzeichnen.

Wie die Cholera verhütet wird.

Die Cholera tritt in Europa zumeist in der wärmeren Jahreszeit auf, wenn sie überhaupt bis in das kultivierte Mittel- oder Westeuropa vordringen vermag.

In Zeiten, während denen einzelne Cholerafälle vorkommen, genieße man wie rotes Obst, nie ungekochte Milch, auch keine saure Milch, trinke nur Quellwasser oder, wo dieses nicht zu haben ist, abgekochtes Wasser, das gefüllt wurde, dem überdies ein kleiner Zusatz von Zitronensäure oder Salzsäure zugesetzt wird.

Vor allem ist große Reinlichkeit die Hauptsache. Nach dem Angreifen schmutziger Wäsche oder von Sachen von zweifelhafter Herkunft wäsche man die Hände gründlich mit Seife und Wasser.

Die Frist von der Erwerbung der Cholera bis zu ihrem Ausbruch beim Menschen dauert in der Regel fünf Tage. Zuerst erfolgt einige Tage lang ein Durchfall, der nicht abnorm ist.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 4. September, findet in den Gesamträumen der Berliner Volkspartei unser diesjähriges Volksfest statt.

Landw. Heute Mittwoch, den 31. August, Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung des Wahlvereins im Restaurant „Ebel, Nollnerstraße.“

Gestern, Heute Abend 8 Uhr Les- und Diskutierabend des Wahlvereins.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, den 31. August, Abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Verhe, Friedrichstr. 112, unsere Mitgliederversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Der Ruf nach dem Schuttmann.

Ueber die „Unsicherheit in Berlin“ wird wieder mal in der bürgerlichen Presse gejammert. Weil in der letzten Zeit zufällig rasch hintereinander mehrere Ueberfälle vorgekommen sind, wird in sinnloser Uebertreibung behauptet, daß man geradezu schon von Berliner „Apachen“ reden könne.

Das Tollste an Geschrei über die „Apachen“-Gefahr in Berlin und die hier angeblich immer mehr zunehmende Unsicherheit wird jetzt im „Lokal-Anzeiger“ geleistet, der bisher stets bemüht gewesen war, die Berliner Polizei als eine der tüchtigsten zu preisen.

Was ist der Zweck dieser sonderbaren Stillübung des sonst so polizeifrommen Scherblattes? „Die Polizei ist,“ so werden wir belehrt, „ohnmächtig: sie hat zu wenig Menschen, um dem Verbrecher- und Mordgym endlich Schranken zu setzen.“

Die Klage über Unsicherheit in Berlin und Mangel an Schutzleuten läßt bald aus diesem, bald aus jenem Blatt sich vernehmen. Man gewinnt geradezu den Eindruck, daß von einer bestimmten Stelle aus ganz planmäßig die Bevölkerung bearbeitet werden soll.

„So liegen die Tatsachen und so werden sie vorläufig liegen bleiben, wenn nicht das Publikum selbst energisch bei den Behörden vorstellig wird, damit Berlin wieder in den Ruf kommt, eine Stadt zu sein, in der man abends sicher über die Straße gehen, in der man einen Spaziergang oder eine Eisenbahnfahrt unternehmen kann, ohne Leib und Leben zu riskieren.“

Also darum die Grauligkeitserei mit den „Apachen“. Das Publikum soll „energisch bei den Behörden vorstellig werden“, soll einstimmen in den Ruf nach dem Schuttmann, nach mehr Schutzleuten.

„So geht es nicht weiter, unter keinen Umständen! Die Bürgerschaft Berlins, die jährlich Millionen und abermals Millionen für die Polizei auswendet, kann verlangen, daß diese Millionen nicht zum Fenster hinausgeworfen werden und daß die Sicherheit Berlins nicht soweit herabgeht, daß schließlich auch die Fremden aus dem Ausland und aus der Provinz fernbleiben werden, weil sie nicht Lust haben, in Berlin ihr Eigentum und ihre Haut zu riskieren.“

„So geht es nicht weiter, unter keinen Umständen! Die Bürgerschaft Berlins, die jährlich Millionen und abermals Millionen für die Polizei auswendet, kann verlangen, daß diese Millionen nicht zum Fenster hinausgeworfen werden und daß die Sicherheit Berlins nicht soweit herabgeht, daß schließlich auch die Fremden aus dem Ausland und aus der Provinz fernbleiben werden, weil sie nicht Lust haben, in Berlin ihr Eigentum und ihre Haut zu riskieren.“

„So geht es nicht weiter, unter keinen Umständen! Die Bürgerschaft Berlins, die jährlich Millionen und abermals Millionen für die Polizei auswendet, kann verlangen, daß diese Millionen nicht zum Fenster hinausgeworfen werden und daß die Sicherheit Berlins nicht soweit herabgeht, daß schließlich auch die Fremden aus dem Ausland und aus der Provinz fernbleiben werden, weil sie nicht Lust haben, in Berlin ihr Eigentum und ihre Haut zu riskieren.“

„Ein Stücklein Kulturarbeit.“

Vor einigen Wochen erhielten wir Kenntnis von der Existenz eines Knabenchores aus Berliner Gemeindefachkindern, der öffentliche Konzerte gegen Entgelt veranstaltet und in den diesjährigen Sommerferien sogar eine Konzerteise nach dem Harz gemacht hat.



Wen Auskunft erteilen. — R. Z. Nr. 37. Ja, wenn ihr eigenes Einkommen oder Vermögen das gestattet. — Rechts 6. Ein entwerfender Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. Die Behörde befindet sich nach eigenem Ermessen über den Antrag. — R. Z. Es kann auf Gefängnisstrafe erlassen werden. Die Bestellung eines Rechtsanwalts empfiehlt sich. — R. Z. 1. Nicht notwendig. 2. Nein, Sie können aber als Beistand erscheinen. — R. 100. Ja, der § 29 des Handelsgesetzbuches schreibt das vor. — R. Z. N. Straßburger. 1. Ein Zeugnis der Heimatbehörde, daß nach den dortigen Gesetzen ein Ehehindernis nicht bekannt geworden ist, außerdem erteilte Genehmigung, wenn diese nach dem Alter Ihrer Braut noch nötig sein sollte. 2. Es muß als Nebenbedingung angegeben werden. 3. Bescheinigung der Polizeibehörde, daß die Verlegung des Wohnsitzes erfolgt. Es empfiehlt sich, mit dem den Transport befallenden Expedienten vorher zu sprechen. 4. An das Amtsgericht Berlin-Mitte. 5. Noch für das nächste Kalenderjahr. — R. Z. 15. An die Stadtkommission für die Grob- und Fein- und Kleinfabrikation für die Grob- und Fein- und Kleinfabrikation. — R. Z. 1. Das ist kaum anzunehmen. 2. Die Verleumdung beim Schöffengericht. — R. Z. 1. Es wird Ihnen vorher ein Kostenfestsetzungsbescheid zugestellt sein. Ist dies der Fall, so haben Sie kein Rückforderungsrecht. 3. Die Urkunde muß Ihnen auf Antrag zurückgegeben werden. — R. Z. 1. Nur durch einen Anwalt. 2. 150 M. — R. Z. 100. 1. Nein. 2. Anprobefahrt. — R. Z. 250. Mit Umständen über private Angelegenheiten können wir uns nicht befassen. 54/5

# Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 1. September 1910, abends 8 Uhr, bei Grande, Weinstraße 11:

Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tagesordnung:

Bericht über den Stand der Lohnbewegung.

Die Kommission.

## Theater und Vergnügungen

**Mittwoch, 31. August**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues königl. Opern-Theater.**  
Die lustigen Weiber von Windsor.  
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch. Besetzung: Bestmöglich.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches, Simon und Dessla.**  
Kamerapiele. Liebesmalger. Berliner. Laßun.  
Komische Oper. Rigenmelde. Altes. Nur ein Traum.  
Neues. Katernenluft.  
Reisens. Im Taubenschlag.  
Neues Schauspielhaus. Kaffee. Werten. Die geschiedene Frau. Thalia. Polnische Blüchheit. Schiller 4 (Theater + Theater).  
Der Freischütz.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Die zärtlichen Verwandten. In Zivil.  
Berliner Volksoper. Alt-Heidelberg. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Geschlossen.  
Gebbel. Dem gebürtigen Helene? Der Ruh auf der Redoute. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.**  
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.  
Gernseld. Die Welt geht unter. Wenn zwei dasselbe tun. Reiz. Ein seltsamer Fall. Trianon. Pariser Blüten. Gollies Caprice. Die böse 13. Die leuchtende Zolmeile. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Puhmann. Genieset das Leben. (Anfang 1/2 Uhr.)  
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.  
Kasino. Der schnelle Rudolf. Apollo. Spezialitäten. Wälsche. Spezialitäten. Reichshallen. Steiner Sönger. Walhalla. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Karl Haberland. Spezialitäten. Prater. Schützen. Votat. Lebenswelle. Schweizer-Garten. Spezialitäten. Sternwart. Invalidenstr. 57—62.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
**Gottscheld-Oper.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Freischütz.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Lager.**  
Die Piccolomini.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die zärtlich Verwandten.**  
Sierauf: In Zivil.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**

### Luna Park

TERRASSEN  
HALENSER

Größter Vergnügungspark des Kontinents.

Sensationelle Attraktionen, Translateur- und Militärkapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.

#### Neu! Tanagra,

das achte Weltwunder.

Eintrittspreis 50 Pf.

#### Sensationelle Attraktionen

Translateur- und Franzer-Konzert.  
Oberbayerische Sänger u. Schuhplattler.

Freitag, den 2. September:  
**Sedan-Feier.**  
Großes militärisches Doppelkonzert.

### Zweiter Berliner Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 4. September 1910, in den Gesamträumen der „Berliner Bockbrauerei“, Tempelhofer Berg

## Volksfest

Konzert, Gesang, Turnerische Aufführungen,  
Kinematograph und Kinderspiele

### Großer Ball

(Herren zahlen 50 Pf. nach)

### Fackelzug

(jedes Kind erhält einen Bon zur Stocklaterne gratis)

Die Kaffeeküche ist von 2 bis 6 Uhr geöffnet

Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Kapellmeister Maximilian Fischer) — Gesangverein Liedertafel W., Mitgl. d. D. A.-S.-B. (Chormeister Fritz Stempel) und Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes

Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
Billetts sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Abteilungs- und Bezirksführern zu haben.

Anfang 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis.  
210/19\* Das Komitee.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abend 8 Uhr:  
**Im Lande der Mitternachtssonne.**  
Berliner Volksoper.  
Heute 1/2 Uhr:  
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:  
**Alt-Heidelberg.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Ein seltsamer Fall.**  
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 U.  
Donnerstag u. Freitag (letzte Aufführungen): Ein seltsamer Fall.  
Auf der Gartenbühne: Anfang 4 1/2 Uhr. Theater vorn, Spezialitäten. Neues Programm d. 15. September.

**CIRCUS CYRILLI**  
Pankow, Berliner Straße  
Ecke Binzstraße  
(n. d. Schödenhauser Allee)  
Mittwoch, 31. August, nachm. 4 u. abds. 8 1/2 Uhr:  
**2 große Vorstellungen 2**  
Nachm. 1 Kind in Begleit. Erwachsene frei. Außer zahl. nachm. um 12 Jahre alte Kinder u. Militär v. Feldwibel abwärts halbe Preise. Abends volle Preise.  
Fernruf: A. Pankow 421

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich Doppelkonzert.  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauert. 6 M.  
**Ausstellungshallen am Zoo**  
Hiesigen-Kinematograph.  
6—11 Uhr.  
Rauchen überall gestattet

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Grävenitz, Kapellmeister: Max Wolfheim.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!  
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Sondervorstellung d. literarischen Gesellschaft. Zum erstenmal: Tenten. Tragödie v. D. v. Kleist.  
Donnerst. 7 1/2 U.: Rosmersholm.  
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: Gastspiel Hansi Niese: **Das Musikantenmüdel.**

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Ein einziger Erfolg!**  
In einem amerikanischen **Bulldog-Tingeltangel.**  
**La mime espagnole**  
**Zoraita**  
und das großartige August-Programm.

**Königstadt-Kasino.**  
Polmarstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Inhaber: Max Schindelhauer.  
Im herrlichen Naturgarten (bei ungenügender Bitterung im Theaterjahr).  
Los Flours, Hand- u. Kopfequilibrium.  
Kio? des Tenfeld Würfel.  
The Willuhus, Champion-Pal-Ma.  
Mittwochs: **Freitag.**  
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 5

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7—9.  
Heute: **Schützen's!**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
8. Sept.: Gr. Kinderfreudenfest.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
Donnerstag zum erstenmal:  
**Das gewisse Etwas.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Operette in 3 Akten von H. v. Wälsche u. H. Bodansky. Musik v. Franz Lehar.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Karl Haverland-**  
Theater präg. 7 1/2 U.  
77/79 Rohmannbantenstraße 77/79.  
Das wunderbare **Eröffnungs-Programm.**

**Volksgarten-Theater**  
früher Wolmann.  
Babstr. 8, Behm u. Belleramstraße.  
Heute Mittwoch, den 31. August 1910:  
**Große Gals-Benefiz-Vorstellung**  
für die Ballettmeisterin Elise Molani und Kapellmeister Rob. Liesnitz.  
Nur Ausführung gelangt:  
**Die Gise vom Erlenhof.**  
Große Musik- und Ballettaufführung.

**Trianon-Theater.**  
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)  
**Pariser Witwen.**

**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die geschiedene Frau.**  
Sonn. 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantsmüdel**

**Apollo Theater**  
Heute: **Letzter Tag** des unübertroffenen komischen **August-Programms.**  
Morgen, Donnerstag, 1. September:  
**Große Premiere.**  
**Verbotene Frucht.**  
Komödie in 1 Akt v. Michael Provins. Annie Vasa — Ludwig Hertens a. G. Revue d. Humors, neueste Ereignisse.

**Casino-Theater**  
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Pöste  
**Der schnelle Rudolf.**  
Rudolf Wimpelmann: Dir. D. Berg. Berber das glänzende bunte Progr. Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonn. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen Babstr. 58  
Mittwoch, den 31. August, 1/2 Uhr:  
**Große Elite-Vorstellung!**  
**Lebenswelle.**  
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 4 Akten von D. Witten.  
**Das große Augustprogramm.**  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger**  
(Heysel, Britton, Schrader usw.)  
Anfang wochentags 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
**Im Taubenschlag.**  
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Ab Donnerstag, 1. September: **Gezeiten.** Grostes in 3 Akten. In Sommerpreisen. In Vorbereitung: **Noblesse oblige.** Schwan in 3 Akten.

**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die amüsantesten **Spezialitäten.**

**Puhmanns Theater**  
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
Wenn schön — im Garten!  
Wenn Regen — im Saal!  
Zum letzten Male 8 Uhr:  
**Genießet das Leben.**  
Vor- und nachher: Spezialitäten.  
Anfang des Konzerts 1/2 Uhr.  
bei Vorstellung 1/2 Uhr.  
Donnerstag und folgende Tage:  
**Verbotene Wege.**  
Dazu: Neue Spezialitäten.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorn. Greterjan. Inhab.: Rud. Morz.  
Schödenhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur **Sonntags, Sonntag u. Montag.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U., Sonn. 4 U. Vorzugskarten nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Preis wech. Progr. Jed. Sonn. i. Oberjaal: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: **Freikonzert.**

**Spree-Garten Treptow.**  
**Elitetag.**  
Heute Mittwoch:  
**Militär-Extra-Konzert**  
Kap. d. Pionier-Bat. v. Rauch. Fgl. Musikmeister Kesch.  
**Gr. populärer Abend.**  
Besonders gewähltes Programm  
Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 1. Sept., abends 8 U.: **Eröffnungs-Vorstellung.**  
**Faust.** Tragödie v. Goethe.  
Freitag: **Paul.**  
Sonnab. 1. Akt: **Wiederkehr.**  
**Luisen-Theater.**  
Heute geschlossen.  
Donnerstag:  
**Eröffnungs-Vorstellung.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
**Täglich:**  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wandt.  
**Täglich:**  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Schweizer Garten**  
Am Königster — Am Friedrichshain.  
Täglich abends 1/2, 10 Uhr:  
**Eiternlos**  
oder:  
**Berlin arm und reich.**  
Volksstück mit Ges. in 2 Akte.  
Vorher: **Spezialitäten.**  
Volksbelustigung. Tanz.  
Anfang 5 Uhr, Entree 30 Pf.

**Sanssouci**  
am Kottbuser Tor.  
Freitag, den 1. September:  
**Eröffnungs-Vorstellung.**  
Zum erstenmal:  
**Nu hat's geschnappt.**  
Musik von Paul Lincke.  
**Gr. Varieté-Programm.**

**Im Riesen-Festsaal:**  
**Großer Ball.**  
Morgen Donnerstag:  
**Letztes**  
**Monster-Feuwerk.**  
Freitag:  
**Große Sedan-Feier.**  
Schlachtmusik.  
Prämierung der drei ältesten Veteranen.

**Egmont.**  
Zweitespiel in 5 Akten v. H. v. Goethe.  
Musik von Beethoven.

**Herrnfeld Theater**  
Die größten Schlager der letzten Saison:  
**Wenn zwei dasselbe tun**  
und **Die Welt geht unter**  
mit Anton und Donat Herrnfeld.  
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Sonntag, 4. Sep., nachm. 4 Uhr:  
**Wenn zwei dasselbe tun.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

